

Zur Reform der Vorschriften
über
Publizität, Rechnungslegung und Prüfung
der Aktiengesellschaften

WOLFGANG REINIGER

Zur Reform der Vorschriften
über
Publizität, Rechnungslegung und Prüfung
der Aktiengesellschaften

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



Vorgelegt
von
Wolfgang Reiniger

1957

Referent: Professor Dr. Otto Hintner

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Juli 1957

(Schlußberatung)

Meiner Mutter
in Dankbarkeit gewidmet



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	III
Einleitung :	
Publizität, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft	1
Hauptteil :	
A. Die Reform der aktienrechtlichen Publizitäts- vorschriften	5
B. Die Reform der aktienrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung (§§ 127 - 134)	11
I. Der Geschäftsbericht (§§ 127, 128)	11
a) Der Lagebericht	12
b) Der Erläuterungsbericht	14
II. Der Jahresabschluß (§ 129)	20
a) Der Jahresabschluß der Aktiengesellschaften	20
1. Allgemeine Abschlußvorschriften	20
2. Die Gliederung	23
aa) der Bilanz (§ 131)	23
bb) der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 132)	40
3. Die Bewertung (§ 133)	51
b) Der Jahresabschluß von Konzernen (§ 134)	64
1. Allgemeine Abschlußvorschriften	64
2. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	70
3. Die Bewertung	73
C. Die Reform der aktienrechtlichen Prüfungsvorschriften (§§ 135 - 142)	77
I. Der Umfang der Prüfung (§ 135)	78
a) bei Aktiengesellschaften	78
1. Die Prüfung der Geschäftsführung	80
2. Die Prüfung des Geschäftsberichts	82
b) bei Konzernen	84

II

	Seite
II. Die Bestellung der Abschlußprüfer (§ 136)	87
III. Die Auswahl der Abschlußprüfer (§ 137)	91
IV. Sonstiges (§§ 138, 139, 140)	94
D. Die Reform der aktienrechtlichen Vorschriften über die Bekanntmachung des Jahresabschlusses (§§ 143, 144)	96

Schluss :

Die Verfälschung des aktienrechtlichen Jahresabschlusses durch steuerliche Vorschriften	98
Literaturverzeichnis	103

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
BB	Der Betriebsberater
BGH	Bundesgerichtshof
BdF	Bundesminister der Finanzen
DB	Der Betrieb
DMBG	DM-Bilanzgesetz
DZ	Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung
EStDVO	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
HGB	Handelsgesetzbuch
JW	Juristische Wochenschrift
KO	Konkursordnung
LAG	Lastenausgleichsgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RFH	Reichsfinanzhof
RStBl	Reichssteuerblatt
StW	Steuer und Wirtschaft
VOBl/BZ	Verordnungsblatt der Bizone
WP	Der Wirtschaftsprüfer
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WPO	Wirtschaftsprüferordnung

W T	Wirtschaftstreuhänder
Z f B	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
Z f h F	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung

Einleitung

PUBLIZITÄT, RECHNUNGSLEGUNG UND PRÜFUNG DER AKTIENGESellschaft

Schon die Krisen der Gründerzeit haben gezeigt, daß die Aktiengesellschaft in der Frage der Publizität und Rechnungslegung nicht wie der Einzelkaufmann oder der vollhaftende Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft behandelt werden konnte. So bringt die Aktiennovelle von 1884 neben der Veröffentlichungspflicht für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (§ 265 HGB) spezielle Bewertungsvorschriften, die über die der §§ 38 ff HGB hinausgehen.

In jenen Jahren wurden als Hauptinteressenten einer solchen Regelung der Gläubiger und der Aktionär angesehen. Im Rechtsleben war eine Gesellschaftsform entstanden, die nur mit einem begrenzten Kapital haftet. Sie war geschaffen worden, um den ungeheuren Kapitalbedarf, den die Industrialisierung mit sich brachte, zu befriedigen. Die Akkumulation kleinster Kapitalien mittels der Aktie schuf eine Kapitalbasis, die der Einzelkaufmann normalerweise unmöglich hätte aufbringen können.

Diese Kapitalzusammenballung und die Trennung der beiden bisher im Unternehmen vereinten Funktionen des Kapitalgebers und Unternehmers in Aktionär auf der einen und geschäftsführenden Vorstand (Manager) auf der anderen Seite machte eine Kontrolle nötig, um Gläubiger und Aktionär vor einer Gesellschaftspolitik zu schützen, die ihnen zum Schaden gereichen konnte.

Aus dem gleichen Grunde wurde dann durch die Ereignisse der Wirtschaftskrise ¹⁾ die Notverordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht vom 19. September 1931 erlassen. Diese machte die Aufstellung eines Geschäftsberichts und die Prüfung des Jahresabschlusses obligatorisch und

1) Der Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs Aktiengesellschaft, der Schultheiß Brauerei, Berlin, und der Norddeutschen Wollkämmerei, Bremen, führte schließlich mit der Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank zur Bankenkrise.

brachte für die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung Gliederungsvorschriften.

Sowohl die Begründung zur Goldmarkbilanzverordnung vom 28. Dezember 1923 als auch der Bericht der vom 34. Deutschen Juristentag eingesetzten Kommission zur Prüfung einer Reform des Aktienrechts (1928) hatten eine Pflichtprüfung noch abgelehnt, da sie einer Beaufsichtigung gleichkäme, nur formalen Charakter hätte, viel Zeit in Anspruch nähme und nicht genügend Prüfer vorfände.

Erst mit dem Aktiengesetz von 1937, das auf dem Gebiet der Publizität, Rechnungslegung und Prüfung gegenüber der Novelle von 1931 nichts wesentlich neues brachte, setzte sich die Ansicht durch, daß die Publizitätsvorschriften sich nicht im Schutze von Gläubiger und Aktionär erschöpfen dürften, sondern darüberhinaus die Aufgabe hätten, die gesamte Öffentlichkeit über Lage und Entwicklung des Unternehmens zu unterrichten ¹⁾.

Die Publizität der Aktiengesellschaft dient der Rechenschaftslegung gegenüber den Gläubigern und Aktionären; darüberhinaus aber heute gleichermaßen der Unterrichtung des Arbeitnehmers und des Staates, ja der ganzen Öffentlichkeit.

Die Publizitätspflicht gegenüber dem Gläubiger beruht auf dem gleichen Grundsatz, wie die Vorschriften über Rechnungslegung im HGB und in der Konkursordnung für den Kaufmann. Die Aktiengesellschaft soll angehalten sein, selbst ihre Lage ständig zu kontrollieren und im Auge zu behalten, damit sie nicht unversehens in Illiquidität oder Überschuldung gerät und dadurch ihre Gläubiger schädigt. Dazu dient eine ordnungsmäßige Rechnungslegung. In Anbetracht ihrer Anonymität und ihrer Haftungsbeschränkung auf ein bestimmtes Grundkapital soll der Gläubiger über seinen indirekten Schutz durch die Vorschriften der §§ 38 ff HGB und §§ 239 f KO hinaus durch die Veröffentlichung des Jahresabschlusses, der vorher einer Prüfung unterzogen worden ist, einen Einblick in Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft erhalten. Dieser erleichtert ihm sein Urteil über seinen Vertragskontrahenten und gibt ihm die Möglichkeit, auch bei schlechter Lage einer Aktiengesellschaft durch Sicherheiten, Einschränkung seiner

1) Dies tritt zutage in der unterschiedlichen Formulierung der §§ 260 b HGB und 129 AktG. Während die ältere Fassung nur für einen möglichst sicheren Einblick der "Beteiligten" ist, kennt § 129 AktG diese Einschränkung nicht mehr.

Lieferungen oder seiner Kredite Verlusten vorzubeugen.

Die Aktionäre sollen mittels der Publizität der Aktiengesellschaft in die Lage versetzt werden, sich ein Urteil über die Verwendung des von ihnen eingebrachten Kapitals, die Führung der Geschäfte durch den Vorstand, die Ertragslage und damit die Verzinsung ihres Kapitals zu machen. Neben der Trennung der Funktionen von Kapitalgeber und geschäftsführendem Vorstand erfordert auch das 1937 durch das Aktiengesetz eingeführte Gewinnfeststellungsrecht des Vorstandes eine eingehende Aufklärung der Aktionäre. Die eigentliche Bedeutung der Aktiengesellschaft, mittels der leicht zu veräußernden Aktie Kapital aus den weitesten Kreisen der Volkswirtschaft zu sammeln, kann nur dann gewährleistet werden, wenn der Aktionär die Möglichkeit hat, sein Geld der Gesellschaft zu geben, die ihm die höchsten Gewinnaussichten verspricht. Dies aber ist ihm nur möglich, wenn er an Hand sicherer Unterlagen die Vermögens- und Ertragslage der einzelnen Aktiengesellschaften gegeneinander abwägen und danach seine Entschlüsse fassen kann ¹⁾.

Der Arbeitnehmer, durch das Mitbestimmungs- und das Betriebsverfassungsgesetz der Jahre 1951 und 1952 immer mehr zum Partner im Unternehmen gemacht, soll durch die Einsichtsmöglichkeit in den Abschluß des Unternehmens nicht nur ein Bild von den angemessenen Verhältnissen zwischen seinem Lohn, der Verzinsung des Kapitals und der Vergütung an die Geschäftsleitung erhalten, sondern darüberhinaus einen Überblick über Umfang und Leistung "seines" Unternehmens gewinnen. Der Arbeiter soll wie der Vorstand und der Aktionär von "seiner" Arbeit sprechen können, nur so wird unter den modernen Produktions- und Arbeitsbedingungen das Betriebsklima herrschen können, das zum reibungslosen Ablauf der Produktion und zu dem vertrauensvollen Verhältnis zwischen allen daran Partizipierenden nötig ist.

1) Es kann allerdings nicht übersehen werden, daß der Aktionär heute mit der Aktie - nicht zuletzt wegen der steuerlichen Doppelerfassung des Einkommens aus dem Besitz von Aktien - nicht nur eine hohe Verzinsung sondern gleichermaßen auch eine sichere Sachanlage erreichen will, die nicht einer solch starken Entwertung ausgesetzt war und ist, wie viele sonstige Kapitalanlagen. Vor allem aus diesem Grunde kauft er auch Aktien zu relativ hohen Kursen, die ihm nur eine geringe Effektivverzinsung gewähren. - Für die Beurteilung dieser Kapitalanlage fußt der Aktionär jedoch auch weitestgehend auf der Publizität der Aktiengesellschaften.

Dem Staat dient die Publizität weniger zur Besteuerung der Gewinne der Aktiengesellschaften - da hierzu die Steuerbilanz herangezogen wird - als zu einer Abstimmung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Die Aktiengesellschaften bilden einen repräsentativen Querschnitt des in der Volkswirtschaft arbeitenden Kapitals. Ihre Zahlen lassen sich durch die Veröffentlichung verhältnismäßig schnell statistisch erfassen und bilden so die Grundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet der Handels-, Steuer-, Zoll-, Währungs- und Konjunkturpolitik.

Schließlich ist heute die Publizität der AG für die Öffentlichkeit und damit für die ganze Volkswirtschaft von unabsehbarer Bedeutung. In den Aktiengesellschaften sind große Teile des Volksvermögens investiert und ihre Stellung am Kapitalmarkt ist außerordentlich groß und stark. Schwankungen und Änderungen in Produktivität, Rentabilität, Liquidität, Beschäftigung, Investitionen, Beschaffung von Rohstoffen und von Kapital wirken in diesen Größenordnungen oft auf die ganze Volkswirtschaft zurück. In dieser wird die Aktiengesellschaft geradezu zum Gradmesser für das Verhalten der einzelnen Betriebswirtschaften im Auf und Ab der Konjunktur und am Markt ¹⁾. Die Aktiengesellschaft übt so "eine starke psychologische Wirkung auf die Unternehmerschaft und die Bevölkerung aus" ²⁾. Hinzu kommt, daß die deutsche Aktiengesellschaft es noch immer nötig hat, das Gefühl der Übervorteilung des Konsumenten und des Arbeitnehmers durch zu großes Gewinnstreben mittels Offenlegung ihres Zahlenmaterials und der dazu nötigen Erklärungen zu beseitigen.

So übt die Publizität trotz aller ihr anhaftenden Mängel einen vorbeugenden und erziehenden Einfluß aus ³⁾.

Aus diesem Grunde ist eine Überwachung und lenkende Kritik ⁴⁾ auch von Seiten der Öffentlichkeit nötig und wichtig. Eine solche kann aber nur durch eine ordentliche und aussagefähige Publizität und Rechnungslegung ermöglicht werden.

-
- 1) Die Aktiengesellschaft mit ihrer größeren Publizität ist somit auch für die Wirtschaftswissenschaften von unschätzbarem Wert.
 - 2) Lehnert, P.R., Die Veröffentlichung betrieblicher Ergebnisse; in: Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung, Vorträge und Diskussionen der Münchener Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 12. - 14. Juli 1950, Bd. I der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf, 1950, Seite 102.
 - 3) Lehnert, P.R., a. a. O., Seite 101.
 - 4) Lehnert, P.R., a. a. O., Seite 101.

Hauptteil

A. DIE REFORM DER AKTIENRECHTLICHEN PUBLIZITÄTS- VORSCHRIFTEN

Die Kritik an den derzeitig gültigen, im Aktiengesetz von 1937 geregelten Publizitätsvorschriften setzte nicht erst nach dem Kriege ein, nachdem der Kapitalmarkt vollkommen darniederlag und die ersten Versuche zu seiner Wiederbelebung angestellt wurden, sondern war zumindest aus dem Lager der Betriebswirte schon bedeutend früher erhoben worden. Es sei hier nur an die Stimmen von Schmalenbach, Schmidt und der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft erinnert.

Für Schmalenbach liegt der Grund für die Unzulänglichkeit der Publizitätsvorschriften darin, daß man 1931 den Schwerpunkt auf die Reform der Bilanz, statt auf die der Gewinn- und Verlustrechnung gelegt hat ¹⁾. Für den Aktionär ist der Einblick in die Rentabilität der Aktiengesellschaften das wichtigste. Dazu kommt, daß das Aktiengesetz nur Höchstwertvorschriften enthält. Für Schmalenbach wie für Schmidt ²⁾ sind aber nicht nur zu hoch, sondern auch zu niedrig ausgewiesene Gewinne schädlich. So stimmt Schmalenbach voll und ganz Schmidt zu ³⁾, der eine Veröffentlichung der Steuerbilanz fordert, weil aus den Handelsbilanzen nichts zu ersehen sei ⁴⁾.

Selbstfinanzierung durch stille Reserven ist meistens unökonomisch, weil dadurch dem Aktionär die Möglichkeit genommen wird, über den Kapitalmarkt für die wirtschaftlichste Anlage seines Kapitals zu sorgen. Wird dagegen der nicht nach Höchst-, sondern nach Mindestwerten errechnete Gewinn ausgeschüttet, so wird er von den Aktionären dort angelegt werden, wo sie den höchsten Ertrag erwarten können ⁵⁾. Der Jahresabschluß übernimmt dann die Lenkungsfunction am Kapitalmarkt ⁶⁾.

1) Schmalenbach, E., Die Aktiengesellschaft, 7. Aufl., Köln und Opladen, 1950, Seite 31.

2) Schmidt, F., Die organische Tageswertbilanz, 4. Aufl., Wiesbaden, 1951, Seite 354 ff.

3) Schmalenbach, E., a.a.O., Seite 32.

4) Den Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes entsprechend ist die aktienrechtliche Bilanz eine reine Gewinnverteilungsbilanz, während Schmalenbachs Dynamische Bilanz, die heutige praktische Handhabung und die Steuerbilanz in der kaufmännischen Bilanz eine Gewinnermittlungsbilanz sehen.

5) Vgl. Fußnote 1) auf Seite 3.

6) Siehe nächste Seite unten.

Die Diskussion über die Reform wurde erneut angeregt durch das große Kapitalbedürfnis der Aktiengesellschaften und die schlechte Kapitalmarktlage nach dem letzten Kriege. Auch die Verwaltungen der Aktiengesellschaften sahen ein, daß man wegen einer Kapitalerhöhung an den Aktionär nur herantreten kann, wenn man ihm bedeutend mehr über das Unternehmen sagt, als der Gesetzgeber als Auskunft für erforderlich hält. So haben sich in den Veröffentlichungen von Jahresabschlüssen in den letzten Jahren besonders bei den großen Gesellschaften eine weit ausführlichere und aussagereichere Berichterstattung und Gliederung des Abschlusses eingebürgert, die bestimmt nicht zum Nachteil der Gesellschaften geführt haben. In vielen Fällen sind auch die von den Verwaltungen in den Hauptversammlungen erteilten Auskünfte zur Zufriedenheit der Aktionäre ausgefallen.

Hinzu kamen die gesetzlichen Regelungen im Ausland, die, später als das deutsche Aktiengesetz erlassen, der Entwicklung stärker folgen konnten und somit auf manchem Gebiet weit über die Regelung des deutschen Rechts hinausgehen. So wurden die Reformen in der Schweiz, in Schweden und in England in vieler Hinsicht Vorbild und Ausgangspunkt für die Diskussion über eine zukünftige Reform in Deutschland.

Die Forderung nach Erweiterung der Publizität betrifft sowohl das Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung als auch den Geschäftsbericht, die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.

Eine Behandlung des Auskunftsrechts des Aktionärs in der Hauptversammlung innerhalb dieser Arbeit würde deren Rahmen sprengen.

Das gestellte Thema beschränkt sich vielmehr auf den Fünften Teil des Aktiengesetzes: Rechnungslegung, mit den §§ 125 - 144. Von der Besprechung dieses Fünften Teils werden nur die §§ 125 und 126 ausgenommen, die die Feststellung des Jahresabschlusses und die Gewinnverteilung zum Gegenstand haben, damit aber das Gebiet der Verfassung der Aktiengesellschaft berühren, das außerhalb des Rahmens dieser Arbeit liegt 1).

-
- 6) Die Allgemeine Deutsche Investment GmbH hat ihren Bestand an Montanaktien nicht nur wegen der geringen Dividende dieser Gesellschaften, sondern auch wegen deren mangelhaften Publizität abgebaut. DZ Nr. 62 vom 4. 8. 19
- 1) Zu dem in § 125 AktG vorgeschriebenen Termin der Feststellung des Jahresabschlusses wird bei der Besprechung der Bekanntmachung des Jahresabschlusses (§§ 143, 144) Stellung genommen (vgl. Seite 96).

Für den Geschäftsbericht gilt ganz allgemein die Forderung, daß er über die heute vom Gesetzgeber geforderten Mindestangaben hinaus zu einem aussagefähigen Bericht über die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr wird und damit den Jahresabschluß so erläutert und klarlegt, daß beide zusammen ein eindrucksvolles, wahres und aufschlußreiches Bild der Unternehmenslage vermitteln.

Für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wird nicht nur in bezug auf die schon oben erwähnten Bewertungsvorschriften eine Verbesserung der geltenden Bestimmungen gefordert. Es werden auch Korrekturen der Gliederungs- und Ausweisbestimmungen für nötig gehalten und darüberhinaus eine Änderung der steuerlichen Bilanzvorschriften gefordert, da diese oft nicht den aktienrechtlichen Bilanzierungsgrundsätzen entsprechen.

Über die bestehenden aktienrechtlichen Vorschriften hinaus wird eine Offenlegung der Konzernbeziehungen verlangt, die zur Veröffentlichung einer Konzernbilanz und einer konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung führen soll. Dieser Konzernabschluß hätte der Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer zu unterliegen.

Auch die aktienrechtliche Abschlußprüfung soll in dem einen oder anderen Punkt, den bisher hierin gesammelten Erfahrungen entsprechend, verbessert werden.

Es kommt darauf an, die Publizität als ganzes wesentlich zu erweitern und nicht durch zu viele bis ins einzelne gehende Vorschriften die Aktiengesellschaften davon abzuschrecken. Denn "die Publizität ist je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtet, eine zweischneidige Angelegenheit, da die Interessen derer, die sie fordern oder vertiefen wollen, nicht immer identisch sind mit den Interessen derjenigen, die sie praktisch anzuwenden haben Es gibt, ebenso wie auf allen Gebieten der Besteuerung auch auf dem Gebiet der Publizität einen psychologischen breaking point, bei dessen Überschreitung die Rechtsform als solche in Gefahr gerät, sich unbeliebt zu machen, so daß die Praxis ihr ausweicht und anderen Rechtsformen den Vorzug gibt" 1).

1) Schmölder, K., Rechnungslegung, Prüfung und Publizität der Aktiengesellschaft, ZfhF 1950, Seite 279 ff (Seite 280 f).

In diesem Sinne wird vor allem an eine Ausklammerung der Familien-Aktiengesellschaft gedacht, deren Publizitätspflichten geringer sein könnten, weil sie im allgemeinen nicht an den Kapitalmarkt herantritt. Wenn hier aber die Aktionäre kein Interesse an einer Veröffentlichung der Bilanzzahlen und deren Prüfung haben, weil sie vollen Einblick in das Rechnungswesen der Aktiengesellschaft genießen, so muß doch an die obigen Ausführungen erinnert werden, daß die Publizitätsvorschriften nicht nur für den Aktionär, sondern auch für die Gläubiger und die ganze Öffentlichkeit gedacht sind. Allerdings könnten gewisse Vereinfachungen zugelassen werden. Es sei hier nur an die Berichterstattung über die Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge erinnert ¹⁾.

Die in der Literatur zur Aktienrechtsreform vorgeschlagenen Änderungen, Verbesserungen und Ergänzungen werden bei den einzelnen Autoren mit ganz unterschiedlicher Gewichtung behandelt; während der eine nur das wirklich notwendigste ändern möchte, ist der andere bestrebt, alle Erkenntnisse der modernen Betriebswirtschaftslehre in einem neuen Gesetz festzuhalten. Zwischen diesen Extremen liegen unzählige weitere Vorschläge zur Verbesserung der Publizitätsvorschriften.

Ein Überfordern der Publizitätsvorschriften würde gerade das Gegenteil dessen erreichen, was beabsichtigt ist. Deshalb sollten sie weitestgehend auf freiwilliger Basis fortentwickelt werden ²⁾. "Und in der Tat gibt es Grenzen in

-
- 1) Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes in: Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer o.H.G. in eine Kapitalgesellschaft. Praktische Betriebswirtschaft, Heft 4, Deutscher Betriebswirte Verlag, Berlin, 1948, Seite 7 ff (Seite 37).
 - 2) Eich, W., Die Reform der Bewertungsvorschriften für die Handelsbilanz und das Publizitätsproblem in: Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer o.H.G. in eine Kapitalgesellschaft. Praktische Betriebswirtschaft, Heft 4, Deutscher Betriebswirte Verlag, Berlin, 1948, Seite 65 ff (S. 80) und Schneider, E., Publizität und Abschlußprüfung vom Standpunkt der Wirtschaft in: Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung. Bericht über die Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer am 27. und 28. Januar 1955 zu Hannover. Band 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1955, Seite 53 ff (Seite 58).

der Offenlegung der geschäftlichen Ergebnisse, die ohne Schaden für das Unternehmen nicht überschritten werden dürfen. Allerdings liegen diese meines Erachtens sehr viel weiter als gemeinhin immer wieder angenommen wird." ¹⁾ Insbesondere wird hier an die Konkurrenzgefahr gedacht ²⁾. "Jeder Offenlegung gegenüber der Konkurrenz oder gegenüber der Öffentlichkeit sind selbstverständlich ganz bestimmte Grenzen gezogen, die sich aus dem Prinzip der Konkurrenzwirtschaft von selbst ergeben. Die natürliche Grenze für jede Veröffentlichung liegt dort, wo durch sie eine Verschiebung der Wettbewerbslage erfolgen würde" ³⁾.

So sollten die zukünftigen Publizitätsvorschriften immer in einer Form erscheinen, die den unterschiedlichen Gegebenheiten bei den verschiedenen Gesellschaften und Branchen gerecht werden können. Jeder Aktiengesellschaft müßte soviel Spielraum zugebilligt werden, daß sie die ihr eigenen Belange auch individuell handhaben kann. Schemata sollten nur in ganz großen Umrissen aufgestellt werden, vielmehr Gewicht aber auf die allgemeinen, grundsätzlichen Forderungen der §§ 128 und 129 AktG gelegt werden ⁴⁾.

Die Publizitätsvorschriften beabsichtigen eine Darstellung der Lage der Gesellschaft mittels des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts. Das muß das wesentliche sein. Wie die einzelne Gesellschaft diesen Erfordernissen nachkommt, kann dagegen soweit wie möglich ihr selbst überlassen bleiben. Die Vorschriften sollten also demgemäß elastisch gehalten werden ⁵⁾.

1) Elmendorff, W., Erkenntniswert des Jahresabschlusses und Aussagewert des Bestätigungsvermerkes in: Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung, Vorträge und Diskussionen der Münchener Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 12. - 14. Juli 1950, Bd. 1. der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1950, Seite 72.

2) Vor allem wird in diesem Zusammenhang die Auslandskonkurrenz (Wirtschaftsspionage) angeführt. Es ist jedoch seltsam, daß gerade viele bedeutende Unternehmen, für die sich das Ausland doch besonders interessiert, sich nicht scheuen, eingehende Angaben über den Umsatz - sowohl mengen- als auch wertmäßig -, über Produktivität und Ausnutzung der Kapazität sowie vieles andere zu machen, was für die Konkurrenz von Interesse ist.

3) Lehnert, P.R., a.a.O., Seite 105.

4) Lohmann, M., Reformvorschläge im Bilanz- und Prüfungswesen der kanadischen Kapitalgesellschaften, WP 1953 S. 225 ff. "Allgemeine Formel für die Gliederung und die Bewertung ist: "to present fairly" (Seite 226).

5) Vgl. dazu: Weiß, A., Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act 1948, WPg 1948, Heft 9, Seite 36 ff.

Die Einhaltung dieser gesetzlichen Bestimmungen wird von dem Wirtschaftsprüfer geprüft und im Testat bestätigt.

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen zu der Reform der aktienrechtlichen Publizitätsvorschriften sollen dieselben im einzelnen dargestellt und einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Die Besprechung der einzelnen Vorschriften erfolgt analog zur Behandlung im Fünften Teil des Aktiengesetzes. 1)

1) Allein die Reformvorschläge zur gesetzlichen Rücklage (§ 130 AktG) sollen im Anschluß an die Behandlung dieses Postens in der Bilanzgliederung besprochen werden. Vgl. Seite 35.

B. DIE REFORM DER AKTIENRECHTLICHEN VORSCHRIFTEN ÜBER DIE RECHNUNGSLEGUNG

I. Der Geschäftsbericht

Die Erweiterung der Publizität der Aktiengesellschaften würde sehr gefördert, wenn der Geschäftsbericht ¹⁾ der Gesellschaften ausführlichere und konkretere Angaben enthalten würde. Wenn seiner Publizität auch nicht das Gewicht beizumessen ist, wie der Bilanz und der Erfolgsrechnung - die in den Gesellschaftsblättern bekanntgemacht werden müssen, während der Geschäftsbericht nur in der Hauptversammlung vorzulegen und zum Handelsregister einzureichen ist, (wo er aber jedem zugänglich ist) - so bleibt er doch über Bilanz und Erfolgsrechnung hinaus ein überaus wichtiges Informationsmittel für Aktionär, Gläubiger, Arbeitnehmer, Staat, je die ganze Öffentlichkeit. Die in ihm beurteilte Lage des einzelnen Unternehmens ergibt mit der aller übrigen Aktiengesellschaften einen Überblick über die ganze Volkswirtschaft. Der Vorstand legt hier als Verwalter fremden Vermögens Rechenschaft ab und muß zu Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft Stellung nehmen.

Die Meinungen, wie innerhalb der Aktienrechtsreform eine Förderung der Publizität mit Hilfe des Geschäftsberichts zu erreichen sei, gehen weit auseinander. Sie reichen von strikten Vorschriften, über Empfehlungen bis zu der Ansicht, daß die geltende gesetzliche Regelung schon viel zu weit ginge.

Als Beispiel werden in diesem Zusammenhang immer wieder die USA angeführt, wo der Geschäftsbericht für Werbung und public relations ausgenutzt wird und dadurch vielseitig, ausführlich und allgemein verständlich gehalten ist. Echte Publizität wird hier mit publicity verbunden, oft aber auf eine Art und Weise, wie sie für deutsche Verhältnisse kaum passen würde.

Um die Publizität mittels des Geschäftsberichts zu fördern, muß hauptsächlich dem freien Willen der Verwaltungen mehr Raum gelassen werden, wie es nicht nur in Amerika, sondern weitestgehend auch in England, Holland und anderen Ländern, schließlich in Deutschland in den Anregungen des Arbeitskreises zur Förderung der Aktie ²⁾ der Fall ist. Dieser kommt darin zum Ausdruck, daß

1) §§ 127, 128 Akt.G.

2) Arbeitskreis zur Förderung der Aktie, Anregungen für den Aufbau und den Inhalt des Jahresgeschäftsberichts, WPg 1953, Seite 470 ff.

die Weiterentwicklung nicht gesetzlichen Vorschriften, sondern den Gewohnheiten und Erfordernissen der Praxis überlassen werden soll, weil vielfach gute Beispiele mehr zur Verbesserung beitragen können als der Katalog eines Gesetzesparagraphen.

Hinzu kommt das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Angaben im Bericht für jede Gesellschaft. Bei der einen Gesellschaft können Forderungsabtretung zu einem wesentlichen Punkt des Berichts werden, während sie bei der anderen im Verhältnis zu den Außenständen so minimal sind, daß ihre Anführung im Bericht ohne Aussagekraft ist. (Während bei einem Forderungsbestand von DM 100.000. -- Zessionen in Höhe von DM 50.000. -- beträchtlich und erwähnenswert sind, ist der gleiche Betrag bei einem Forderungsbestand von DM 10 Millionen unwesentlich.)

Doch um näher auf die Reformvorschläge zum Geschäftsbericht eingehen zu können, sei er, wie es in der Praxis üblich geworden ist, in Lage- und Erläuterungsbericht geschieden.

a) Der Lagebericht

Der § 128 Abs. 1 AktG lautet: "Im Geschäftsbericht sind der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft darzulegen. Zu berichten ist auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schlusse des Geschäftsjahres eingetreten sind".

Dazu heißt es in Abs. 3: "Die Berichterstattung hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen. Sie kann nur soweit unterbleiben, wie überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der Allgemeinheit es fordern." ¹⁾

Die Pflicht, zur gewissenhaften Erstellung eines Lageberichts ist hiernach so eindeutig festgelegt, daß eine Einschränkung der Publizität daraus allein nicht zu befürchten ist. Eine solche wird aber durch die Schutzklausel (§ 128 Abs. Satz 2 AktG) ermöglicht. Mit deren Hilfe kann natürlich dem Lagebericht seine ganze Aussagefähigkeit genommen werden.

1) § 128 Abs. 3 AktG berichtigt durch die Fassung des § 260a HGB der Novelle von 1931.

Da mit den Anforderungen an den Geschäftsbericht, wie überhaupt bei allen Reformbestrebungen zum Aktiengesetz, der freie Spielraum für eine angemessene Auslegung im Hinblick auf die grundverschiedenen Verhältnisse bei den einzelnen Gesellschaften nicht eingeengt werden soll, kann von einer Änderung der gesetzlichen Vorschriften über den Geschäftsbericht, soweit er die Lage der Gesellschaft betrifft, abgesehen werden ¹⁾.

Allerdings wird an anderer Stelle dieser Arbeit eine Änderung des § 140 Abs. 3 und damit auch der §§ 135, 139 und 140 Abs. 1 AktG vorgeschlagen, die sich indirekt auch auf den Lagebericht auswirkt: § 140 Abs. 3 soll dem Abschlußprüfer in Zukunft die Pflicht auferlegen, den Bestätigungsvermerk zu verweigern, wenn der Lagebericht mit dem Jahresabschluß nicht in Einklang steht und dadurch das von dem Jahresabschluß vermittelte Bild verfälscht wird ²⁾.

Der Abschlußprüfer hat also in pflichtbewußtem Ermessen zu entscheiden, ob der Lagebericht den Verhältnissen entspricht, die der Jahresabschluß vermittelt, und ob die Anwendung der Schutzklausel in einem angemessenen Verhältnis zu den dadurch verschwiegenen Tatsachen steht. "Je ungünstiger die verschwiegene Tatsache für die Gesellschaft ist, desto schärfere Anforderungen sind daher an die Voraussetzungen für die Anwendung der Schutzklausel zu stellen." ³⁾ Auf jeden Fall darf in den Bericht nichts Unwahres aufgenommen werden, die Schutzklausel läßt nur ein Verschweigen zu.

Durch diese Vorschrift unterliegt wieder der ganze Geschäftsbericht ohne Einschränkung der Prüfungspflicht ⁴⁾.

1) Von einer Mußvorschrift, die Ertragsaussichten darzulegen, wie sie der Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer vorschlägt, (Vorschläge zur Aktienrechtsreform, Düsseldorf 1956 Seite 32) sollte Abstand genommen werden, weil derartige Prognosen vom Wirtschaftsprüfer nur schwer zu beurteilen sind, den Vorstand aber verleiten können, unwahre Angaben zu machen.

2) Vgl. dazu Seite 82 ff.

3) Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Stuttgart 1938, Anm. 6 zu § 128.

4) Vgl. dazu: die Fassung des § 262 a HGB der Novelle von 1931.

Folgende Punkte sollten im Lagebericht eingehend besprochen werden:

Entwicklung und Verteilung des mengen- und wertmäßigen Umsatzes auf einzelne Artikel und Absatzgebiete;
die Lage auf dem Beschaffungs- und dem Absatzmarkt;
die Kosten- und Preisentwicklung;
Höhe und Verteilung der vorgenommenen und der geplanten Investitionen;
Rentabilität, Liquidität und Vermögenszusammensetzung des Unternehmens und
die Dividendenausschüttung, die Leistungen an die Belegschaft und die zu entrichtenden Steuern und Abgaben.

b) Der Erläuterungsbericht

In § 128 Abs. 2 AktG heißt es: "Im Geschäftsbericht ist ferner der Jahresabschluß zu erläutern ¹⁾. Dabei sind auch wesentliche Abweichungen von dem letzten Jahresabschluß zu erörtern ...". Schließlich sind für eine Anzahl von Geschäftsvorfällen und Tatsachen Einzelangaben vorgeschrieben.

Der Geschäftsbericht unterliegt, soweit er den Jahresabschluß erläutert, auch heute der Prüfungspflicht. Eine Änderung oder Erweiterung ist nicht nötig. In der Praxis ist dieser Passus zwar sehr knapp, aber doch den Erfordernissen entsprechend gehandhabt worden. Eine ausgedehntere Berichterstattung hätte den Jahresabschluß in der Art zu erläutern, wie es den Gesellschaften in ihren Prospekten zur Börseneinführung von Aktien oder Obligationen zur Pflicht gemacht wird. Die Erläuterung müßte die Zusammensetzung und Entwicklung der wesentlichsten Bilanzpositionen umfassen.

Es ist hierbei an eine Darstellung des Anlagevermögens zu denken, die mehr beschreibender Art ist (z. B.: es handelt sich um eine Kohlengrube in x, zwei Stahlwerke in x und y und eine Fischer-Tropsch Anlage in z. Im Berichtsjahr ist diese Anlage erweitert, jene stillgelegt worden u. s. w.).

Bei den Beteiligungen ist an eine Aufstellung der Tochtergesellschaften, deren Nennkapital und die prozentuale Beteiligung zu denken, sowie auf die vereinnahmten Erträge einzugehen.

1) Eine Erläuterung erfordern vor allem die Positionen Sonstige Forderungen und Sonstige Verbindlichkeiten, die oft verhältnismäßig hoch sind, aber keinen Einblick in ihre liquiditätsmäßige Zusammensetzung gewähren.

Die Vorräte sind in ihre Hauptgruppen aufzuteilen und ihre Entwicklung mit den Umsatzzahlen zu vergleichen.

Die Forderungen sollten ebenfalls untergliedert werden, wobei über die Bilanzgliederung hinaus an Inlands- und Auslandsforderungen, größere Einzelforderungen, aber auch an Steuerüberzahlungen und Darlehen zu denken ist. Auch auf den Wert der Forderungen und deren Fristigkeit wäre einzugehen.

Die wesentlichsten Posten der Rückstellungen wären ohne Betragsangaben zu erwähnen.

Die Verbindlichkeiten interessieren besonders im Hinblick auf ihre Fristigkeit und ihre Absicherung.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung bedingt natürlich - auch wenn sie in der weiter unten vorgeschlagenen wesentlich aussagereichereren Form veröffentlicht würde - stets weitere Erläuterungen. Diese aber sollten und müssen den einzelnen Gesellschaften überlassen werden.

Auch die Erörterungen über wesentliche Abweichungen gegenüber dem letzten Abschluß unterliegen der Prüfungspflicht. In diesem Zusammenhang ist die Frage der Kenntlichmachung von Legung und Auflösung stiller Reserven von größtem Interesse. Schon bisher war, sobald stille Reserven durch Änderungen der Bewertungsgrundsätze gebildet oder aufgelöst wurden, die Berichterstattungspflicht gegeben ¹⁾.

In Zukunft wäre deshalb eine Berichterstattung über stille Reserven nicht mehr nötig, weil gemäß unseren Ausführungen zur Bewertung ²⁾ nur noch stille Zwangs- und Ermessensrücklagen gestattet, Unterbewertungen durch stille Willkürrücklagen aber nicht mehr erlaubt werden sollten. Die Gefahr, daß Gewinne ausgewiesen werden, die auf der Auflösung stiller Reserven beruhen, besteht dann in weit geringerem Maße als bisher, weil die innerhalb der gesetzlichen Vorschriften mögliche stille Reservenbildung zu gering ist, als daß sie schädigende Auswirkungen haben könnte. Trotzdem wäre ausdrücklich vorzuschreiben, daß Änderungen der Bewertungsgrundsätze gegenüber den von der Gesellschaft bisher angewandten Methoden (Festwerte, Lifo- und Fifo-Methode, Eiserner Bestand u. s. w.) im Geschäftsbericht zu erwähnen seien. ³⁾

1) Vgl. dazu: Adler-Düring-Schmaltz, a. a. O., Anm. 16 a zu § 128 und Baumbach-Hueck, Aktiengesetz, 8. Aufl. München und Berlin, Anm. 3 A zu § 128.

2) Vgl. Seite 51 ff.

3) Minz, W.; Rechnungslegung und Abschlußprüfung. Erfahrungen und Vorschläge des Wirtschaftsprüfers; in Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung. Bericht über die Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (Forts. nächste Seite unten)

Die in § 128 Abs. 2 in den Ziffern 1-9 geforderten Einzelangaben haben sich im großen und ganzen bewährt, sind notwendig und sollten deshalb auch in dieser Form beibehalten werden. Die Angaben müßten aber jedes Jahr gemacht werden, da Hinweise auf die Geschäftsberichte vergangener Jahre nicht ausreichen ¹⁾.

Lediglich die in den Ziffern 5, 6 und 8 verlangten Angaben sind in der Diskussion über die Aktienrechtsreform für nicht ausreichend angesehen worden.

Für Ziffer 5 schlägt der Arbeitskreis Aktienrechtsreform eine Erweiterung hinsichtlich der Rechte aus Besserungsscheinen und für ähnliche Rechte vor ²⁾.

Die Fassung der Ziffer 6 müßte entsprechend den weiter unten geforderten erweiterten Bilanzvermerken über Haftungsverhältnisse ³⁾ derart geändert werden, daß hier aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse anzugeben sind. Eventuell könnte man die Angabepflicht auch auf am Bilanzstichtag von der Gesellschaft eingegangene größere bindende Verpflichtungen ausdehnen. Eine Auskunft über schwebende Geschäfte würde als zusätzliche Angabe im Geschäftsbericht natürlich von unschätzbarem Wert sein. Eventuell könnte man die Angaben auf die Geschäfte beschränken, die größere Investitionsvorhaben betreffen. Auch wäre es nicht nötig, dieselben mit genauen Zahlen zu belegen, wenn ohne solche Angaben ein angemessenes Bild über die eingegangenen Verpflichtungen gewonnen werden kann. (So würde es zum Beispiel genügen, wenn erwähnt wird, daß Kaufabschlüsse über einen neuen Hochofen, ein Laboratorium, eine Kranbahn u. a. m. getätigt worden sind.)

Ziffer 8 verlangt Angaben über die Beziehungen zu Konzernunternehmen. In der Diskussion um die Aktienrechtsreform ist klarzutage getreten, daß die Konzernpublizität erweitert werden müsse. Der Konzern repräsentiert oft durch die Zusammenfassung mehrerer Gesellschaften weit mehr Macht und Einfluß als die normale Aktiengesellschaft. In ihm werden bedeutend größere Kapitalien gebunden und durch sie Gesellschaften und Beteiligungen in den verschie-

Forts. Anm. 3):

am 27. und 28. Januar 1955 zu Hannover. Bd. 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf, 1955, Seite 73 ff (S. 90) und Studienkommission des Deutschen Juristentages, Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts (Berichte der Ausschüsse I und II), Tübingen 1955, S. 79.

1) Vgl. hierzu: Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., Seite 32.

2) Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., S.

3) Vgl. Seite 39 f.

densten Wirtschaftszweigen kontrolliert und beherrscht. Trotzdem unterliegt der Konzern aber, da alle oder ein Teil seiner Gesellschaften nicht in der Form der Aktiengesellschaft auftreten, entweder gar nicht oder aber nur zum Teil den aktienrechtlichen Publizitätsvorschriften. Auch wenn alle Konzerngesellschaften in der Form der Aktiengesellschaft auftreten, besteht, sobald von einander abweichende Wirtschaftsjahre vorliegen, die Möglichkeit zu den vielfältigsten Transaktionen zwischen den Gesellschaften, die zu einer Verschiebung von Gewinnen und Vermögenswerten führen können. Die Konzernzusammenhänge treten für den Außenstehenden gar nicht in Erscheinung. Obwohl die Voraussetzungen für die Rechenschaftslegung gegenüber Gläubigern, Aktionären, Arbeitnehmern, Staat und Öffentlichkeit natürlich auch auf den Konzern zutreffen, wird die Publizität gerade bei den im Konzernverband zusammengeschlossenen Unternehmen meistens sehr vernachlässigt und umgangen. Dies sollte in Zukunft unterbunden werden.

Während, wie noch dargelegt werden muß, gegen die Aufstellung und Bekanntmachung eines Konzernabschlusses in den Gesellschaftsblättern eine Reihe von Bedenken erhoben werden, ist dies gegenüber der Berichtspflicht nicht der Fall.¹⁾

Bisher wurde diese Berichtspflicht mit Hilfe der Schutzklausel weitestgehend umgangen²⁾. Dies wird in Zukunft dann eingeschränkt, wenn der Konzern einen eigenen Abschluß aufstellen und bekanntmachen muß³⁾.

Dann wären in Ziffer 8 analog zur Regelung bei der Aktiengesellschaft alle die Angaben zum Konzernabschluß zu machen, wie sie § 128 AktG für die Aktiengesellschaft fordert, und nur in demselben Maße kann die Schutzklausel zur Unterlassung der Berichterstattung angeführt werden.

Es wäre demnach der Geschäftsverlauf und die Lage des Konzerns darzulegen, sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu berichten, die nach dem Schlusse des Geschäftsjahres eingetreten sind.

1) Studienkommission des Deutschen Juristentages, a. a. O., Seite 56.

2) Vgl. die Regelung der Mustersatzung der Stahl- und Eisenindustrie. Dort behält die Schutzklausel im vollen Umfang Gültigkeit, die Aussagefähigkeit der Erläuterungen zum Konzernabschluß können also weitestgehend eingeschränkt werden.

3) Vgl. dazu die Ausführungen auf Seite 64 ff.

Ferner wäre der Jahresabschluß des Konzerns zu erläutern, wobei auch wesentliche Abweichungen von dem letzten Jahresabschluß zu erörtern sind. Es wären auch für den Konzern die Angaben des in § 128 Abs. 2 AktG angeführten Katalogs zu machen. Die in § 128 Abs. 3 AktG vorgesehene Schutzklausel würde entsprechend gelten. Darüberhinaus sollten die Einzelabschlüsse der Konzerngesellschaften im Geschäftsbericht mit veröffentlicht werden. Im Zweifel hätte alle die Gesellschaften als Konzernunternehmen zu gelten, deren Beteiligungen zu mehr als 50 % von der Obergesellschaft gehalten oder die auf sonstige Weise von dieser beherrscht werden. ¹⁾

Aus den kurzen Darlegungen wird klar, daß in Zukunft die Einschränkung, die bisher die Konzernberichterstattung mittels der Schutzklausel erfahren hat, auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden muß.

Analog zu Ziffer 8 des Katalogs muß die Konzernberichterstattung alles das erläutern, was sich aus der Eigenart und Besonderheit des konsolidierten Jahresabschlusses ergibt.

Hier wäre darüber zu berichten, welche Gesellschaften in den konsolidierten Jahresabschluß einbezogen worden sind und welche nicht. Für letztere wäre eine eingehende Begründung notwendig. Sollten sie nur aus Gründen der Bilanzklarheit nicht in die Konzernbilanz aufgenommen worden sein, so müßten ihre Einzelbilanzen - die zusammen mit dem Konzernabschluß in den Gesellschaftsblättern bekannt zu machen wären ²⁾ - erläutert werden und zwar in besonderer Beziehung auf ihre Konzernzugehörigkeit ³⁾.

Weiter wären vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichende Geschäftsjahre der einzelnen Gesellschaften mitzuteilen und zu Besonderheiten der Gliederung

1) Vgl. hierzu: § 16 der Mustersatzung für die Einheitsgesellschaften der Montanindustrie und des Bergbaus zitiert in Fußnote 1, auf Seite 65.

2) Vgl. die Ausführungen auf Seite 64 ff und Seite 96 f.

3) Für diese Gesellschaften würde dann eine Beifügung des Jahresabschlusses zum Geschäftsbericht entfallen.

Vgl. hierzu: die Regelung des § 16 der Mustersatzung für die Einheitsgesellschaften der Montanindustrie und des Bergbaus, zitiert auf Seite 65, Fußnote 1).

in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, sowie der Bewertung - Eliminierung des Zwischengewinnaufschlags - Stellung zu nehmen.

Zur Technik der Konzernbilanz wären Angaben nötig in bezug auf die Kapital-, Rücklagen- und Gewinnkonsolidierung, sowie über Sonderposten, die sich aus der Konsolidierung ergeben. Auch über zwischenzeitlich entstandene Gewinne von Untergesellschaften, die zu anderen Bilanzstichtagen bilanzieren als die Holding, wäre zu berichten.

Darüberhinaus wären Angaben nötig über bestehende Organschafts-¹⁾ und Gewinnpoolungsverträge, sowie über Minderheitsaktionären garantierte Dividenden.

Diese Angaben werden bei den Konzernen einen verhältnismäßig großen Raum einnehmen. Aus diesem Grunde wäre es zu überlegen, ob man nicht den Geschäftsbericht gemäß § 128 AktG in vier Berichtsteile zerlegen soll: einen Lage-, Erläuterungs-, Sozial- und Konzernbericht.

Es liegt klar auf der Hand, wieviel durch solch einen Konzernbericht für alle an dessen Veröffentlichung interessierten Kreise gewonnen würde; schreitet doch die Verflechtung und die Konzernbildung in der modernen Wirtschaft immer weiter fort, eine Tatsache, die auch ihre Gefahren mit sich bringt und sei es nur durch die Möglichkeit von Transaktionen der mannigfaltigsten Art zwischen den einzelnen Unternehmen, die zu einer Verschiebung von Vermögenswerten und Gewinnen führen und damit Aktionäre und Gläubiger schädigen können.

Mit dem Konzernbericht kann die durch die Konzentrationsbewegung verloren gegangene Übersicht und Klarheit über die Verhältnisse der Konzerngesellschaften wieder gewonnen werden.

Zu dem Sozialbericht erübrigen sich hier weitere Angaben, weil dieser Teil des Geschäftsberichts - im Aktiengesetz gar nicht vorgesehen - von den Gesellschaften meist recht ausführlich behandelt zu werden pflegt. Hier wäre vor allem auf die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten, die Entwicklung der Lohnaufwendungen und auf die freiwillig gewährten Zuwendungen an die Belegschaftsmitglieder einzugehen.

1) Minz, W., a. a. O., Seite 90.

Abschließend muß noch einmal gesagt werden, daß die Erhöhung der Aussagefähigkeit über die angedeuteten Verbesserungen hinaus, der praktischen Handhabung der einzelnen Aktiengesellschaften überlassen werden sollte, die in den letzten Jahren bei vielen Gesellschaften sehr gute Früchte gezeitigt hat, weil die Kapitalmarktpflege für sie eine Ausweitung der Publizität nötig gemacht hat.

Dabei sollte der Geschäftsbericht bedeutend mehr mit relativen, als mit absoluten Zahlen arbeiten und vor allem Zahlen verschiedener Jahre einander gegenüberstellen, was die Aussagefähigkeit des Geschäftsberichts auch für den nicht Bilanzkundigen bedeutend erhöhen würde.

II. Der Jahresabschluß

a) Der Jahresabschluß der Aktiengesellschaften

1. Allgemeine Abschlußvorschriften

Der Jahresabschluß¹⁾ ist für die Aktionäre, die Gläubiger und die ganze Öffentlichkeit bestimmt. Deshalb muß er so übersichtlich aufgebaut und so wahrheitsgemäß wiedergegeben werden, daß diese mit den in ihm zum Ausweis gelangenden Zahlen etwas anfangen können. Aus dem Abschluß soll sich die Vermögens- und Liquiditätslage, der erzielte Erfolg sowie die Konzernverflechtung einfach und klar abzeichnen. Das aber wird mit den derzeitig geltenden Bilanzierungsvorschriften nicht erreicht.

Der aktienrechtliche Jahresabschluß verlangt Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit. Während die letztere ausdrücklich im Gesetz erwähnt wird, ergibt sich die Forderung nach Bilanzwahrheit nur indirekt aus den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung.

Beide Prinzipien kommen aber nicht konsequent zur Anwendung, weil sie von den §§ 131 ff AktG wieder eingeschränkt werden. Als grundlegende Beispiele für diese Einschränkung seien die Gliederungsvorschriften für die Gewinn- und

1) §§ 129 - 134 AktG

Verlustrechnung und die gesetzliche Zulassung der Bildung stiller Reserven angeführt.

Der Jahresabschluß gewährt demnach in Wirklichkeit nicht den geforderten sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft.

Hier setzt die Kritik ein, die diese Einschränkungen der Publizitätsvorschriften durch grundsätzliche Vorschläge beseitigen will. Dabei sollen die gesetzlichen Vorschriften nicht unbedingt erweitert werden, sondern vielmehr der Handhabung der einzelnen Gesellschaften möglichst freie Hand gelassen werden, selbst für eine ausgedehntere, wahre und klare Rechenschaftslegung zu sorgen und diese in gegenseitigem Wettstreit immer mehr zu vervollkommen. Der Freiwilligkeit sollte gegenüber dem Zwang der Vorrang eingeräumt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt soll auf einen großen Teil der Vorschläge zu einer Verbesserung sowohl der allgemeinen als auch der aktienrechtlichen Gliederungs-¹⁾ und Bewertungsvorschriften ²⁾ - die grundlegende Änderungen vorsehen oder so ins einzelne gehen, daß die Gefahr einer Schematisierung (die der individuellen Lage jeder Gesellschaft nicht gerecht werden kann) zu groß wird - nicht näher eingegangen werden.

Weit mehr Wert sollte in Zukunft auf die Vorschriften der §§ 131 und 132 AktG gelegt werden, die heute weitestgehend vernachlässigt werden. Hier heißt es einmal, daß die vorgeschriebene Gliederung für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nur soweit gilt, wie nicht der jeweilige Geschäftszweig eine ab-

1) Es kann hier nicht auf die Bestrebungen eingegangen werden, die Gliederung der Bilanz mit der des Kontenrahmens abzustimmen. Vgl. hierzu: Schulz, C. E., Gliederungsgrundsätze für die Rechnungslegung. Abschluß- und Kontengliederung, in Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung, Bericht über die Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer am 27. und 28. Januar 1955 zu Hannover. Bd. 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1955, S. 205 ff und Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., S. 47.

2) In diesem Zusammenhang sind besonders die Vorschläge für ein einheitliches allgemeines Bilanzrecht zu erwähnen, die schließlich zur Einheitsbilanz führen. Vgl. dazu: Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft. Zur Reform der Bewertungsvorschriften für die Handelsbilanz und für die aus dieser abzuleitende Steuerbilanz in: Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer o. H. G. in eine Kapitalgesellschaft. Praktische Betriebswirtschaft, Heft 4, Berlin 1948, S. 83 ff.; Eich, W., ebda., S. 65 ff.; Minz, W., Gedanken über ein allgemeines Bilanzrecht WPg 1951 S. 434 ff und Kosiol, E., Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin 1949.

weichende Gliederung bedingt; zum anderen, daß die Gliederung aber in jeder Hinsicht über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus erweitert werden kann.

Der Geschäftszweig und die individuellen Belange der einzelnen Gesellschaften sollten in den Jahresabschlüssen weit mehr zur Geltung kommen und in diesen ein lebendiges Bild der Geschäftslage entstehen lassen. Die Vorschriften des Aktiengesetzes sind Mindestvorschriften, sie werden aber leider viel zu sehr auch als Höchstvorschriften aufgefaßt und befolgt.

Besonderer Wert sollte auf die Wesentlichkeit der einzelnen ausgewiesenen Posten und ihr Verhältnis zu den anderen Bilanzpositionen gelegt werden. (Wie unsinnig ist zum Beispiel der Ausweis "Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen" in Höhe von DM 5.000, --, wenn dem gegenüber bei einer Bilanzsumme von DM 10.000.000, -- etwa unter "Sonstige Forderungen" DM 1.000.000, -- ausgewiesen werden.) Die Aufgliederung der "Sonstigen" tut not; werden hier doch die extremsten und verschiedensten Aktiva untergebracht die für eine Beurteilung der Geschäftslage und besonders der Liquidität von besonderem Interesse sind ¹⁾).

Nur das wertmäßige Verhältnis der ausgewiesenen Positionen zueinander vermittelt ein anschauliches Bild über den Finanzaufbau und die Liquiditätslage der Aktiengesellschaft, wesentliches ²⁾ sollte von unwesentlichem unterschieden werden und der entsprechende Maßstab nicht außer acht gelassen werden.

Darüberhinaus soll die Gliederung den Einblick in die Liquiditätslage dadurch erweitern, daß Forderungen und Verbindlichkeiten mehr nach ihrer Fristigkeit gruppiert werden, um so die langfristigen Forderungen den langfristigen Verbindlichkeiten und die kurzfristigen Forderungen den kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüberstellen zu können ³⁾.

Die Publizität könnte auch dadurch erhöht werden, daß neben den Zahlen des Geschäftsjahres die des Vorjahres vermerkt werden. Der Vergleich der Bilanzansätze zweier Geschäftsjahre erhöht in besonderem Maße den Einblick in die

1) Vgl. Rentrop, S., Diskussion zu dem Vortrag von Minz, W., Gedanken ... a. a. O., Seite 494 und Kruk, M., Stelldichein der "Sonstigen", FAZ Nr. 1 vom 24. August 1953.

2) Diese Regelung sieht der englische Companies Act vor, der im allgemeinen den Bilanzausweis davon abhängig macht, ob er wesentlich ist - if material oder if practicable - (vgl. dazu: *Schedula VIII § 4 Ziff. 1 §§ 6, 7 usw.*).

3) Siehe nächste Seite unten.

Entwicklung von Vermögenslage und Liquidität im Berichtsjahr ¹⁾).

Im folgenden sollen die Gliederungen von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und die Wertansätze in der Jahresbilanz kritisch untersucht und beleuchtet werden, wobei besonders die Vorschläge des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Deutschen Juristentages und des Instituts der Wirtschaftsprüfer zugrunde gelegt werden können.

2. aa) Die Gliederung der Bilanz

Kritik und Reformvorschläge zu der Gliederung der aktienrechtlichen Bilanz sollen in Anlehnung an die Gliederung des § 131 AktG unter gleichzeitiger Berücksichtigung und Einbeziehung von Änderungs- und Verbesserungsvorschlägen besprochen werden.

Die Gliederung müßte im allgemeinen dadurch klarer gestaltet werden, daß mehr von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, einzelne Positionen dadurch näher zu erläutern, daß man sie, soweit sie im Verhältnis zu anderen Bilanzpositionen zu umfangreich werden, in einer Vorspalte aufgliedert oder in Klammer oder als Fußnote erläutert. Das gleiche sollte geschehen zur Kenntlichmachung der Fristigkeit einzelner Positionen. So wären in einer Position enthaltende kurz- bzw. langfristige Forderungen oder Verbindlichkeiten zu vermerken.

Darüberhinaus sollte für die Konzernforderungen und -verbindlichkeiten eine eingehendere Ausweispflicht vorgeschrieben werden, und zwar müßten die Positionen "Forderungen an Konzernunternehmen" und "Verbindlichkeiten gegenüber

3) Wenn auch die Liquiditätslage nur bis zu einem gewissen Grade aus den Bilanzzahlen sich ableiten läßt, sollte doch nicht verzichtet werden, dies so weit als irgend möglich zu erleichtern. Die Vorschläge des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer vernachlässigen diesen Gesichtspunkt, wenn sie zu sehr auf das Ablaufgliederungsprinzip aufbauen. (A. a. O., Seite 47).

1) Vgl. dazu; *Schedula VIII § 11 Ziff. 10 Companies Act*, in der dies für englische Gesellschaften ausdrücklich vorgeschrieben wird und *Farr, G., Eigenheiten der amerikanischen Bilanzierung und Rechenschaftslegung*, *ZfB* 1955, Seite 642 ff (Seite 645).

Konzernunternehmen" wegfallen, dagegen wären alle Forderungen und Verbindlichkeiten, die Konzernunternehmen betreffen, unter den allgemeinen Positionen des Bilanzschemas aufzuführen. Dies hätte dergestalt zu geschehen, daß die darin enthaltenen den Konzern betreffenden Positionen gesondert kenntlich gemacht werden ¹⁾. Es würde dadurch ein bedeutend tieferer Einblick in die Fristigkeit und die Art der Konzernforderungen und -verbindlichkeiten gewährt werden, der für die Beurteilung des Liquiditäts- und Finanzaufbaus der Gesellschaft von größtem Nutzen wäre.

A. Auf der Aktivseite:

Die gemäß dem Aktiengesetz auf der Aktivseite gebildete "Wertberichtigung" zu dem zum Nennwert ausgewiesenen Grundkapital soll dafür sorgen, daß das satzungsmäßige Grundkapital in voller Höhe zum Ausweis kommt und die darauf noch ausstehenden Einlagen als Forderungen der Gesellschaft an ihre Aktionäre unter den Aktiven ausgewiesen werden.

Im Hinblick auf einen einfacheren und klareren Aufbau der Bilanz sollten in Zukunft die ausstehenden Einlagen auf der Passivseite in einer Vorspalte offen vom Grundkapital abgesetzt werden, damit das im Betrieb arbeitende Eigenkapital unter Einschluß der Reserven übersichtlicher zur Darstellung gelangt ²⁾.

I. Sachanlagevermögen und immaterielle Werte

Für die Gliederung des Anlagevermögens wird fast allgemein die Trennung von Sach- und Finanzanlagevermögen vorgeschlagen. Das immaterielle Vermögen wird dabei dem Sachanlagevermögen zugerechnet.

Diese Aufteilung erfolgt, um das ständiger technischer und wirtschaftlicher Abnutzung unterliegende Sachanlagevermögen von dem einer solchen nicht ausgesetzten Finanzanlagevermögen zu trennen ³⁾. Bei letzterem können nur außerordentliche Abschreibungen wegen Wertminderungen (z.B. von Beteiligungen oder Wertpapieren) Platz greifen.

1) Minz, W., Rechnungslegung, a.a.O., Seite 81 und Schulz, C.E., a.a.O., Seite 244.

2) Der englische Companies Act sieht einen dergestaltigen Ausweis des nicht eingezahlten Aktienkapitals vor.

3) Allerdings wird hierbei nicht auch an ein Ausklammern von Grund und Boden gedacht, wie es das Einkommensteuerrecht (§ 6 Abs. 1) vorsieht.

Die darüberhinaus vorzunehmende Untergliederung des Sachanlagevermögens sollte den Erfordernissen jeder einzelnen Gesellschaft angepaßt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn man derselben in dieser Beziehung so viel Freiheit wie möglich läßt, das wesentliche getrennt auszuweisen, dagegen im Verhältnis zur Bilanzsumme und den anderen Bilanzpositionen geringfügige und unwesentliche Posten mit anderen Positionen der Bilanz zusammenzufassen. Als Sachanlagevermögen wären folgende Positionen einzeln aufzuführen, sobald ihr getrennter Ausweis für einen Einblick in die Lage der Gesellschaft notwendig ist:

1. Geschäfts- und Fabrikgrundstücke, sowie sonstige bauliche Anlagen;
2. Wohngrundstücke;
3. Bebaute Grundstücke auf fremden Grund und Boden (Erbbaurechte);
4. Unbebaute Grundstücke;
5. Maschinen und maschinelle Anlagen;
6. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung;
7. Im Bau befindliche Anlagen;
8. Anzahlungen auf Neuanlagen;
9. Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken und ähnliche Rechte.

Dies alles unbenommen einer eingehenderen Gliederung. Eine solche ergibt sich schon aus den einzelnen Geschäftszweigen (z. B. Schiffe, Fuhrpark, Grubenanlagen).

Der Ausweis von Geschäfts- und Fabrikgrundstücken in einer Position sollte eingeführt werden, weil eine Abgrenzung zwischen diesen Grundstücken oft nicht möglich ist, im übrigen auch steuerlich einheitliche Einheitswerte festgestellt werden. Demgegenüber sollten in Zukunft Wohngrundstücke gesondert ausgewiesen werden, um deren soziale Bedeutung zu betonen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hält eine Erweiterung des § 133 Ziff. 4 in folgendem Sinne für angebracht: "Sofern Geschäftsentwicklungskosten nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung überhaupt aktiviert werden, sind sie ebenfalls gesondert auszuweisen und beschleunigt abzuschreiben." ¹⁾ Diese Vorschrift würde die derzeitige Rechtslage nicht verbessern, im Gegenteil eher unsicher machen. ²⁾

1) Deutscher Industrie- und Handelstag, Zur Reform des Aktienrechts, Bonn 1954 Seite 50.

2) Studienkommission des Deutschen Juristentages; a. a. O., Seite 82.

Schon heute werden Kosten der Ingangsetzung und der Betriebserweiterung sowie Reklamekosten, die einmaliger Art sind und nicht die laufende Reklame betreffen, als Betriebseinrichtungskosten im Sinne des § 133 Ziff. 4 aufgefaßt.¹⁾ Diese müssen - soweit sie noch nicht als Fertigungsgemeinkosten in die Halb- und Fertigfabrikate eingegangen sind - entsprechend der gesetzlichen Regelung gesondert unter dem Anlagevermögen ausgewiesen werden, da es sich hierbei um immaterielle Werte handelt. Aus diesem Grunde erübrigt sich ein neuer Begriff "Geschäftsentwicklungskosten".

Da der Einblick in das Verhältnis von Zugang zu Abgang und Abschreibungen besonders aussage-reich ist, wird vorgeschlagen, das in § 131 Abs. 4 AktG vorgesehene Tableau auch für die Abschreibungen obligatorisch zu machen, die bisher im Geschäftsbericht erwähnt werden konnten²⁾.

Bei Aufstellung des Tableaus ist auf die Unterscheidung von mengen- und wertmäßigen Bewegungen zu achten; während die ersteren unter Zu- bzw. Abgang auszuweisen sind, sind die wertmäßigen Bewegungen der Zu- und Abschreibungen auch als solche kenntlich zu machen. Umbuchungen von einem Anlagekonto auf ein anderes müssen als solche ausgewiesen werden. Darüberhinaus kann es nötig werden, andere Bewegungen des Sachanlagevermögens gesondert festzuhalten³⁾, wenn dadurch ein besserer Einblick gewährt wird. Der Arbeitskreis Aktienrechtsreform will den Ansatz handelsüblicher Festwerte nur dann zulassen, wenn diese gesondert ausgewiesen werden⁴⁾. Diese Forderung geht zu weit, da es sich bei den Anlagegütern, die mit Festwerten angesetzt werden, oft nur um geringe Teile der Position "Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung" handelt. Der gesonderte Ausweis solcher Festwerte vermittelt aber keinen großen Einblick.

1) Adler-Düring-Schmaltz; a. a. O., Anm. 84 zu § 133.

2) Deutscher Industrie- und Handelstag; a. a. O., Seite 50 und Minz, W., Rechnungslegung; a. a. O., Seite 81. Anderer Meinung Farr, G., Eigenheiten; a. a. O., Seite 647.

3) Geringwertige Wirtschaftsgüter gemäß § 6 Abs. 2 EStG sollten ebenfalls über das Anlagentableau geführt werden und nicht direkt als Aufwand ausgewiesen werden. Vgl. hierzu: Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer; a. a. O., Seite 43: "Was als Zugang auszuweisen ist, richtet sich nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung."

4) A. a. O., Seite 43.

Auch die Frage, ob die direkte oder die indirekte Abschreibungsmethode - Wertberichtigungen zum Anlagevermögen auf der Passivseite - einen besseren Ausweis garantiere, ist in der Diskussion über die Reform der Bilanzvorschriften aufgetaucht. Die direkte Art der Abschreibung zeigt klar auf einen Blick den bilanziellen Wert des Anlagevermögens, während die indirekte dazu erst eine Saldierung nötig macht.

Die indirekte Abschreibung hat den Vorzug, daß der Wertberichtigung das genutzte Anlagevermögen mit seinen gesamten bisher angefallenen Anschaffungskosten gegenübersteht. Dies ist aber nur ein scheinbarer Vorteil, denn eine Beurteilung dieser Anschaffungskosten wird dadurch unmöglich gemacht, daß sich in diesen nicht nur Geldwertschwankungen, sondern auch die Änderungen des Preisniveaus ausdrücken, von Neuwerten gemäß dem DM-Bilanzgesetz ganz zu schweigen.

Wegen des klareren Ausweises mittels der aktiven Abschreibungsmethode und der dadurch gewährleisteten Vermeidung einer Aufblähung der Bilanz sollte die passive Wertberichtigung in Zukunft nicht mehr zugelassen werden ¹⁾.

II. Finanzanlagevermögen

Die Einführung eines besonderen Titels für diese Gruppe wird nicht nur aus dem schon oben angeführten Grund, daß diese Position nicht einer ständigen Abnützung unterliegt, vorgeschlagen, sondern kommt darüberhinaus deshalb zustande, weil heute im Umlaufvermögen verschiedene Aktiva zum Ausweis kommen, die nicht in kürzester Frist realisierbar sind, demnach also mehr einen anlageähnlichen Charakter haben.

§ 131 Abs. 4 AktG definiert als Anlagevermögen die Gegenstände, die am Abschlußstichtag bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu dienen. Hierunter fallen aber auch langfristige Ausleihungen jeder Art, die nicht

1) Vgl. Dürrhammer, W., Die Neugestaltung des aktienrechtlichen Bilanz- und Erfolgsausweises, DB 1957 Seite 1 ff und die dort angeführten Vorschläge von Rentrop, S., und Geertman, J. A., Neuere Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Jahresabschlusses in Holland WP 1955 Seite 365 ff. Anderer Meinung ist z.B. Kofahl, G., Möglichkeiten und Grenzen der Kritik veröffentlichter Bilanzen, ZfB, Seite 622 ff. (Seite 623).

selten länger gebunden und weniger realisierbar sind als Maschinen, Werkzeug und Einrichtungsgegenstände.

Die Untergliederung der Gruppe Finanzanlagevermögen sollte folgende Positionen umfassen:

1. Beteiligungen, gleichviel ob sie in Wertpapieren verkörpert sind oder nicht ¹⁾;
2. Andere Wertpapiere des Anlagevermögens;
3. Sonstige Finanzanlagen.

Eine weitere Untergliederung sollte nicht vorgeschrieben werden, aber dann Platz greifen, wenn dadurch ein tieferer und besserer Einblick in die Lage der Gesellschaft ermöglicht würde. Letztere Entscheidung sollte weitestgehend den einzelnen Gesellschaften überlassen bleiben.

In dieser Hinsicht wird eine Aufteilung der Beteiligungen in solche an Konzerngesellschaften, an Gesellschaften mit denen Organschaftsverträge abgeschlossen sind und sonstige vorgeschlagen, sowie eine Aufgliederung der Sonstige Finanzanlagen in solche gegen Grundpfandrechte und andere ²⁾.

Eine Aufteilung der Beteiligungen in dieser Weise ist nicht nötig, wenn die Beteiligungen an Konzernunternehmen oder an Gesellschaften, mit denen ein Organverhältnis besteht, vermerkt werden. Dies kann durch Absetzung in einer Vorspalte, als Anmerkung in Klammer hinter der Position oder in einer Fußnote geschehen.

Die Definition der "Beteiligung" sollte in einem der folgenden Absätze gegeben werden, damit das Gliederungsschema so übersichtlich wie möglich bleibt.

Dingliche Sicherungen der "Sonstigen Finanzanlagen" durch Hypotheken, Grund- und Rentenschulden wären zu vermerken. Dies bringt für die Gesellschaften nichts neues. Sie weisen hier den Posten III/6 "Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden" des bisherigen Schemas aus. Neu ist die Forderung auch alle anderen langfristigen Ausleihungen hier auszuweisen, wobei vor allem an Darlehen zu denken ist. ³⁾

1) Die Definition der Beteiligung sollte als besonderer Absatz des § 133 AktG erscheinen.

2) Vgl. das Bilanzformblatt für Kreditinstitute.

3) Langfristige Ausleihungen an Konzernunternehmen wären zu vermerken.

Als langfristig wird man gemeinhin Darlehnsforderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr bezeichnen können, wobei die Realisierbarkeit maßgebend sein muß, nicht die vereinbarte Restlaufzeit ¹⁾. Auch hier sollte jedoch keine direkte Vorschrift eingeführt werden, es vielmehr der kaufmännischen Übung und dem Fachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer überlassen bleiben, gegebenenfalls Vorschläge und Richtlinien für einzelne Wirtschaftszweige aufzustellen.

Für das Finanzanlagevermögen müßte ebenfalls das Bilanztableau (§ 131 Abs. 4 AktG) obligatorisch sein und Wertberichtigungen auf der Aktivseite offen abgesetzt werden. Es treffen hierauf die gleichen Ausführungen zu wie zum Sachanlagevermögen ²⁾.

III. Umlaufvermögen

Die Bezeichnung Umlaufvermögen für das kurzfristig dem Geschäftsbetrieb dienende Vermögen hat sich eingebürgert und sollte beibehalten werden ³⁾. Es umfaßt in Zukunft durch Herausnahme der langfristigen Ausleihungen nur relativ kurzfristige Vermögensgruppen und bildet somit eine einfachere Möglichkeit als bisher, die Liquiditätslage aus der Bilanz abzulesen.

Grundsätzlich wäre auch hier mehr Gewicht auf den Ausweis der wesentlichen Posten zu legen, als auf eine buchstabengetreue Einhaltung der Gliederungsvorschriften, wozu natürlich ein allzu eingehender Katalog verführen kann.

Die Gliederung des Umlaufvermögens sollte in Zukunft noch mehr nach der Realisierbarkeit erfolgen und etwa diese Form haben:

1. Vorräte

- a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe;
- b) Unfertige Erzeugnisse und Leistungen;
- c) Fertige Erzeugnisse, Waren;

2. Eigene Aktien und Aktien einer herrschenden Gesellschaft unter Angabe ihres Nennbetrages;

3. Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen, soweit sie nicht unter I Nr. 8 aufzuführen sind;

1) Vgl. Schulz, C. E., a. a. O., S. 241 und Studienkommission des Deutschen Juristentages, a. a. O., Seite 82.

2) Vgl. dazu Seite 26/27.

3) Deutscher Industrie- und Handelstag, a. a. O., S. 46. Vgl. aber Schulz, C. E., a. a. O., S. 240 und Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., S. 47f, die für eine Abschaffung dieses Begriffes sind.

4. Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen;
5. Sonstige Forderungen;
6. Wertpapiere, soweit sie nicht unter II Nr. 1 oder 2, III Nr. 2, 7 oder 8 aufzuführen sind;
7. Wechsel;
8. Bargeld, Schecks, Bank- und Postscheckguthaben.

Einschließlich des Anlagevermögens zeigt so die Aktivseite mit wenig Ausnahmen im großen und ganzen eine fortlaufende Entwicklung von nur schwer realisierbaren Vermögenswerten zum Bargeld. Die in den einzelnen Positionen trotzdem enthaltenen kurz- bzw. langfristigen Posten müßten in einer Vorspalte, in Klammer oder als Fußnote erwähnt werden.

Die Vorräte sollten zusammengefaßt werden, während die Aufgliederung in Rohstoffe, unfertige Erzeugnisse und Leistungen und Fertigerzeugnisse in einer Vorspalte vorzunehmen wäre, damit dem Bilanzleser ein übersichtliches Bilanzbild geboten wird. Unter den unfertigen Erzeugnissen - diese Formulierung macht klar, daß hierunter die verschiedensten Fertigungsstufen fallen - sollten auch die unvollendeten Leistungen aktiviert werden, die nicht körperlicher Art sind ¹⁾.

Der Posten "Hypotheken, Grund- und Rentenschulden" entfällt in Zukunft, weil dieser in den im Finanzanlagevermögen neu eingeführten Posten "Sonstige Finanzanlagen" eingegangen ist.

Die von der Gesellschaft geleisteten Anzahlungen enthalten in Zukunft nur Anzahlungen auf das Umlaufvermögen, da die Anzahlungen, die das Anlagevermögen betreffen, unter Position I Nr. 8 erscheinen.

Bei den Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen wäre in Anbetracht des weiteren Einblicks, den eine Aufgliederung in lang- und kurzfristige Kundenkredite für die Offenlegung der Liquiditätslage gewähren würde, eine solche dadurch vorzusehen, daß die langfristigen Forderungen in der Vorspalte vermerkt werden ²⁾. Dies trifft besonders

1) Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer; a.a.O., Seite 49.

2) Schneider, E., a.a.O., Seite 59 ist für eine Erläuterung im Geschäftsbericht.

Wirtschaftszweige mit langer Produktionsdauer, Großobjekten und Auslandsaufträgen zu (Schiffs- und Brückenbau, Großanlagen). Als langfristig sollten auch die Kredite mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr gelten, wobei die Laufzeit nach der wirtschaftlichen Realisierbarkeit, nicht gemäß der vertraglich vereinbarten Restlaufzeit der Forderungen auszurichten wäre ¹⁾).

Forderungen an Konzernunternehmen sollten in Zukunft wegen des besseren Einblicks in die Konzernverflechtung und die Liquidität unter den verschiedenen in Frage kommenden Forderungen ("Sonstige Finanzanlagen", "Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen", "Sonstige Forderungen") ausgewiesen werden, und zwar unter jeweiligem Vermerk, daß es sich dabei um Forderungen gegenüber einem Konzernunternehmen handelt. Aus diesem Grunde sollte die Position "Forderungen an Konzernunternehmen" wegfallen.

Die "Forderungen aus Krediten, die nach § 80 nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Aufsichtsrats gewährt werden dürfen" und "Forderungen an Aufsichtsratsmitglieder" sollten jeweils in der Vorspalte, als Anmerkung oder als Fußnote zu dem entsprechenden Forderungsposten ausgewiesen werden ²⁾. Eine derartige Vorschrift wäre in einem der nächsten Absätze des § 131 AktG aufzuführen.

Dem Posten Sonstige Forderungen wird in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen, hat sich derselbe doch bei fast allen Gesellschaften zu einem nicht unbedeutenden Sammelbecken für die grundverschiedenen Forderungen herausgebildet. An den sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt sich besonders deutlich, wozu das weitausgebaute aktienrechtliche Schema verführt. Alles was unter den übrigen Bilanzpositionen nicht unterzubringen ist, wird hier ausgewiesen, ohne daß von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, das aktienrechtliche Schema zu erweitern.

Neben den Steuern (besonders die Umsatzsteuerrückvergütung) nehmen die Darlehen einen bevorzugten Platz ein, hinzukommen die sich aus dem Zahlungsverkehr mit der Belegschaft, Vertretern und Behörden ergebenden Forderungen. Auch die Rückkaufswerte von Lebensversicherungen für die Belegschaft erscheinen hier. Wenn auch die langfristigen Darlehen in Zukunft unter dem "Finanzanlagevermögen" gesondert auszuweisen sind, bleiben die "Sonstigen Forderungen" trotzdem noch immer unübersichtlich, weil in dieser Position die verschie-

) Minz, W., Rechnungslegung, a.a.O., Seite 81, tritt für einen Ausweis gemäß der vereinbarten Restlaufzeit ein.

) Vgl. dazu: Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., Seite 46.

densten Fristigkeiten enthalten sind, so daß der Außenstehende sich über die Liquidität dieser Forderungen kein Bild machen kann.

Auf Grund dieser Tatsache scheint es auch hier angebracht zu sein, sobald der Posten "Sonstige Forderungen" im Verhältnis zu den anderen Bilanzpositionen zu hoch wird, in ihm aber wesentliche Forderungen unter einem Begriff zusammengefaßt werden können, daß diese dann in einer Vorspalte, in Klammer oder als Fußnote getrennt ausgewiesen werden. (Z. B. Steuerüberzahlungen, Erträge aus Werksüberlassungsverträgen, Beteiligungserträge, Lizenzen.) Ähnlich wäre zu verfahren, wenn es sich um außergewöhnliche Forderungen handelt (Verkaufspreis für Teilbetriebe, für Patente, Schadenersatzansprüche, Kautionen).¹⁾

Eventuelle langfristige Forderungen in der Position "Sonstige Forderungen" wäre gemäß unseren Ausführungen zu "Sonstige Finanzanlagen" und "Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen" zu vermerken.

Gemäß den Vorschlägen der Literatur sollen auch zum Umlaufvermögen Wertberichtigungen vorgesehen werden. Dies entspricht der praktischen Handhabung der Gesellschaften.

Die schon bei der Besprechung des Anlagevermögens behandelte Frage, ob den direkten Abschreibungen vor den indirekten Wertberichtigungen der Vorzug zu geben sei ²⁾, trifft gleichermaßen auf das Umlaufvermögen zu.

Wenn für den Vorschlag der auf der Aktivseite abgesetzten Abschreibung vor allem der dadurch gewährleistete größere Überblick über den Wert des Vermögens maßgebend ist, tritt für das Umlaufvermögen zu diesem Grund gemäß der Niederstwertprinzip noch die ausdrückliche Forderung des § 40 HGB ³⁾, daß zweifelhafte Forderungen nach ihrem wahrscheinlichen Wert anzusetzen, uneinbringliche Forderungen dagegen abzuschreiben sind.

1) Kofahl, G., a. a. O., Seite 625.

2) Vgl. Seite 26/27.

3) Gemäß § 129 AktG ist § 40 HGB auch für die Aktiengesellschaft anzuwenden, soweit das Aktiengesetz nichts anderes bestimmt.

Dies bedeutet, - wie es das Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer darlegt ¹⁾ - daß als Wertberichtigung nur das allgemeine Delkredere pauschal berücksichtigt werden sollte, feststehende Wertminderungen bestimmter einzelner Posten aber jeweils schon auf der Aktivseite zu berücksichtigen seien. Die Pauschalwertberichtigung für ungewisse, "aber nach kaufmännischer Erfahrung in Betracht kommende Wertminderungen, sowie Ausfallrisiken oder Verwertungsrisiken" müßte entsprechend dem Vorschlag zum Ausweis des Anlagevermögens ²⁾ auf der Aktivseite in einer Vorspalte vom Forderungsbestand abgesetzt werden, um so einen besseren Einblick in die Bewertung der Forderungen zu gewähren.

Diese Handhabung verbindet einen übersichtlichen Ausweis mit einer Einschränkung der Bilanzaufblähung und erreicht gleichzeitig eine Aufgliederung der Wertberichtigungen auf die einzelnen Positionen der Aktivseite.

Die Positionen "Schecks", "Kassenbestand einschließlich von Landeszentralbank- und Postscheckguthaben" sowie "Andere Bankguthaben" sollten in Zukunft zusammengefaßt ausgewiesen werden ³⁾. Der Unterschied zwischen verzinslichen und unverzinslichen Forderungen ist zu gering, als daß darauf die geltende Aufteilung fußen könnte. Der Scheck dient im Gegensatz zum Wechsel, der dem Kreditverkehr dient, dem Zahlungsverkehr.

IV. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen

Die Rechnungsabgrenzungsposten sollten möglichst klein gehalten werden, ihr Ausweis also weitestgehend unter den einzelnen Forderungspositionen des Umlaufvermögens erfolgen. Eventuell ist über den gesonderten Ausweis des Disagios hinaus eine angemessene Aufgliederung des Postens erforderlich, um einen klaren Einblick in die Geschäftslage zu ermöglichen.⁴⁾

1) Fachgutachten Nr. 1 / 1954 WPg 1954 Seite 500.

2) Vgl. Seite 26/27 und Seite 29.

3) Bork, H., Schwedisches und deutsches Aktienrecht, ZfHf 1949, Seite 488 ff (Seite 492).

4) Vgl. die weitgehende Aufgliederung der Rechnungsabgrenzungsposten in der amerikanischen Bilanzierungspraxis; Farr, G., a. a. O., Seite 642 f und die Beschränkung auf transitorische Posten im Vorschlag des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., Seite 45.

B. Auf der Passivseite:

I. Grundkapital

Gemäß unseren obigen Ausführungen ¹⁾ sollte der Ausweis des Grundkapitals dann von dem bisherigen abweichen, wenn es noch nicht voll eingezahlt ist. Die noch ausstehenden Einlagen müßten, um einen klareren Ausweis des Eigenkapitals zu gewährleisten, in einer Vorspalte vom Grundkapital abgesetzt werden. Dabei wären die eingeforderten Beträge zu vermerken ²⁾.

Die Forderung nach getrennter Angabe der Gesamtnennbeträge jeder Aktiengattung sowie der Gesamtstimmenzahl von Mehrstimmrechtsaktien hat sich bewährt und sollte schon deshalb beibehalten werden, weil noch immer kein Zeitpunkt für den Verlust des Mehrstimmrechtsvorzugs gemäß § 9 EGAktG bestimmt worden ist.

Diese Ausweisbestimmung sowie die Forderung nach Angabe des bedingten Kapitals mit dem Nennbetrag wäre in einen der folgenden Absätze des § 131 AktG aufzunehmen.

II. Rücklagen

Die derzeitige Regelung des Ausweises von Rücklagen ist ausreichend. Als Rücklage darf nur versteuertes Eigenkapital zum Ausweis gelangen.

Soweit auf Grund von Steuergesetzen Mischformen zwischen Eigenkapital und Verbindlichkeiten auftreten, dürfen diese nicht unter Rücklagen zum Ausweis kommen, sondern müssen als gesonderte Bilanzposition ausgewiesen werden. Diese wäre jedoch im Gliederungsschema des § 133 AktG nicht aufzuführen, sondern nur beim Vorliegen derartiger steuerrechtlicher Tatbestände in die Bilanz einzusetzen. Eine Erweiterung des Gliederungsschemas durch eine Position "Rücklagen, die bei der Auflösung der Besteuerung unterliegen" sollte vermieden werden, damit nicht das Steuerrecht noch mehr als bisher dazu verführt wird, verfälschend auf die Handelsbilanz Einfluß zu nehmen. ³⁾

1) Vgl. Seite 24.

2) Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., Seite 48.

3) Vgl. Schluß dieser Arbeit, besonders Seite 100.

Über die Ausweisfragen hinaus will der Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer ¹⁾ auch den § 130 in verschiedener Hinsicht verbessern.

Danach soll als Grundlage für die Bemessung der Zuführung zur gesetzlichen Rücklage in Zukunft nur der Jahresgewinn abzüglich eines etwaigen Verlustvortrags dienen, um eine Doppelerfassung des Gewinnvortrages zu vermeiden.

Es erscheint nicht notwendig, die gesetzliche Rücklage - soweit sie zehn vom Hundert des Grundkapitals ²⁾ übersteigt - zur Erhöhung des Grundkapitals zu verwenden, wie es der Arbeitskreis vorschlägt. Grundsätzlich ist es in das Benehmen jeder Gesellschaft gestellt, alle über zehn vom Hundert des Grundkapitals hinausgehenden Beträge - soweit nicht § 131 Abs. 2 Ziff. 2 bis 4, § 185 und § 192 Abs. 5 dem entgegenstehen - einer freien Rücklage zuzuführen ³⁾, die dann zur nominellen Kapitalerhöhung verwandt werden kann ⁴⁾. Aus diesem Grunde sollte sich eine solche Regelung erübrigen.

Die Deckung von Verlusten mittels der gesetzlichen Rücklage soll in Zukunft ohne Auflösung der freien Rücklagen nur in der Höhe möglich sein, in der die gesetzliche Rücklage zehn vom Hundert des Grundkapitals übersteigt. Eine Ausschüttung von freien Rücklagen in Verlustjahren darf nur erfolgen, soweit die freien Rücklagen darüberhinaus den Reinverlust voll decken. Ein solcher Vorschlag ist zu begrüßen, da erst hierdurch die gesetzliche Rücklage zur letzten Reserve des Unternehmens wird.

Die "Wertberichtigungen zu Posten des Anlagevermögens" sind in Zukunft gemäß den Ausführungen zum Anlagevermögen ⁵⁾ nicht mehr zulässig. Damit wird ein übersichtlicher Ausweis des Anlagevermögens gewährleistet und gleichzeitig die Aufblähung der Bilanz eingeschränkt.

1) A. a. O., Seite 37 ff.

2) Als Grundkapital soll dabei der Nennbetrag gelten, der sich durch die Erhöhung ergibt.

3) Die durch die DM-Bilanzgesetzgebung oft sehr hohen gesetzlichen Rücklagen bilden eine Ausnahme. Deren Überführung in eine freie Rücklage oder zur Erhöhung des Grundkapitals kann nicht durch das Aktiengesetz geregelt werden.

4) Eine Kapitalerhöhung mittels Gratisaktien ist jedoch in Deutschland im Gegensatz zu den USA uninteressant, weil sie immer noch von der steuerlichen Rechtsprechung beim Aktionär als Gewinnausschüttung angesehen wird und dadurch zur Besteuerung als Einkommen aus Kapitalvermögen führt.

5) Vgl. die Ausführungen zu Seite 26/27 und Seite 29.

Gleichermaßen müßten die von der Literatur mit Recht geforderten und der praktischen Handhabung der Gesellschaften entsprechenden Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen auf der Aktivseite der Bilanz offen von den jeweiligen Forderungen abgesetzt werden ¹⁾. Hierdurch wird gleichzeitig eine Aufgliederung der Wertberichtigungen auf die einzelnen Positionen der Aktivseite erreicht.

III. Rückstellungen

Das Anwachsen der Position "Rückstellungen", besonders bedingt durch Rückstellungen für Steuern und Pensionsverpflichtungen, hat zu verschiedenen Reformvorschlägen für diesen Bilanzposten geführt ²⁾. Davon treten drei verschiedene Forderungen besonders hervor. Zunächst sollen hier in Zukunft nicht nur Rückstellungen für ungewisse Schulden, sondern auch für unterlassenen Betriebsaufwand gebildet werden ³⁾, zum zweiten wären langfristige Rückstellungen zu vermerken und schließlich wird eine Aufgliederung der Rückstellung mindestens in solche für Pensionsverpflichtungen, Steuern und sonstige verlangt.

Die Forderung, auch eine Rückstellung für unterlassenen Betriebsaufwand einzuführen, ist von wenig praktischer Bedeutung, da die ertragsteuerlichen Regelungen eine solche nicht erlauben ⁴⁾, müßte man diese Rückstellung aber aus versteuerten Gewinnen bilden, handelt es sich um Eigenkapital und wäre als Rücklage auszuweisen. Schon die Gefahr der Verwischung der Grenze zwischen Rücklage und Rückstellung ⁵⁾ sollte von einem solchen Vorschlag Abstand nehmen lassen. ⁶⁾

1) Vgl. Seite 32.

2) Vgl. Förster, K. H., Die Rückstellungen in den Reformvorschlägen zur Aktienrechtsreform NB 1957, Seite 90 ff.

3) Deutscher Industrie- und Handelstag, a. a. O., Seite 45.

4) Die Ausnahme, daß mittels Pachtverträgen - der Pächter, eine Betriebsgesellschaft, pachtet die Anlagen und muß sie im gleichen Zustand wieder an den Verpächter zurückerstatten - auch steuerliche Rückstellungen für unterlassene Instandsetzung möglich sind, verlangt keine Anführung im Gesetz.

5) Die Rücklage stellt Eigenkapital dar, während die Rückstellung grundsätzlich Fremdkapital ist, allerdings innerhalb des Bewertungsspielraums und bei langfristigen Rückstellungen auch Eigenkapital umfassen kann.

6) Vgl. auch: Studienkommission des Deutschen Juristentages; a. a. O., S. 83 und Schneider, E., a. a. O., Seite 60.

Die Forderung eines aufgegliederten Rückstellungspostens und die Angabe der Fristigkeit lassen sich zusammengefaßt lösen. Grundsätzlich wäre auch hier die Bedeutung der ausgewiesenen Positionen maßgebend. Bei im Verhältnis zu den übrigen Verbindlichkeiten und der Bilanzsumme verhältnismäßig hohen Rückstellungen sollte schon aus dem Grunde des besseren Einblicks in die Gesellschaftslage eine Aufgliederung Pflicht der Gesellschaft sein ¹⁾. Dies könnte in der Vorspalte, als Anmerkung in einer Klammer oder einer Fußnote erfolgen. Hierbei wären bei den einzelnen Positionen, die davon langfristigen Rückstellungen zu vermerken, was aber dann nicht mehr nötig wird, wenn es sich aus der Position selbst ergibt. So haben Pensionsrückstellungen stets langfristigen Charakter.

Eine Abgrenzung der einzelnen Rückstellungsbeträge sowie von kurz- und langfristigen Posten dürfte keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten. Als Maßstab mag vorläufig in Anlehnung an die Ausführungen zu den "Sonstigen Finanzanlagen" und den Forderungen hierfür ein Jahr gelten. Allerdings wäre hier die juristische Fälligkeit, nicht wie bei den Forderungen die Realisierbarkeit, zugrunde zu legen.

IV. Langfristige Verbindlichkeiten

Entsprechend der Aufteilung der Aktivseite in die beiden großen Positionen Anlage- und Umlaufvermögen, die in Zukunft, mittels der dadurch erreichten Scheidung in dauernd dem Betrieb dienende Anlagegüter und kurzfristige Forderungen, auch Aussagen über die Liquidität erleichtern helfen, wären auch die Verbindlichkeiten gemäß ihrer Fristigkeit getrennt auszuweisen.

Als langfristig müßten Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von über einem Jahr gelten, wobei die vertraglich vereinbarte Fälligkeit maßgebend ist.

Die "Langfristigen Verbindlichkeiten" ²⁾ sollten folgende Posten umfassen, wobei auch hier die Darlehen, die bisher unter den "Sonstigen Verbindlichkeiten" ausgewiesen wurden, gesondert auszuweisen sind:

1. Anleihen;
2. Aufgenommene Darlehen;
3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten;
4. Sonstige langfristige Verbindlichkeiten.

1) Vgl. dazu: Formblatt Anlage 1 zu § 18 Abs. 2 Eigenbetriebs VO vom 21. November 1938.

2) Der Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer nennt diese Gruppe "Langfristig aufgenommenes Fremdkapital" (a. a. O., Seite 52).

Bei jeder einzelnen Position wären dingliche Sicherungen durch Hypotheken, Grund- und Rentenschulden zu vermerken.

An den Ausweis der Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten müssen gleicherweise wie an den der "Sonstigen Forderungen" stets besonders hohe Anforderungen gestellt werden, um ein klares Bilanzbild zu erhalten. Diese Position darf also im Verhältnis zu den übrigen Passiva nicht zu groß werden, sondern muß gegebenenfalls aufgegliedert werden. Vereinbarungsgemäß innerhalb eines Jahres zu tilgende Beträge des langfristigen Fremdkapitals sind in der Vor-
spalte, als Anmerkung in einer Klammer oder als Fußnote zu vermerken. ¹⁾

V. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten nehmen die übrigen Verbindlichkeiten mit Ausnahme der bisher vorgeschriebenen Positionen "Von Arbeitern und Angestellten gegebene Pfandgelder", "Verbindlichkeiten aus Werkspareinlagen" und "Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen" auf. Die ersten zwei Positionen könnten wegen ihrer geringen praktischen Bedeutung wegfallen. Der Posten "Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen" sollte, entsprechend der vorgeschlagenen Regelung auf der Aktivseite, in Zukunft überflüssig werden. Konzernverbindlichkeiten wären danach unter den jeweiligen Positionen der Passivseite der Bilanz auszuweisen, denen sie zuzurechnen sind, wobei zu bemerken wäre, daß sich um Konzernverbindlichkeiten handelt. Durch einen derartigen Ausweis erscheinen langfristige Konzernverbindlichkeiten unter der Gruppe IV, kurzfristige unter V und Waren-, Darlehns- oder sonstige Verbindlichkeiten getrennt, was zu einem bedeutend größeren Einblick in die Lage der Gesellschaft führt.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sollten sich demnach wie folgt zusammensetzen:

1. Anzahlungen von Kunden;
2. Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen;
3. Verbindlichkeiten aus der Annahme von gezogenen Wechseln und der Ausstellung eigener Wechsel;
4. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, soweit sie nicht unter IV 3 auszuweisen sind;
5. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten.

1) Vgl. dazu: Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., Seite 45.

Zu dem Posten Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten können die Ausführungen zu den "Sonstigen Forderungen" als Erläuterung dienen. Es sei hier noch auf die Durchführung einer exakten Trennung zwischen "Rückstellungen" und "Sonstigen Verbindlichkeiten" hingewiesen, die in der Praxis nicht immer beachtet wird.

VI. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen

Für die passiven Posten der Rechnungsabgrenzung gelten die Ausführungen zu Aktivposten IV entsprechend. Grundsätzlich sollte auch hier so wenig wie möglich ausgewiesen werden, die Abgrenzungsposten sind so weit es irgend geht unter Verbindlichkeiten zu bilanzieren.

Die Vorschriften des § 133 Abs. 2 bis 6 AktG können unter Berücksichtigung der oben bei der Gliederung besprochenen Änderungen beibehalten werden.

In Absatz 4 müßte demgemäß die Bildung von Wertberichtigungen und die Möglichkeiten des Ausweises von Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsbericht wegfallen.

Die Konzernforderungen und -verbindlichkeiten wären in Zukunft jeweils unter den in Frage kommenden Posten zu bilanzieren, mit dem Vermerk, in welcher Höhe es sich dabei um den Verkehr mit Konzernunternehmen handelt.

Nur die in § 131 Abs. 7 AktG vorgesehenen Vermerke sind noch einer Prüfung zu unterziehen. Für die Diskussion über die Bilanzvermerke ist die eingehende Regelung in Schweden und England besonders befruchtend gewesen.

In Zukunft sollten über die im Aktiengesetz vorgeschriebenen Vermerke hinaus Angaben über das Wechsel- und Scheckobligo, über Pfandbestellungen, Sicherungsübereignungen und Eigentumsvorbehalte, die über die gesetzlich vorgesehenen und das branchenübliche Maß hinausgehen, über die gemäß § 29 Abs. 1 DMBG nicht zurückgestellten Pensionsverpflichtungen sowie die Vermögensabgabeschuld gemäß § 218 Abs. 1 LAG gemacht werden ¹⁾. Es handelt sich hierbei nur um

1) Vgl. auch: Schneider, E., a.a.O., S. 61; Minz, W., Rechnungslegung, a.a.O., S. 82 ff; Deutscher Industrie- und Handelstag, a.a.O., S. 52 und Studienkommission des Deutschen Juristentages, a.a.O., Seite 83. Der Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer will über das Wechsel- und Scheckobligo hinaus den Vermerk für "Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten an Sachen oder Rechten für fremde Verbindlichkeiten" erweitern. (A.a.O., Seite 46.)

Haftungsverhältnisse zugunsten Dritter, nicht um zusätzliche Haftungen für eigene Verbindlichkeiten. Haftungsverhältnisse gegenüber Konzernunternehmen wären gesondert auszuweisen.

Darüberhinaus wird auch die Angabe von bindend eingegangenen Verpflichtungen - schwebenden Geschäften - gefordert; besonders im Hinblick auf künftige Investitionsvorhaben. Da diese schwebenden Geschäfte zahlenmäßig bedeutend schwieriger darzustellen sind, wäre jedoch die Angabe im Geschäftsbericht vorzuziehen.

Der Ausweis von Pfandbestellungen, Sicherungsübereignungen und Eigentumsvorbehalten sollte nur soweit erfolgen, als solche Sicherungen nicht allgemein üblich sind. Ein Ausweis erübrigt sich bei den gesetzlichen Pfandrechten des Bürgerlichen und des Handelsgesetzbuchs sowie bei Sicherungsübereignungen und Eigentumsvorbehalten, die branchenüblich sind. Während diese Branchenüblichkeit bei Sicherungsübereignungen kaum vorkommen dürfte, ist sie beim Eigentumsvorbehalt weit verbreitet.

bb) Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung

Die in § 132 AktG vorgeschriebene Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung hat im Gegensatz zu der der Bilanz von vornherein heftige Kritik erfahren. Dies ist berechtigt, denn die Aussagefähigkeit dieser Gewinn- und Verlustrechnung ist minimal und muß natürlich besonders von der modernen Betriebswirtschaftslehre, die der Erfolgsrechnung im Vergleich zum Gesetzgeber bedeutend mehr Gewicht beilegt, als ungenügend abgelehnt werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung soll ja nicht die Erfolgshöhe feststellen, das wird durch die Bilanz erreicht, nein, sie soll darüberhinaus klarlegen, aus welchen Quellen der Erfolg fließt und welches Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag besteht. Vor allem wird eine eingehende Trennung des ordentlichen vom außerordentlichen Betriebsergebnis gefordert, wobei das außerordentliche Ergebnis sowohl aus periodenfremdem als auch betriebsfremdem Aufwand und Ertrag herrühren kann.

Die ablehnende Kritik war und ist besonders deshalb so stark, weil die Vorschriften des Aktiengesetzes von 1937 einen Rückschritt gegenüber der Regelung dieser Vorschriften in der Notverordnung von 1931 bedeuten ²⁾. In dieser erschien unter Position II Nr. 1 der Jahresertrag nur saldiert mit den Aufwendungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bei Fertigungsbetrieben, sowie an bezogenen Waren bei Han-

1) Vgl. Seite 16.

2) § 261 c Abs. 1 I 7 und II 1 HGB.

delsbetrieben. Unter diesem Saldo konnte der Bilanzleser sich etwas bestimmtes vorstellen, was ihm bei dem Saldo gemäß § 132 AktG beim besten Willen nicht gelingen kann¹⁾; ja es ist sogar unmöglich, diesen Jahresertrag vernünftig zu definieren. Er bildet einfach das Ergebnis aus dem Abzug gewisser Aufwandsbeträge von verschiedenen Ertragsposten.

Die Zulassung dieses "Rohertrages gemäß § 132 (1) II/1 AktG" - wie der Posten in den Veröffentlichungen meist genannt wird - erfolgt durch den Gesetzgeber bewußt²⁾, um jeglichen Einblick der Konkurrenz in die Ertragslage der Aktiengesellschaften zu verhindern. Deshalb wird die grundsätzliche Vorschrift des § 129 AktG, daß der Abschluß so klar und übersichtlich aufzustellen sei, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt, für die Gewinn- und Verlustrechnung vom Gesetzgeber selbst vollkommen außer acht gelassen. Sie widerspricht im Gegenteil dieser Forderung.

Hier setzen die Reformvorschläge für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ein, die, da eine Einschränkung des § 129 AktG nicht in Frage kommt, auch für diese Gliederung das Prinzip der Klarheit fordern.

Die Vorschläge, die bis zu einem gesonderten Ausweis des Umsatzes gehen³⁾, übersehen nicht die Konkurrenzgefahr⁴⁾, die mit einem solchen unsaldierte Bruttoausweis verbunden ist. Jedoch wird im allgemeinen angeführt, daß die

- 1) Schmaltz, Kurt, Der Erkenntniswert der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 132 AktG für die Beurteilung der Ertragslage. Neue Betriebswirtschaft 1956 S. 141 f, weist auf den Erkenntniswert hin, der durch eine Auswertung der Position Steuern, die Ermittlung einer Bruttogewinnziffer und den Vergleich des "Ertrages gemäß § 132 II 1" innerhalb mehrerer Jahre zu erreichen ist.
- 2) Vgl. dazu: Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes WP 1952 S. 88 ff (S. 144 f), der dies daran deutlich macht, daß in § 296 Abs. 1 Ziff. 1 nur die Verschleierung und unwahre Darstellung des Vermögensstandes der Gesellschaft strafbar ist, nicht dagegen eine unklare Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung.
- 3) Noch weitergehende Vorschläge macht Koch, W., a.a.O., Seite 148 f., Lohmann, M., Die Erfolgsrechnung im Jahresabschluß - Ein Beitrag zur Reform der Verlust- und Gewinnrechnung WP 1951 Seite 157 f und Schmaltz, K., Reform der Gewinn- und Verlustrechnung der Aktiengesellschaft WT 1936, Seite 458 ff (S. 462).
- 4) Es wird auch immer wieder die psychologische Wirkung angeführt, die ein Umsatzrückgang auf den Bilanzleser ausüben kann. Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag, a.a.O., S. 39 f. Auch hier kann nur die praktische Handhabung vieler Aktiengesellschaften als Gegenargument angeführt werden, die sich (Forts. siehe nächste Seite unten)

Nachteile, die dadurch den einzelnen Gesellschaften entstehen könnten, durch die Vorteile für die Gesamtheit als auch für die einzelnen Unternehmen bei weitem ausgeglichen würden. Jede Aktiengesellschaft würde dann nicht nur selbst den Umsatz und die gesamten Aufwendungen zum Ausweis bringen, sondern auch selbst die Möglichkeit haben, in die Gewinn- und Verlustrechnung der anderen Aktiengesellschaften Einblick zu nehmen. Da bei jeder Aktiengesellschaft die gleichen Nachteile den gleichen Vorteilen gegenüberstehen würden, könnte die Konkurrenzgefahr nicht als Gegenargument dienen.

Dies ist aber nur richtig, soweit es sich innerhalb einer Branche um Aktiengesellschaften handelt. Tritt dagegen ein Teil der Konkurrenzunternehmen in Form von Gesellschaften auf, die nicht der Publizitätspflicht unterliegen, würden diese ohne Grund bevorzugt werden - nur nehmen, aber nichts geben.

Ein solcher Bruttoausweis, der heute schon von vielen großen Gesellschaften freiwillig erfolgt, schafft um so weniger Einblicksmöglichkeiten für die Konkurrenzfirmen in Selbstkosten, Kalkulation und Gewinn, je mehr Produktionsstufen in einer Gesellschaft vereinigt sind. Besonders großen Einblick schaffen bei den reinen Handelsgesellschaften die leicht zu schätzenden Rabatte bzw. Aufschläge auf den Einstandspreis. Eine gesetzliche Regelung, die die Publizitätsvorschriften zu weit führt, kann demnach ein Ausweichen der betroffenen Gesellschaften in andere Rechtsformen mit sich bringen ¹⁾.

4) nicht scheuen, auch von Umsatzrückgängen zu sprechen und damit gerade Publizitätspflichten erfüllen. Sinn der Publizität ist Einblick in die Geschäftslage zu schaffen, unabhängig davon, ob diese günstig oder ungünstig ist. Im übrigen wird der Bilanzleser über Umsatzrückgänge in den einzelnen Branchen schon durch sonstige Veröffentlichungen der Wirtschaftspresse und Statistiken unterrichtet, bevor ihm der Jahresabschluß überhaupt vorliegt. Farr, G., Die Bedeutung des Bruttoausweises (Ein Beitrag zur Aktienrechtsreform) DB 1955, Seite 293 ff (S. 295) und Studienkommission des Deutschen Juristentages, a. a. O., Seite 84.

1) Als Beispiel werden immer wieder (z. B. von Farr, G., Die Bedeutung ..., a. a. O.) die USA angeführt, wo auch weitestgehend der Bruttoumsatz ausgewiesen würde. Dies wird aber von "einer Statistik über die Bilanzpolitik amerikanischer Gesellschaften" WP 1952, S. 67, widerlegt. Von 525 untersuchten Gesellschaften haben im Zeitraum vom 1.5.1950 - 30.4.1951 28 Gesellschaften die Bruttoumsätze, 351 die Nettoumsätze und 14 eine Kombination von beiden ausgewiesen, während der Rest keinen Aufschluß über den Umsatz gab. (Accounting Trends and Techniques in Published Corporate Annual Reports. Fifth Annual Cumulative Survey. American Institute of Accountants, New York 1952, S. 10.)

Da, wie im nächsten Abschnitt auszuführen sein wird ¹⁾, in Zukunft die Bildung stiller Reserven, soweit diese willkürlich vorgenommen werden, dadurch unmöglich gemacht werden soll, daß die Höchstwertvorschriften des § 133 AktG gleichzeitig Mindestvorschriften werden, sollte von einem Ausweis des Umsatzes abgesehen werden können ²⁾. Diese Abschaffung der willkürlich gebildeten stillen Reserven führt ja automatisch zu einem weit klareren und wahreren Ausweis auch in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Forderung nach einer zusätzlichen Veröffentlichung des Bruttoumsatzes würde dann aber wegen der ungerechtfertigten Benachteiligung der zur Publizität verpflichteten Aktiengesellschaften gegenüber sonstigen Gesellschaften und Firmen zu weit führen ³⁾.

Dagegen sollte die Fassung der Gliederungsvorschrift für Position II Nr. 1 des Schemas derart geregelt werden, daß die Gesellschaften, die nicht den Umsatz ausweisen, diesen nur mit den Rohstoffen oder mit den Handelswaren saldieren können. Der Einblick in diesen Saldo ginge noch etwas über den hinaus, der durch die Aktienrechtsnovelle vom 19. September 1931 vermittelt wurde. Dadurch würden die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe auf der Aufwandseite gezeigt und so die reine Wertschöpfung dargelegt ⁴⁾. Mit dieser Regelung wird der derzeitige undefinierbare Betrag zu einem klaren Saldo aus Umsatz abzüglich Einstandskosten von Rohstoffen oder Waren.

1) Vgl. Seite 51.

2) Eich, W., a.a.O., Seite 75 und Bouffier, W., (Leitung, Rechnungslegung und Prüfung der Großunternehmen, Tagung des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft in Wien. DB 1957 Seite 507 und Betriebswirtschaftler analysieren Bilanzen DZ Nr. 51 vom 26. Juni 1957).

3) Der Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer schlägt eine Ermächtigung für den Bundesminister der Justiz vor, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Wirtschaft den gesonderten Ausweis des Umsatzes zu bestimmen und eventuell für einzelne Branchen Ausnahmeregelungen zu treffen (a.a.O. S. 56). Der Arbeitskreis ist auch für einen gesonderten Ausweis der Bestandsveränderung, der aktivierten eigenen Leistungen und der Ergebnisse aus Arbeitsgemeinschaften und Organschaftsabrechnungen.

4) Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag von Bredt, O., zu Minz, W., Rechnungslegung a.a.O., S. 108. Im allgemeinen tritt man für die Fassung des § 261 c Abs. 1 Ziff. II 1 HGB ein (Saldierung mit den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren).

Der Einblick in diesen Betrag wird natürlich um so größer, je mehr es sich um einstufige Unternehmen, reine Handels- oder Dienstleistungsbetriebe handelt.

Einstufige Produktionsbetriebe lassen bedeutend mehr erkennen als mehrstufige. Bei den Handelsbetrieben verschaffen die annähernd bekannten Aufschläge auf die Einstandspreise sowie Rabatte der Konkurrenz weit mehr Einblick als bei Produktionsbetrieben, und bei den Dienstleistungsbetrieben erscheinen die Aufwendungen hauptsächlich in Form von Personalaufwendungen und Abschreibungen. Die unterschiedlichen Auswirkungen auf die einzelnen Gesellschaften und Branchen dürfen aber nicht die generelle Forderung nach einem klaren Ausweis gerade des größten Postens der Gewinn- und Verlustrechnung vereiteln.

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen zu dem Jahresertrag II Nr. 1 soll nun das Schema der Gewinn- und Verlustrechnung besprochen werden, wie es sich aus der Kritik der derzeitig geltenden Regelung und den Forderungen nach deren Verbesserung ergibt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung gilt grundsätzlich das gleiche, was schon bei der Besprechung der Bilanzgliederung herausgestellt wurde. Die vorgeschriebene Gliederung kommt "unbeschadet einer weiteren Gliederung" nur zur Anwendung, soweit der Geschäftszweig keine Abweichung davon bedingt. Diese Vorschrift des § 132 Abs. 1 scheint weitestgehend übersehen zu werden. Darüber hinaus sollten die einzelnen Positionen in einer Vorspalte oder als Anmerkung in Klammer oder in einer Fußnote aufgegliedert und erläutert werden, wenn sie im Verhältnis zum Gesamtumfang der Gewinn- und Verlustrechnung wesentlich sind. Es sollte freigestellt werden, den Ausweis in der bisher üblichen Kontenform oder der Berichtsform ¹⁾ zu geben. Letztere würde die Gewinn- und Verlustrechnung besonders für den Laien übersichtlicher gestalten.

Auch für die Gewinn- und Verlustrechnung sollte die Angabe der Vorjahreszahlen für die einzelnen Positionen in Klammer hinter den Beträgen des Geschäftsjahres vorgeschrieben werden. Ein Vergleich der Aufwands- und Ertragspositionen zweier Geschäftsjahre ist von großem Wert für eine Analyse des Betriebsergebnisses.

Die Mindestgliederung auf der Seite der Aufwendungen sollte folgendermaßen geregelt werden:

1) Vgl. Farr, G., Der Jahresabschluß amerikanischer Gesellschaften ZfB 1954, Seite 53 ff und Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer a. a. O., Seite 55 ff. Die Gliederung des Arbeitskreises ist abzulehnen, da sie jeden Versuch unterläßt, das Betriebsergebnis vom außerordentlichen Ergebnis zu trennen. Dies bedeutet einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Regelung.

1. Personalaufwendungen;
2. Abschreibungen;
3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen;
4. Steuern;
5. Außerordentliche Aufwendungen;
6. Sonstige Aufwendungen.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie des Deutschen Juristentages, soll von einer Vorschrift für die Aufgliederung der Position Personalaufwendungen abgesehen werden, weil besonders die Abgrenzung von gesetzlichem und freiem Sozialaufwand nicht immer einfach ist ¹⁾. Im allgemeinen werden die Firmen Interesse haben, die freiwilligen Sozialaufwendungen bekannt zu geben. Für diese Zwecke eignet sich aber der Geschäftsbericht bei weitem besser. Unter Personalaufwand fallen Löhne, Gehälter, gesetzliche und freiwillige soziale Aufwendungen. Eine Aufteilung in Löhne und Gehälter, sowie soziale Abgaben wie bisher sollte sich erübrigen, da die Aussagekraft des Postens "Soziale Abgaben", der nur die gesetzlich vorgesehenen umfaßt, gering ist. Bei weitem die meisten Gehalts- und Lohnzahlungen sind heute entsprechend unserer Sozialgesetzgebung mit ganz bestimmten Zuschlägen von sozialen Abgaben und Beiträgen zur Berufsgenossenschaft und Familienausgleichskasse belastet. Interessant könnten nur darüberhinaus aufgewandte freiwillige Beiträge sein, die aber oft nur sehr schwer gegenüber den gesetzlichen Sozialaufwendungen abgegrenzt werden können, da es sich dabei nicht ausschließlich um primäre Aufwendungen handelt, die Gliederung aber nur auf diesen Aufwendungen aufgebaut ist. Darüberhinaus ist der Übergang von der freiwilligen Leistung zum Rechtsanspruch oft flüchtig. Natürlich kann jede Gesellschaft in einer Vorspalte vom Bruttosozialaufwand die in anderen Aufwandspositionen enthaltenen sozialen Leistungen absetzen und nur die primären Personalaufwendungen unter dieser Position ausweisen.

Die Abschreibungen umfassen sowohl Abschreibungen auf das Sach- und Finanzanlagevermögen, als auch auf das Umlaufvermögen. Da ein gesonderter Ausweis der Abschreibungen auf das Anlagevermögen für die Bilanz vorgeschlagen wird ²⁾, erübrigt sich ein gesonderter Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Abschreibungen, die sich nicht aus der Entwicklung des Anlagevermögens ergeben, müssen also notwendigerweise das Umlaufvermögen betreffen.

1) Vgl. Minz, W., Gedanken, a.a.O., Seite 86 f; Schulz, C.E., a.a.O., Seite 207 und Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., Seite 57.

2) Vgl. Seite 26.

Der Aufwand an Zinsen sollte in Zukunft nicht mehr mit den Zinserträgen saldiert werden, damit, einschließlich der sonstigen Kreditkosten, der Gesamtaufwand für Fremdkapital aus dieser Position ersichtlich ist. Dabei wären Skontiaufwendungen nicht als sonstige Kreditkosten auszuweisen, sondern im Rohertrag zu verrechnen, da es sich hierbei um Erlösminderungen handelt, auf die die Gesellschaften keinen großen Einfluß ausüben können.

Die gesamten von der Gesellschaft abzuführenden Steuern müßten unter Position 4 ausgewiesen werden, um die Gesamtsteuerbelastung erkennbar zu machen. Diese ist in den letzten Jahren so angewachsen, daß ihr Anteil am Gesamtaufwand, besonders im Vergleich zur Verzinsung des Eigen- und Fremdkapitals sowie den Personalaufwendungen, von Interesse ist. Dabei kann es nötig werden, den Steueraufwand in drei Positionen zu unterteilen: in Steuern vom Einkommen vom Ertrag und vom Vermögen, die Leistungen auf die Lastenausgleichsvermögensabgabe und sonstige Steuern, wenn dadurch ein wesentlich besserer Einblick in die Lage der Gesellschaft ermöglicht wird. Eine solche Aufgliederung könnte dann unterbleiben, wenn unter den sonstigen Steuern fast ausschließlich die Umsatzsteuer erscheinen würde, mit deren Hilfe wiederum auf den Umsatz geschlossen werden kann.

Der Ausweis von "Beiträgen an gesetzliche Berufsvertretungen" sollte in Zukunft wegen seiner geringen Aussagefähigkeit nicht mehr vorgeschrieben werden.

Der im Aktiengesetz vorgesehene Posten "Beträge von Wertminderungen und sonstigen Verlusten, zu deren Ausgleich die gesetzliche Rücklage verwandt worden ist" kann wegfallen, weil eine Auflösung der gesetzlichen Rücklage unter den Erträgen gesondert ausgewiesen werden muß. Dadurch kann aber der Bilanzleser feststellen, wie sich der ausgewiesene Gewinn zusammensetzt, besonders ob zu seiner Höhe Auflösungen von Reserven beigetragen haben. Die in § 130 AktG vorgesehene Verlustdeckung mittels der gesetzlichen Rücklage - bevor überhaupt ein Bilanzverlust zum Ausweis gelangt - bleibt auch so möglich. Die Wertminderungen (Sonderabschreibungen) und sonstigen Verluste werden nur nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Die Außerordentlichen Aufwendungen sollen hauptsächlich der Abgrenzung solcher Aufwendungen dienen, die normalerweise das Ergebnis der Gesellschaft nicht ungünstig beeinflussen. Da alle Beträge die hier ausgewiesen werden, das reine Betriebsergebnis verbessern, sollten nur tatsächlich "außerordentliche" Aufwendungen hier zum Ausweis gelangen. Die Abgrenzung von betrieblichem und betriebsfremdem Aufwand läßt sich nicht immer so eindeutig

durchführen, als daß man darauf abstellen könnte. Das gleiche ist der Fall mit periodenfremden Posten. Sonderabschreibungen und Verluste bei Abgängen von Anlagen sollten nicht als außergewöhnlich angesehen werden, sind sie doch im bestimmten Rahmen bei jedem Betrieb gegeben. Es sei denn, daß ihre Höhe so bedeutend ist, daß aus diesem Grunde der gesonderte Ausweis nötig wird.

Unter den Sonstigen Aufwendungen sind alle übrigen Aufwendungen auszuweisen, soweit diese nicht unter Erweiterung der Mindestgliederungsvorschriften gesondert ausgewiesen werden. Die zur Beschaffung von Rohstoffen und Handelswaren nötigen Aufwendungen können auch mit dem Umsatz saldiert ausgewiesen werden. Darüberhinaus kann ein gesonderter Ausweis solcher Aufwendungen nötig werden, die im Verhältnis zum Gesamtumfang der Gewinn- und Verlustrechnung für einen klaren Einblick in diese nötig sind.

Unter den sonstigen Aufwendungen wären auch Gewinnabführungen auf Grund von Organschafts- und Interessengemeinschaftsverträgen auszuweisen. Sollte diese Position jedoch im Verhältnis zu den übrigen Aufwandsposten wesentlich sein, wäre ein gesonderter Ausweis nötig ¹⁾.

Die als gesonderter Ausweis vorgeschlagene "Zuweisung an Rücklagen" kann deshalb unterbleiben, weil in Zukunft die Vorjahreszahlen in den Bilanzen mit veröffentlicht werden müßten und aus diesem Vergleich eine solche Zuweisung sich eindeutig ergibt.

Auf der Seite der Erträge sollten folgende Positionen zum Ausweis gelangen:

1. Jahresumsatz. Dieser kann auch nach Abzug der Aufwendungen für Rohstoffe, bei Handelsbetrieben nach Abzug der Aufwendungen für die bezogenen Waren ausgewiesen werden;
2. Erträge aus dem Finanzanlagevermögen;
3. Zinsen und ähnliche Erträge;
4. Außerordentliche Erträge einschließlich der Beträge, die durch die Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen gewonnen sind;
5. Sonstige Erträge;
6. Erträge aus der Auflösung von Rücklagen.

Als Erläuterung zu dem Ausweis des Jahresertrages - des Umsatzes - kann auf die Ausführungen zu Beginn dieses Abschnittes verwiesen werden. Aus psychologischen Gründen sollte generell die Angabe des Umsatzes gefordert, die Saldierung mit den Aufwendungen für Rohstoffe und für Handelswaren den Gesellschaft-

¹⁾ Vgl. dazu: Studienkommission des Deutschen Juristentages, a. a. O., S. 56.

ten aber frei gestellt werden.

Innerhalb der Position Jahresumsatz wären auch die Bestandsveränderungen, die für selbsterstellte Anlagen aktivierten eigenen Leistungen ¹⁾, sowie die Skontiaufwendungen zu verrechnen. Die Skontierträge sollten jeweils von den Einstandspreisen der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie der Waren abgesetzt werden.

Sind in den Erträgen aus dem Finanzanlagevermögen wesentliche Beteiligungserträge enthalten, so sind diese in einer Vorspalte gesondert aufzuführen oder in einer Klammer bzw. Fußnote zu vermerken.

Die Position Zinsen und ähnliche Erträge umfaßt alle über das Finanzanlagevermögen hinausgehenden Zinserträge, mit Ausnahme der Skontierträge, die bei den Einstandskosten abzusetzen sind.

Die Position Außerordentliche Erträge könnte bis auf die Herausnahme der Auflösung von freien Rücklagen unverändert bleiben. Für hier zum Ausweis kommende Erträge muß das Gegenteil dessen gelten, was für die außerordentlichen Aufwendungen zutrifft, da jeder Ausweis unter den außerordentlichen Erträgen den Betriebsgewinn schmälert. Allerdings sollten grundsätzlich hier nur wirklich "außerordentliche" Erträge zum Ausweis kommen. Buchgewinne aus Anlageabgängen sind zum Beispiel nur dann außergewöhnlich, wenn es sich um im Verhältnis zu den übrigen Erträgen wesentliche Beträge handelt. Anlageabgänge besonders bei Maschinen treten immer wieder auf und sind durch

1) Die Verrechnung der Bestandsveränderungen und der aktivierten eigenen Leistungen im Rohertrag durchbricht natürlich das Prinzip, in der Position II/1 nur den Umsatz abzüglich den Einstandspreisen für die zugekauften Rohstoffe oder Waren auszuweisen, weil somit auch Teile der übrigen Aufwendungen, die gesondert auszuweisen sind, wie Personalaufwand, Abschreibungen und sonstige Aufwendungen im Jahresumsatz erscheinen. Besser wäre natürlich ein Ausweis, der die Aufwendungen brutto zeigt und in einer Vorspalte die davon aktivierten absetzt. Auch ein solcher Ausweis kommt in der Praxis vor. (Vgl. z.B. die Bekanntmachung des Jahresabschlusses 1955 der Kraftwerk Altwürttemberg AG, Ludwigsburg DZ 1956, Nr. 53 vom 4. 7. 1956 und der Portland Zementwerke Heidelberg AG., Heidelberg DZ 1956 Nr. 54 vom 7. Juli 1956.) Vgl. hierzu: Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., Seite 55. Hier wird ein gesonderter Ausweis der Bestandsveränderungen und der eigenen Leistungen vorgeschlagen.

den Betrieb bedingt. Diese Posten sollten unter "Sonstige Erträge" ausgewiesen werden.

Als Sonstige Erträge wären alle die Posten auszuweisen, die weder außerordentlicher Natur sind, noch Betriebsumsatz darstellen; jegliche Nebeneinnahmen wie Schrotterlöse, Provisionen, Miet- und Pachteinahmen. Auch die Erträge aus Interessengemeinschafts- und Organschaftsverträgen wären hier einzustellen, soweit sie nicht unter die Erträge aus dem Finanzanlagevermögen gehören. Sollten diese Erträge im Verhältnis zu den übrigen Ertragsposten der Gewinn- und Verlustrechnung wesentlich sein, so wäre dafür ein Sonderposten zu bilden.

Die Position Erträge aus der Auflösung von Rücklagen entspricht der bisher vorgeschriebenen Regelung mit der Ausnahme, daß nun auch die Auflösung der freien Rücklage hier ausgewiesen werden muß. Eine Aufgliederung der verschiedenen Rücklagen ist nicht nötig, wenn in der Bilanz jeweils neben den Rücklagen des Geschäftsjahres die des Vorjahres vermerkt werden, wie es für alle Bilanzposten geschehen sollte ¹⁾.

Die Position "Außerordentliche Zuwendungen" des aktienrechtlichen Schemas erübrigt sich, da solche Zuwendungen erstens sehr selten sind und, wenn sie auftreten, als außerordentliche Erträge auszuweisen sind. Sollten sie im Verhältnis zu den übrigen Erträgen von wesentlicher Bedeutung sein, müßten sie sogar gesondert zum Ausweis kommen.

Sollte die Staffelmethode vorgezogen werden, so wäre diese - unbeschadet einer weiteren Untergliederung durch freien Entschluß oder weil es der möglichst sichere Einblick in die Lage der Gesellschaft erfordert - wie folgt zu entwickeln:

1) Vgl. Seite 22.

1. Jahresumsatz (eventuell nach Abzug der Aufwendungen für Rohstoffe, bei Handelsbetrieben nach Abzug der Aufwendungen für die bezogenen Waren) einschließlich Bestandsveränderungen
2. Erträge aus dem Finanzanlagevermögen
3. Sonstige Erträge

I. Betriebserträge

1. Personalaufwendungen
2. Abschreibungen
3. Steuern
4. Sonstige Aufwendungen

II. Ordentliche Aufwendungen

III. (I./II) Betriebsgewinn bzw. -verlust

1. a) Zinsen und ähnliche Erträge
b) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
2. a) Außerordentliche Erträge
b) Außerordentliche Aufwendungen
3. Erträge aus der Auflösung von Rücklagen

IV. Außerordentliches Ergebnis

V. (III + IV) Jahresgewinn bzw. -verlust

3. Die Bewertung

Die aktienrechtlich vorgeschriebenen Wertansätze in der Jahresbilanz ¹⁾ verhindern einen zu hohen Ausweis der Aktiven und einen zu niedrigen Ausweis der Passiven. Eine Überbewertung des Vermögens ist demnach nicht möglich. Anders verhält es sich aber mit Unterbewertungen.

Unterbewertungen von Aktiven und Überbewertungen von Passiven führen zu stillen Reserven oder stillen Rücklagen (still im Gegensatz zu den offen ausgewiesenen Rücklagen). Die stille Reserve ist demnach ein Mehrwert, der nach den gesetzlichen Vorschriften auch als offene Rücklage ausgewiesen werden könnte ²⁾.

Das Problem der stillen Reserven ist schon frühzeitig in der betriebswirtschaftlichen Literatur und Praxis erkannt worden, seine Diskussion nie abgerissen ³⁾.

Am Vorabend einer neuen Aktienrechtsreform wird das Interesse an diesem Thema natürlich noch weitaus stärker und das Für und Wider um die stillen Rücklagen zu einem Zentralproblem dieser Reform überhaupt ⁴⁾.

Das Aktiengesetz läßt die Bildung stiller Reserven innerhalb der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ausdrücklich zu ⁵⁾. Lediglich Bilanzfälschungen und Bilanzverschleierungen sowie offenbar willkürlich gebildete stille Rücklagen sind nicht zulässig ⁶⁾. Hiermit wird das Prinzip der Bilanzwahrheit eingeschränkt. Das Verschweigen von Rücklagen gegenüber jedem außenstehenden Dritten bildet das Wesen stiller Reserven.

1) § 133 AktG.

2) Dietzen, N., Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für stille Reserven.

Veröffentlichungen der Schmalenbach-Vereinigung, Bd. 8, Leipzig 1937, S. 7.

3) Vgl. besonders Dietzen, N., a.a.O. und Schmalenbach, E., a.a.O., S. 32.

4) Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, a.a.O.; Eich, W., a.a.O.; Elmendorff, W., a.a.O., S. 73; Hax, K., Aufgaben und Bedeutung der Aktiengesellschaften, ZfhF 1950, S. 240 ff (S. 246 ff); Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes, Praktische Betriebswirtschaft, Heft 4, S. 34 ff; Minz, W., Rechnungslegung a.a.O., S. 87 ff; Schmölder, K., a.a.O., S. 292; Walb, E., Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2. Aufl., Duisburg 1948, S. 87 ff; Weiß, A., a.a.O., Forts. WPg 1949, Heft 2 S. 68 u. a. m.

5) Vgl. dazu die Erläuterungen zum 1. Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Veröffentlicht durch das Reichsjustizministerium, Berlin 1930, S. 112.

6) Urteil des RGZ vom 6. Dez. 1918 94/213 und vom 11. Feb. 1927 116/119. Veröffentlicht in: Entscheidungen des Reichsgerichts in Bilanzsachen 1. Teil. Veröffentlichungen der Schmalenbach-Vereinigung Bd. 5 Leipzig 1936 S. 176 f u. 247 ff.

Der Gesetzgeber verlangt nur eine Berichterstattung über deren Auflösung, indem er wesentliche Abweichungen vom letzten Jahresabschluß im Geschäftsbericht erläutern läßt ¹⁾. Er hat die Gefahr, die bei jeder Auflösung stiller Reserven der Bilanzwahrheit und dem sicheren Einblick in die Ertragslage der Gesellschaft droht, erkannt. Darüberhinaus ist eine Auflösung stiller Rücklagen in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den außerordentlichen Erträgen insoweit auszuweisen, als es sich nicht um stille Reserven bei den Vorräten oder um zu hohe Abschreibungen der Anlagen in den Vorjahren handelt, weil diese Reserven sich automatisch durch den Umsatzprozeß auflösen.

Da jedoch weder die Erwähnung stiller Reserven im Geschäftsbericht noch die Auflösung über außerordentliche Erträge ausdrücklich im Gesetz genannt sind, wird in der Praxis die Publizität stiller Reserven weitestgehend unterlassen.

Die Gesetze des In- und Auslands, die zeitlich nach dem deutschen Aktiengesetz vom 1. Januar 1937 ergangen sind, haben sich immer weniger den Forderungen nach einer verstärkten Aufdeckung stiller Reserven verschließen können. So verlangt das am 1. Juli 1937 in Kraft getretene schweizerische Obligationenrecht - die Bildung und Verwendung stiller Reserven werden ausdrücklich zugelassen "soweit die Rücksicht auf das dauernde Gedeihen des Unternehmens oder auf die Verteilung einer möglichst gleichmäßigen Dividende solche Maßnahmen als angezeigt erscheinen lassen" - daß die Verwaltung der Kontrollstelle darüber Mitteilung machen muß ²⁾. Die Eigenbetriebsverordnung vom 21. November 1938 schränkt die Bildung stiller Reserven beim Anlagevermögen ein ³⁾. Schweden verlangt in seinem neuen Aktiengesetz von 1944, daß Auflösungen stiller Reserven im Bericht des Verwaltungsrates aufgezeigt werden ⁴⁾, während in England der Companies Act von 1948 das Legen stiller Reserven fast gänzlich ausschließt ⁵⁾.

1) Vgl. dazu: Adler-Düring-Schmaltz; a. a. O., Anm. 16a zu § 128 und Baumbach Hueck, Aktiengesetz, 8. Aufl. München und Berlin, Anm. 3 A zu § 128.

2) Art. 663 Abs. 2 Schweizerisches Obligationenrecht.

3) § 19 Abs. 1 Eigenbetriebsverordnung.

4) Vgl. dazu: Hanner, P., Das Prüfungswesen in Schweden. WP 1950 Seite 307 ff. (Seite 308).

5) Vgl. dazu folgende Begründung des Cohen-Comitee, das die Änderungen des Gesetzes von 1929 beraten hat und dessen Bericht (1945) fast ausschließlich im neuen Companies Act Eingang gefunden hat. Zitiert bei Weiß, A., a. a. O. Seite 68: "Die Einwände gegen stille Reserven lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Da die Aktiva unterbewertet, die Verbindlichkeiten überbewertet sind, gibt die Bilanz kein wahres Bild von der Lage der Gesellschaft; der zu Gewinnverteilung verfügbare Betrag ist verkürzt und der Marktwert der Aktien (Fortsetzung siehe nächste Seite unten)

Daß das Legen stiller Reserven wird in erster Linie das Prinzip der kaufmännischen Vorsicht angeführt, verbunden mit Bedenken gegenüber der Konkurrenz, den Aktionären, den Arbeitnehmern und dem Fiskus. Alle diese "Interessenten" würden aus einem offenen Ausweis dieser Reserven ihre Folgerungen ziehen. Die Konkurrenz würde auf die wahre Ertragslage des Unternehmens schließen, der Aktionär auf

kann dementsprechend niedriger als gerechtfertigt sein; ferner kann das Wissen um Bildung, Bestehen und Verwendung solcher Reserven Direktoren beim Kauf oder Verkauf der Aktien zu einer begünstigten Position verhelfen.

Andrerseits können, wenn keine genauen Angaben in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen, in vergangenen Jahren angesammelte stille Reserven dazu benützt werden, die Gewinne in schlechten Jahren aufzublähen, wodurch die Aktionäre verführt werden anzunehmen, daß die Gesellschaft Gewinne macht, während das nicht der Fall ist. Solche Mißbräuche sind allerdings selten; im allgemeinen haben die Direktoren Reserven vor den Aktionären verborgen in der Annahme, daß die Geheimhaltung im Interesse der Gesellschaft liegt. Aber nichtsdestoweniger führt diese Handhabung zu dem unglückseligen Resultat, daß Aktionäre und Leute, die ihr Geld anlegen wollen, sowie deren Ratgeber nicht über die zur Einschätzung des wahren Wertes der Aktien notwendigen Informationen verfügen.

Wir glauben nicht, daß die Aktionäre, wenn man sie vollständig informieren würde, einen Druck ausüben würden, um übermäßige Dividenden zu bekommen und wir neigen dazu, soviel Offenlegung wie tunlich für richtig zu halten. Eine angemessene Offenlegung und Veröffentlichung der Ergebnisse seitens der Gesellschaft sicherzustellen, ist unseres Erachtens auch aus dem Grunde wichtig, um Vertrauen zur finanziellen Führung der Industrie zu schaffen und die Vermutung zu zerstreuen, daß zum Nachteil der Konsumenten und der Werktätigen versteckte Gewinne durch die Industrie aufgehäuft werden

.... Im Falle der Banken und Versicherungsgesellschaften übersteigen die Interessen der Einleger und der Versicherten die Interessen der Aktionäre und bei allen drei Arten (dritte: Diskontgesellschaften) muß das öffentliche Interesse in Betracht gezogen werden."

Ausschüttung der Reserven drängen, die Gewerkschaft, als Vertreter der Arbeitnehmer, die "verdienten" Reserven ihren Lohnforderungen zugrunde legen und der Fiskus die Rücklage der Besteuerung unterwerfen. Darüberhinaus wird vorgebracht, daß die Betriebe ohne die Selbstfinanzierung mit Hilfe dieser Reserven nicht mehr auskämen und eine genaue Bewertung unmöglich sei.

Dem gegenüber werden gegen die Bildung stiller Reserven folgende Argumente angeführt: Die Bilanz, die stille Reserven enthält, gewähre keinen sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft und könnte von der Verwaltung zum Schaden der Aktionäre und der Öffentlichkeit mißbraucht werden. Es wird durch sie nicht gewährleistet, daß das Kapital in der Volkswirtschaft an den Platz kommt, an dem es die größtmögliche Verzinsung erwarten kann. Wenn der Hauptversammlung das Recht zur Feststellung des Jahresabschlusses nicht wieder gewährt wird, sollte ihr mindestens das richtige Ergebnis gezeigt werden.

Die Argumente beider Seiten sind zum Teil berechtigt. In der Diskussion muß versucht werden, den verschiedenen Anschauungen eben dieser beiden Seiten gerecht zu werden. Auf der einen Seite steht das Unternehmen, das in der freien Marktwirtschaft bei einem langsam aber stetig sich verringernden Geldwert natürlich zunächst an der Erhaltung und Ausweitung seines Kapitals (seiner Substanz) und seinem Marktanteils interessiert ist, wobei ihm Reserven, über die der Vorstand frei disponieren kann, naturgemäß eine große Hilfe sind. Ein Ausweis in der Bilanz, der die tatsächliche Lage der Gesellschaft auch nicht zu schlecht darstellt, kann für das Unternehmen erst an zweiter Stelle kommen.

Auf der anderen Seite stehen die am Jahresabschluß interessierten Kreise einschließlich der ganzen Öffentlichkeit auf dem Standpunkt, daß nur ein genauer Einblick in die Ertragslage der Aktiengesellschaften der Bilanzwahrheit entspräche, ein sicher aber ohne die Offenlegung der stillen Reserven nicht zu erreichen sei. Der Minderheitsaktionär - sonst von jeder Einflußnahme praktisch ausgeschaltet - will wenigstens die Verzinsung seines Kapitals kontrollieren können. Der Fiskus ist am wenigsten an einer Aufdeckung der stillen Reserven interessiert, weil durch die Bewertung in der Steuerbilanz oder nach dem Bewertungsgesetz eine Legung stiller Reserven nur sehr begrenzt möglich ist - die Gleichmäßigkeit der Besteuerung von dieser Seite her also keine allzu große Verbesserung erfahren würde ¹⁾.

Die folgende eingehende Auseinandersetzung mit der Diskussion über die Frage der Berechtigung stiller Reserven soll unter vorläufiger Ausklammerung einer Untersuchung über die praktischen Möglichkeiten zu ihrer Einschränkung oder gänzlichen Ausschaltung geführt werden.

1) Vgl. dazu: Die Ansichten von Schmalenbach und Schmidt; zitiert auf Seite 5

Eine eingehende Prüfung der Zulässigkeit stiller Reserven, muß von den grundlegenden Forderungen des § 129 AktG ausgehen. Diese verlangen Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit.

Der Sinn dieser Grundsätze ist eindeutig und ihre Bedeutung für die Publizität und Rechnungslegung der Aktiengesellschaften so überragend, daß an eine Abänderung nicht gedacht wird. Wie aber verhält sich die Unterbewertung zu dieser kategorischen gesetzlichen Forderung? Wenn man sich auch darüber einig ist, daß eine solche den Einblick in die Gesellschaftslage erschwert, wenn nicht ganz unmöglich macht, so werden doch besonders von den Verwaltungen der Aktiengesellschaften, sowie von Großaktionären und vielen Wirtschaftsprüfern, aber auch von Vertretern der Betriebswirtschaftslehre die Vorteile der stillen Reserven höher eingeschätzt als der Nachteil, der aus einem nicht sicheren Einblick in die Geschäftslage entsteht. Es bleibt also zu prüfen, ob innerhalb des aktienrechtlichen Jahresabschlusses tatsächlich die Vorteile der stillen Rücklage größer sind als der Nachteil eines nicht sicheren Einblicks in die Lage der Gesellschaft.

Gewinne, die Jahr für Jahr aus der Auflösung von stillen Reserven gewonnen werden, sollen der Verwaltung eine stetige Dividendenpolitik ermöglichen und die Kurspflege erleichtern. Darüberhinaus sollen sie die psychologische Wirkung von Verlustausweisen auf Aktionäre und die Öffentlichkeit überhaupt vermeiden. Dies ist besonders von Interesse für Branchen, für die das Geschäftsjahr eine zu knappe Periode ist, um ein aussagefähiges Ergebnis zu ermitteln. Allerdings sind die Gefahren groß, daß diese Vorteile einer einfacheren Leitung der Gesellschaften zu Nachteilen für die Aktionäre führen.

Zum Verständnis der Legung stiller Reserven ist die Feststellung nicht unwichtig, zu wessen Gunsten dieselbe vorgenommen wird. Stille Reserven werden nicht allein zum besten der Gesellschaft oder der Aktionäre gebildet, sondern vielmehr um die Bilanz- und Dividendenpolitik der Verwaltung zu vereinfachen und nicht selten sogar um Großaktionären und Verwaltung auf Kosten der übrigen Aktionäre unrechtmäßige Vorteile zu verschaffen ¹⁾. Diese bilden stille Reserven und weisen keinen Gewinn aus, damit der Aktienkurs fällt. Ist dies geschehen, so kaufen sie die Aktien auf, weil sie wissen, daß der Kurs nicht dem tatsächlichen Wert der Aktien entspricht.

"Das Vorhandensein stiller Reserven ist dazu geeignet, die geschäftliche Vorsicht und den Diensteifer der Leiter abstupfen zu lassen, weil es ihnen in jeder Situation die Ausweisung eines genügenden Gewinnes ermöglicht." ²⁾

1) Schmalenbach, E., a.a.O., Seite 32.

2) Dietzen, N., a.a.O., Seite 144.

Es wird der Verwaltung leicht gemacht, mittels einmal gebildeter stiller Reserven zukünftige Verlustjahre zu vertuschen und der Hauptversammlung, die den ausgewiesenen Gewinn als im Geschäftsjahr erwirtschaftet ansieht, die Möglichkeit genommen, diese Verwaltung zur Rechenschaft zu ziehen bzw. abzuberufen und durch geeignetere Kräfte zu ersetzen.

Auch psychologische Gründe sind es, die verschiedene Autoren von einem Ausweis der tatsächlich erzielten Gewinne abraten lassen. Deutschland könnte es sich nicht erlauben, den richtigen Gewinn zu zeigen oder denselben sogar als Reklame zu benutzen, wie es in Amerika die Gesellschaften zu tun pflegen. Die amerikanischen Verhältnisse können mit den deutschen nicht verglichen werden, das ist einleuchtend; nicht dagegen, daß öffentliche Stellen, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag, anstatt für eine Aufklärung der Öffentlichkeit über Ergebnisse und Ergebnisverwendung der Aktiengesellschaften zu sorgen, es für richtig halten, einer Verheimlichung der Gewinne aus "psychologischen Rücksichten" das Wort zu reden ¹⁾. Es sei dahingestellt, ob diese Verheimlichung oder der offene Ausweis der erzielten Gewinne mehr zu "demagogischen Forderungen" benutzt wird. In der modernen Markt-Wirtschaft, die nur noch den fairen gemeinsamen Weg von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kennt, sollte zwischen den Fronten nicht mehr Anstoß erregt werden als nötig ist ²⁾.

Die Gewerkschaften werden immer wieder als Nutznießer der offenen Rücklagen hingestellt, weil die Höhe ihrer Zuweisung in der Bilanz festliegt und damit Vergleichsmöglichkeiten zum Lohneinkommen der Belegschaft gegeben sind, was wieder zu Lohnforderungen anreizt. Hierzu muß festgestellt werden, daß der Einblick der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften in die Bilanzpolitik des Unternehmens durch die Gesetzgebung über Mitbestimmung und Betriebsverfassung schon so weit geht, daß für diese die höheren offenen Rücklagen keine allzu große Überraschung darstellen werden.

-
- 1) Deutscher Industrie- und Handelstag, a. a. O., Seite 41. Er führt in diesem Zusammenhang das Echo an, das die Umstellungsbilanzen der Aktiengesellschaften gefunden haben. Es muß aber daran erinnert werden, daß es zu solchen Umstellungsverhältnissen nur kommen konnte, durch die Auflösung von in früheren Jahren übermäßig gebildeter stiller Reserven.
 - 2) Vgl. die Ausführungen von Schneider, E., a. a. O., Seite 54 ff und Seite 63 und Lehnert, P. R., a. a. O., Seite 102: "Es handelt sich darum, Mißtrauen und das Gefühl von Übervorteilung durch Offenlegung von Zahlenmaterial und dessen entsprechende Erklärung zu beseitigen."

Wie schon die Ablehnung des Bruttoausweises in der Gewinn- und Verlustrechnung wird auch das Prinzip der stillen Reserven im Interesse der Konkurrenzwirtschaft erfordert. Ein offener Ausweis dieser Reserven würde dem außenstehenden Konkurrenten, nicht zuletzt dem des Auslands, zu viel Einblicke in die wahre Ertragslage gewähren. Aus diesem Grunde wird auf eine Vorschrift betreffs Veröffentlichung des Bruttoumsatzes verzichtet¹⁾. Die Konkurrenzgefahr sollte darüber hinaus aber nicht zu einem Argument für die Bildung stiller Reserven führen.

Die stillen Rücklagen aus rein steuerlichen Überlegungen der Gewinn- und damit der Steuerverlagerung spielen nicht die große Rolle, die ihnen oft beigemessen wird, weil nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 EStG mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten ist und diese nicht nur den Höchstwert gemäß § 133 Ziff. 3 AktG sondern auch den Mindestwert darstellen. Eine stille Reservebildung ist demnach steuerlich insoweit möglich, wie sich eine solche bei vorsichtiger Bewertung innerhalb der gesetzlichen Vorschriften hält.

Das damit angeschnittene Problem der stillen Zwangs- und Ermessensrücklagen wird im folgenden noch eingehend zu behandeln sein.

Es ist eine zu einfache Argumentation, die stillen Reserven damit zu verteidigen, daß man behauptet, ein höherer Ausweis offener Rücklagen veranlasse den Aktionär zu größeren Dividendenwünschen als bisher. Zunächst wird dabei immer vergessen, daß doch der Aktionär Eigentümer der Anteile der Gesellschaft ist und daß ihm durch das der Verwaltung zustehende Recht der Feststellung des Jahresabschlusses keine direkte Möglichkeit bleibt, auf die Höhe des Gewinns einzuwirken. Nicht zuletzt diese Lage und die sich aus ihr ergebende Gewinnvorenhaltung zugunsten der Selbstfinanzierung ist für das Nichtfunktionieren des Kapitalmarkts verantwortlich.

Hinzu kommt, daß der Minderheitsaktionär nur sehr beschränkte Möglichkeiten hat, seine Dividendenwünsche durchzusetzen, während dies dem Mehrheitsaktionär infolge seines Einflusses auf die Verwaltung nicht schwer fällt.

Darüberhinaus ist es nicht bewiesen, ob der Aktionär wirklich so dividendenhungrig ist, daß er eine vernünftige, von der Verwaltung begründete offene Reservenbildung nicht anerkennen würde. Man darf nicht vergessen, daß der Aktionär aus zwei Währungsreformen als Gewinner hervorgegangen ist, was nicht zuletzt auf stille oder offene Reserven zurückzuführen ist. Eine Tatsache, die der Aktionär auch heute noch nicht vergessen hat und die im Gegenteil bei Anlage seines Ka-

¹⁾ Vgl. Seite 41 ff und Fußnote 2 auf Seite 9.

pitals neben der Rentabilität eine wichtige Rolle spielt.

Es geht allerdings nicht an, gerade die durch stille Reserven begünstigte Umstellung des Aktienkapitals zum 21. Juni 1948 zur Begründung für das Legen stiller Reserven überhaupt anzuführen ¹⁾. Die Auskehrung und gleichzeitige Neubildung von Reserven zu diesem Stichtag wäre auch mittels offener Rücklagen möglich gewesen. Wenn es auch richtig ist, daß man "in dieser Höhe ... wohl kaum offene Reserven ohne Erfolg versprechende Kritik von allen Seiten zugelassen haben" würde ²⁾. Das ist ja aber die Frage! Ist es volks- und betriebswirtschaftlich richtig, stille Reserven "in dieser Höhe" zu bilden? Ist es nicht vielmehr notwendig, eine übermäßige Reservenbildung offen zu legen, damit sie der Kritik zugänglich wird und eventuell in Form von Dividenden zur Ausschüttung gelangt? Es wird damit auch nicht widerlegt, daß eine früher höher vorgenommene Ausschüttung von Dividenden vom Aktionär an einer Stelle hätte angelegt werden können, die ihm einen noch höheren Ertrag und eine entsprechend noch höhere Umstellung seines Gesamtvermögens gewährleistet hätte, als es durch die Selbstfinanzierung ermöglicht wurde. ³⁾

Als weiterer - wenn nicht sogar als Hauptgrund für die Bildung stiller Reserven wird das Prinzip der Vorsicht angeführt, wie es der ordentliche Kaufmann bei seinen Wertansätzen zugrunde legt. Hierbei ist die Unterbewertung natürlich weitgehend von der nur bedingten Richtigkeit jeder Bewertung abhängig. Das Vorsichtsprinzip kann dabei aber ausarten und zur reinen Willkür werden.

Auf die verschiedenen Arten von stillen Reserven, die sich aus dieser Ungenauigkeit der Bewertung unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips ergeben, soll weiter unten ausführlich eingegangen werden.

In diesem Zusammenhang wird auch das Problem der Kapital- oder Substanzerhaltung als Grund für das Legen stiller Reserven angeführt. Auch hier erreicht man jedoch mit der offenen Rücklage den gleichen Erfolg. Ein Gewinn, der aus dem Ansteigen der Verkaufspreise bei Einsatz von noch zu niedrigen Preisen beschafften Ausgangsstoffen herrührt, wird durch Rücklagen vor der Ausschüttung bewahrt und kann somit zum Einkauf der teureren Rohstoffe verwendet werden. Die Gefahr für das Unternehmen bestand bisher darin, daß das Steuerrecht diese Rücklagen nur bedingt anerkannte, was infolge der Progression des Steuertarifs zu Steuern führte, die sich nicht wie Gewinn und Verlust bei Rückgang der Preissteigerungen kompensierten und zu einer Steuerrückzahlung führten, sondern höchstens einen Verlustvortrag auf die zukünftigen Jahre ermöglichten. Die mittels des Verlustvortrags eingesparten Steuern wogen aber

¹⁾ Schmölder, K., a. a. O., S. 292. ²⁾ Schmölder, K., a. a. O., S. 292.

³⁾ In diesem Zusammenhang darf aber die Dividendenabgabeverordnung vom 12. Juni 1941 nicht übersehen werden, die natürlich die Bildung stiller Reserven begünstigte bzw. notwendig machte.

echt die zuvor in der höheren Progressionsstufe gezahlten Steuern auf. In Zukunft ist durch die steuerliche Preissteigerungsrücklage ¹⁾ der offene Ausweis auch bei Geldwert- und Preisschwankungen ohne Gefahr möglich.

Dem handelsrechtlich und vom Standpunkt des ordentlichen Kaufmanns vertretenen Vorsichtsprinzip kann mittels offener Rücklagen entsprochen werden, wobei die der Bildung stiller Reserven anhaftenden Nachteile vermieden werden können.

Der Vorteil der offenen Reserve liegt darin, daß mit ihrer Hilfe von der Verwaltung selbst die Reservepolitik der Gesellschaft kontrolliert werden kann. Die Kontrolle von stillen Reserven über mehrere Jahre hinweg ist nur ungenau und schwer möglich, lösen sich doch stille Reserven im abschreibungsfähigen Anlagevermögen sowie bei den Vorräten innerhalb des Umsatzprozesses von selbst auf, ohne daß die Verwaltung darauf Einfluß zu nehmen braucht. Die offene Rücklage dagegen muß im Bedarfsfalle ausdrücklich aufgelöst werden ²⁾.

Vor allem bringt aber der offene Ausweis der Rücklage für Aktionäre und Allgemeinheit den Vorteil mit sich, daß dann erst der Jahresabschluß ein richtiges Bild von der Geschäftslage vermittelt. Jeder Abschluß weist dann nur den Erfolg des eigenen Geschäftsjahres aus und es kann nicht im ausgewiesenen Erfolg die Auflösung von stillen Reserven stecken - Gewinne vergangener Jahre - bzw. Erträge versteckt sein, um in Zukunft erst als Gewinne ausgewiesen zu werden.

Der offene Ausweis der Rücklagen wird eher zu einer Dividende führen als bei der stillen Reserve. Ein Mißverhältnis zwischen offener Rücklage und Grundkapital wird entweder zur Ausschüttung als Dividende oder Kapitalerhöhung mittels Gratisaktien führen. Bisher war ein solches Mißverhältnis zwischen Grundkapital und stillen Reserven von dem Aktionär überhaupt nicht oder höchstens annähernd festzustellen. Darüberhinaus können verhältnismäßig hohe offene Rücklagen auch zu einer Kurssteigerung beitragen.

Durch die Veräußerung der im Kurs gestiegenen Aktie wird es dem Aktionär möglich, sein Kapital an einer von ihm zu wählenden ertragreicheren Stelle einzusetzen. Sein Kapital entgeht somit einer Zwangsanlage bei der Gesellschaft, wie er ihm mittels der Bildung stiller Reserven aufgenötigt werden kann. Das in der Volkswirtschaft arbeitende Kapital gelangt dann an die Stelle seines höchsten wirtschaftlichen Nutzens und führt für den Kapitaleigner zum höchsten Ertrag. Gleich-

¹⁾ § 51 Abs. 1 Ziff. 2 b EStG; § 74 EStDV 1955.

²⁾ Vgl. zur Umgehung dieser Gefahr den Vorschlag von Merkle (erwähnt von Elmendorff, W., a.a.O., Seite 73). Dieser schlägt vor, die stillen Reserven kontenmäßig festzuhalten und nur in der Bilanz zu saldieren. Ebenso: Minz, W., Gedanken, a.a.O., Seite 435.

zeitig wird damit die Selbstfinanzierung durch die Verwaltung unterbunden, die oft ohne Prüfung der Ertragsaussichten anderer Gesellschaften und Branchen das Kapital investieren und somit oft zum Nachteil des Aktionärs handeln ¹⁾. Die Selbstfinanzierung führt darüberhinaus nicht selten zu Überkapazitäten, die unwirtschaftlich arbeiten und der Gesellschaft Verluste bringen.

Solange sich die Reservenbildung nicht im Kurs ausdrückt, kann der Anteilseigner seine Aktien nur unter Verlust seines Anteils an den stillen Reserven verkaufen. Die dem Aktionär verwehrte Einflußnahme auf die Gewinnfeststellung und damit auf die Ausschüttung von Dividenden - auch bei einer Aktienrechtsreform sollte diese, mangels allgemeiner Sachkenntnisse der Aktionäre, der Verwaltung überlassen bleiben - kann zu einem erheblichen Teil durch den Wegfall der stillen Reserven aufgewogen werden.

Schmalenbach ²⁾ faßt die Ablehnung stiller Reserven wie folgt zusammen: "Das was der Aktionär und der Kapitalmarkt brauchen, um ihre gesamtwirtschaftliche Funktion als Kapitalverwalter gut auszuführen, ist ein Jahresabschluß der den erzielten Jahresgewinn richtig und nicht falsch wiedergibt. Nicht nur ein zu hoch ausgewiesener, sondern auch ein zu niedrig ausgewiesener Gewinn ist schädlich."

Wenn die Untersuchung grundsätzlich zu diesem Ergebnis geführt hat, so doch unter Ausklammerung der praktischen Durchführung - der Bewertung.

Die Bewertung ist an sich nur Schätzung mit bestimmten Wertungsmaßstäben. Diese verlangen naturgemäß eine gewisse Fehlergrenze, die wiederum bei jedem einzelnen zu bewertenden Gegenstand verschieden sein kann.

Um aber dem Vorsichtsprinzip des ordentlichen Kaufmanns gerade bei dieser stets problematischen Bewertungsfrage genüge zu tun, wird eine völlige Ausschaltung stiller Reserven praktisch nicht möglich sein. Es muß aber eine willkürliche Legung und Auflösung stiller Reserven unterbunden werden.

Die betriebswirtschaftliche Literatur unterscheidet in diesem Zusammenhang drei Arten von stillen Reserven:

1) Vgl. Hax, K., a.a.O., Seite 248: Die Aktiengesellschaft "ist im gewissen Umfang der Sparstrumpf in der Volkswirtschaft geworden. Aber es ist eine alte Erkenntnis, daß Kapital im Sparstrumpf in der Regel unproduktiv ist".

2) Schmalenbach, E., a.a.O., Seite 32. Ähnlich Hax, K., a.a.O., S. 246.

1. stille Zwangsrücklagen,
2. stille Ermessensrücklagen,
3. stille Willkürrücklagen.

Als stille Zwangsrücklagen werden die gesetzlich vorgeschriebenen Reserven bezeichnet, wie z.B. der Niederstwert gemäß § 133 Ziff. 3 AktG.

Stille Ermessensrücklagen sind die vom ordentlichen Kaufmann nach pflichtmäßigem Ermessen vorgenommenen Abschläge vom gesetzlich vorgeschriebenen Wertansatz, die darauf beruhen, daß der zu bewertende Gegenstand veraltet, abgenutzt, aus der Mode gekommen oder beschädigt ist (Ladenhüter).

Als Willkürrücklagen haben alle darüberhinaus vorgenommenen Abschläge vom Anschaffungs- oder Herstellungswert zu gelten, die rein aus bilanztaktischen Überlegungen vorgenommen werden, nicht aber auf einer angemessenen Bewertung beruhen (z.B. auf Erinnerungsposten von DM 1, -- abgeschriebene Vermögensgegenstände, die nicht durch eine angemessene Abschreibung entstanden sind, sondern auf Sonderabschreibungen oder unangemessenen Wertberichtigungen beruhen). ¹⁾

Die gleichen Möglichkeiten stiller Rücklagen sind durch Höherbewertung der Passiva gegeben. Hier sind besonders Wertberichtigungen und Willkürrückstellungen ein bevorzugtes Objekt der Bilanzpolitik.

Während bisher gemäß § 133 AktG nur Höchstwertvorschriften galten, sollten diese in Zukunft auch nicht unterschritten werden dürfen; Anschaffungs- und Herstellungskosten werden damit zu Festwerten, nach denen bewertet werden muß ²⁾. Es sei denn, daß aus dem Prinzip der Vorsicht heraus ein gewisser Abschlag nötig ist (z.B. Ladenhüter). Das bedeutet aber nicht, daß diese Posten einfach auf DM 1, -- herabgesetzt werden dürfen. Die Schwankungsbreite, über die bei Bewertungen verschiedene Meinungen auftreten können, dürfte zwischen 10 und 20 % liegen, aber nicht zu einem Ausweis von Erinnerungsposten von DM 1, -- für wertvolle Beteiligungen oder große Rohstoff- und Warenvorräte führen. ³⁾

¹⁾ Vgl. die Urteile des RGZ 94/213 und 116/119 a.a.O., die die Willkürreserve nicht so konsequent definieren, weil stille Reserven grundsätzlich ja vom Gesetzgeber zugelassen sind. Dadurch kann aber ihrer Anwendung nicht fest genug entgegengetreten werden. Willkür liegt nach obiger Definition schon dann vor, wenn die Abschläge von den Anschaffungs- und Herstellungskosten oder dem Marktpreis über eine vorsichtige Bewertung hinausgehen. In Zukunft sollten stille Reserven grundsätzlich verboten werden und nur im angedeuteten Rahmen möglich sein.

²⁾ Studienkommission des Deutschen Juristentages, a.a.O., Seite 89.

³⁾ Koch, W., a.a.O., S. 331. Anderer Ansicht z.B. Schneider, E., a.a.O., S. 63.

Nur die Willkürücklagen sollen in Zukunft nicht mehr angewandt werden dürfen ¹⁾.

Die generelle Erlaubnis stiller Reserven, die nur durch die Rechtsprechung eingeengt wurde, die willkürliche Unterbewertung verbietet, gewährt nicht die Sicherheit, daß derartige stille Reserven unterlassen werden. Eine eindeutige Bestimmung, daß der Wert anzusetzen sei, der den niedrigsten Wert am Bilanzstichtag verkörpert (Niederstwertprinzip), sollte schon aus dem Grund vorgeschrieben werden, damit der Bilanzleser nicht etwa aus lauter Gewohnheit auch dort stille Reserven vermutet, wo keine sind. Sind diese gesetzlich unzulässig, kann er sich auf den Bilanzansatz verlassen.

Der Wertansatz stünde dabei weiterhin innerhalb einer gewissen Schwankungsbreite dem Vorsichtsprinzip des ordentlichen Kaufmanns offen; jedoch findet er dort seine Grenze, wo die Verwaltung keine einleuchtende Begründung mehr für den zu niedrigen Wertansatz vorbringen kann. Dieser Wertansatz deckt sich mit dem des § 6 Abs. 1 Ziff. 2 EStG, wo im Gegensatz zu § 133 Ziff. 3 AktG das Wort "höchstens" fehlt, und daher mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten ist. Der Ansatz des niedrigeren Teilwerts entspricht dann der erwähnten Ermessensrücklage.

Schon die Tatsache, daß diese Bewertung seit langer Zeit die Grundlage der Besteuerung nach dem Gewinn bildet, macht klar, daß nichts Unmögliches verlangt wird. Sollte die Gesellschaft nun darüberhinaus noch die Absicht haben, niedriger zu bewerten, so kann sie auf der Passivseite der Bilanz einen Korrekturposten in Form einer Rücklage einstellen, der ihr Ergebnis offen auf die gleiche Höhe reduziert, wie es sonst die stille Reserve getan hätte.

Das für das Sachanlagevermögen geltende gemilderte Niederstwertprinzip sollte keine Veränderungen erfahren²⁾. Die gleichmäßige, angemessene Abschreibung, die nach dem geltenden Recht auch zu einem höheren Wertansatz führen kann, als ein solcher nach den für das Umlaufvermögen geltenden Bewertungsvorschriften zulässig ist, kann also gleichfalls zu einem niedrigeren Ansatz führen. Voraussetzung ist nur, daß "der Anteil an dem Wertverlust, der sich bei der Verteilung auf die voraussichtliche Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung für einzelne Geschäftsjahr ergibt, in Abzug gebracht wird" ³⁾. Die direkte Abschreibung

1) Hax, K., a. a. O., S. 249; Minz, W., a. a. O. S. 88, Walb, E., a. a. O., S. 100.

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 8. Aufl., Bremen, Hamburg, Hannover 1948, S. 100 f und S. 137; Elmendorff, W., a. a. O., S. 73 und im Anschluß an diesen die Studienkommission des Deutschen Juristentages, a. a. O. S. 89 wollen im obigen Sinne von einem Verbot stiller Reserven für das Anlagevermögen Abstand nehmen.

3) § 133 Ziff. 1, Satz 2 AktG.

lung langlebiger Wirtschaftsgüter sollte also nicht mehr möglich sein.

Die Prüfung des Wertansatzes beim Umlauf- oder Finanzanlagevermögen bringt für den Wirtschaftsprüfer natürlich bedeutend mehr Arbeit und Verantwortung mit sich als bisher ¹⁾, wo nur die Einhaltung des Niederstwertprinzips zu kontrollieren war. Darüberhinaus wird das Risiko des Testats für den Prüfer bedeutend höher, weil nach Auskehrung aller stillen Willkürrücklagen, eventuell später auftretende nicht erfaßte Risiken aus den offenen Rücklagen gedeckt werden müssen und nicht mit der Auflösung stiller Reserven saldiert werden können, somit auch nach außen in Erscheinung treten.

Neben dem Problem der stillen Reserven werden in der Literatur folgende Änderungsvorschläge zu den aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften diskutiert.

Für das Sachanlagevermögen wird wie für das Finanzanlagevermögen das gemilderte Niederstwertprinzip mit Annäherung an das strenge Niederstwertprinzip vorgeschlagen, wenn die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung es erfordern. Die Einschränkung des § 133 Ziff. 2 Satz 2 AktG soll also auch auf das Sachanlagevermögen (§ 133 Ziff. 1 Satz 2 AktG) angewandt werden.

Darüberhinaus wird vorgeschlagen, den § 133 Ziff. 3 AktG derart zu erweitern, daß Vorräte auch bei niedrigerem Marktpreis zum Anschaffungspreis bewertet werden können, soweit "der höhere Wertansatz durch börsenmäßige Kursicherungsgeschäfte voll gedeckt ist". ²⁾

Weil eine Vorschrift wie die letztere die Gesetzeskodifizierung zu sehr ins einzelne führen würde, sollte sie ebenso wenig wie die zum Sachanlagevermögen bestehenden Vorschriften verändert werden. Die Bewertungsvorschrift für das Sachanlagevermögen, das der dauernden Anlage dienen soll, hat sich bewährt. ³⁾

1) Diese Verantwortung sollte aber der Wirtschaftsprüfer übernehmen können. Vgl. Schmalenbach, E., a.a.O., S. 32. Anderer Meinung Schmölder, K., a.a.O., Seite 292.

2) Minz, W., Rechnungslegung, a.a.O., Seite 89.

3) Es sollte auch nicht nötig sein, die Herstellungskosten gemäß dem Vorschlag des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer a.a.O., S. 64, dadurch zu begrenzen, daß bei ihrer Ermittlung von der Kostenlage bei normalem Beschäftigungsgrad auszugehen ist. Die Bestimmung des "normalen Beschäftigungsstandes" dürfte im allgemeinen nicht einfach sein. Die Bewertungsvorschriften sollten aber nicht mehr Schwierigkeiten enthalten als unbedingt nötig sind.

Für unverzinsliche oder niedrig verzinsbare langfristige Verbindlichkeiten soll in Zukunft auch dann der Barwert angesetzt werden können, wenn der Übernahmebetrag den Barwert übersteigt. Der den Barwert bei einem effektiven Zinssatz von fünf vom Hundert übersteigende Betrag muß dann unter den Posten der aktiven Rechnungsabgrenzung gesondert ausgewiesen werden. Auch kurzfristige Valutaschulden sollen mit dem Tageskurs am Bilanzstichtag angesetzt werden.

Beide Vorschläge erscheinen nicht so wichtig, als daß dadurch die durch jahrelange Praxis sich eingespielte Regelung, daß Verbindlichkeiten gemäß dem Höchstwertprinzip (umgekehrtes Niederstwertprinzip) auszuweisen sind, aufgegeben werden sollte.

Allein technisch müßte der § 133 AktG derart geändert werden, daß die Neugestaltung der Gliederungsvorschrift für die Bilanz - besonders die Teilung des Anlagevermögens in Sach- und Finanzanlagevermögen sowie die Hereinnahme der langfristigen Ausleihungen aus dem Umlaufvermögen in das Finanzanlagevermögen - hier entsprechend berücksichtigt wird. Die geltenden Vorschriften haben sich bewährt und sollten beibehalten werden.

b) Der Jahresabschluß von Konzernen

1. Allgemeine Abschlußvorschriften

Schon durch die Notverordnung vom 19. September 1931 war die Reichsregierung im § 261 d HGB entsprechend dem späteren § 134 Ziff. 2 AktG ermächtigt worden, "für Konzernunternehmen Vorschriften über die Aufstellung des eigenen und über die Aufstellung eines gemeinschaftlichen Jahresabschlusses zu erlassen". Von dieser Ermächtigung ist bisher jedoch nicht Gebrauch gemacht worden.

Inzwischen ist aber von anderer Seite eine gesetzliche Vorschrift über den konsolidierten Jahresabschluß ergangen: die Mustersatzung für die Einheitsgesellschaften der Montanindustrie und des Bergbaus, die von der Combined Steel Group erlassen worden ist. Diese schreibt vor, daß die Einheitsgesellschaften eine "konsolidierte ²⁾ Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung" ihrem Ge-

1) Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a. a. O., Seite 62 f.

2) konsolidieren = zu einer Gesamtheit vereinigen, zusammenlegen.

Geschäftsbericht beizufügen haben; dabei sind in den konsolidierten Abschluß alle Unternehmen einzubeziehen, bei denen die Gesellschaft mindestens die Hälfte der Anteilsrechte besitzt oder in anderer Weise einen beherrschenden Einfluß ausübt. 1)

Dies ist die derzeitige Situation der Diskussion über die Reform der Publizitätsvorschriften für die Konzerne, weitestgehend beeinflusst von der gesetzlichen Regelung, die diese Vorschriften in anderen Staaten erfahren haben, wobei insbesondere an England und Schweden sowie die Reformvorschläge Kanadas zu denken ist.

Die Gründe, die zu einer Publizitätspflicht der Aktiengesellschaften geführt haben, treffen in noch weit stärkerem Maße auf die Konzerne zu.

So müssen vor allem die Rechte der Minderheitsaktionäre gewahrt werden, was mit der derzeitigen Regelung nicht gelungen ist.

Neben die ungeheure Machtfülle, die viele der Konzerne als Anbieter und Nachfrager in der Volkswirtschaft erreichen, tritt die gesamtwirtschaftliche Bedeutung als Schuldner, Kreditnehmer, Arbeitgeber und Steuerzahler.

Der für die Rechnungslegung der Aktiengesellschaften maßgebende Grund, durch eine gesteigerte Publizität allen Sozialisierungstendenzen die Handhabe zu nehmen, kommt für den Konzern um so mehr in Betracht, als es sich doch bei der erstrebten Sozialisierung "vorläufig nur" um die Großunternehmen des Kohlen-Eisen-Sektors und der Energiewirtschaft handelt, die aber wiederum zum größten Teil mehr oder weniger stark in der Struktur von Konzernen auftreten.

1) § 16 Abs. 2 und 3 der Mustersatzung lauten: "Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind im Geschäftsbericht in jeder Hinsicht ausreichend zu erläutern. Die Erläuterung hat sich in gleicher Weise auch auf die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung von Unternehmen zu erstrecken, bei denen die Gesellschaft mindestens die Hälfte der Anteilsrechte besitzt oder in anderer Form einen beherrschenden Einfluß ausübt. Die letzte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung dieser Unternehmen sind dem Geschäftsbericht beizufügen. Dem Geschäftsbericht ist ferner eine konsolidierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung beizufügen, in die alle Unternehmen einzubeziehen sind, bei denen die Gesellschaft mindestens die Hälfte der Anteilsrechte besitzt oder in anderer Form einen beherrschenden Einfluß ausübt. Soweit dies nicht im Geschäftsbericht geschieht, sind auch dieser Bilanz Erläuterungen beizufügen. Die konsolidierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung soll von dem Abschlußprüfer der Gesellschaft geprüft und bestätigt werden."

Durch Verschiebungen von Gewinnen und Verlusten sowie einzelner Aktiva oder Passiva innerhalb des Konzerns - die einzelnen Gesellschaften bilanzieren dann zu verschiedenen Zeitpunkten - kann sowohl die Ertrags- und Vermögenslage als auch die Liquidität folgeschwer beeinflusst werden, was noch gefährlicher wird, wenn es sich teilweise um Gesellschaften handelt, die nicht der Publizitätspflicht unterliegen.

Als Beispiel seien der Ausweis unrealisierter Gewinne aus dem Geschäftsverkehr zwischen den rechtlich selbständigen Konzerngesellschaften, die Verschiebung der liquiden Mittel zu der jeweils bilanzierenden Gesellschaft, sowie die Veräußerung von Teilen des Anlage- und Umlaufvermögens (Grundstücke, Wertpapiere, Patente und sonstige Rechte) von einer Konzerngesellschaft an die andere zur Erzielung von Buchwertsteigerungen und Erreichung eines günstigeren Vermögens- und Liquiditätsbildes erwähnt.

Die gesamten finanziellen Zusammenhänge werden nicht deutlich, solange nicht eine Zusammenfassung der einzelnen Gesellschaften erfolgt, ähnlich der eines Unternehmens mit verschiedenen Niederlassungen ¹⁾. Erst dann wird man einen rechten Überblick über Ertragslage und Vermögens- und Kapitalstruktur auch jeder einzelnen Gesellschaft erhalten, wenn dieser Überblick an den Zahlen des Konzerns zu kontrollieren ist und Verschiebungen oben genannter Art nicht mehr möglich sind.

Die wirtschaftliche Einheit des Konzerns ist bei einer Konsolidierung wie eine rechtliche Einheit zu betrachten.

Aus den dargelegten Gründen, die sich seit ihrer erstmaligen Diskussion vor der Notverordnung von 1931 nur noch verstärkt haben, ist auch in der Literatur grundsätzlich die Aufstellung eines konsolidierten Abschlusses ²⁾ als wünschenswert be-

1) Dies bedeutet nicht, daß die Einzelgesellschaften dadurch von ihrer Publizitätspflicht befreit werden - diese wird durch den Konzernabschluß nicht berührt.

2) In der Literatur werden teilweise die Begriffe Konzernbilanz und konsolidierter Abschluß unter verschiedener Bedeutung angewandt. So sieht Boris, W., (Geschichtliche Entwicklung der konsolidierten Bilanz, ZfhF 1934, S. 113) in der Konzernbilanz die Bilanz des ganzen Konzerns, während er im konsolidierten Abschluß die Konzernbilanz sieht, die nicht alle Beteiligungen umfaßt. Wir gebrauchen Konzernbilanz und konsolidierten Abschluß synonym; wobei der Begriff konsolidierter Abschluß auch die Gewinn- und Verlustrechnung umfaßt.

richtet worden ¹⁾. Seine praktische Ausgestaltung dagegen wird sehr kritisch angesehen, was teils zu sich widersprechenden Meinungen, teils zu der Ansicht führt, die Zeit für eine gesetzliche Regelung des ganzen Konzernrechts - und damit auch der Konzernpublizität - sei noch nicht gekommen ²⁾.

Die technischen Schwierigkeiten, die die Aufstellung der Konzernbilanz mit sich bringt, sind nicht unüberwindlich und auch schon heute zu meistern, was die vielen Veröffentlichungen großer Konzerne beweisen. Man muß sich vor allem darüber klar sein, daß die eventuell auftretenden Mängel bei weitem durch den Vorteil aufgewogen werden, den die Veröffentlichung von konsolidierten Abschlüssen für alle Beteiligten, ja die ganze Volkswirtschaft mit sich bringen würde ³⁾.

Die Pflicht zur Aufstellung einer Konzernbilanz sollte sich aber nicht auf die Konzernspitzen beschränken, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft auftreten. Vielmehr müssen dazu alle Holdings verpflichtet werden, damit diese Gesellschaften nicht in andere Rechtsformen ausweichen können ⁴⁾.

Auch für den Konzernabschluß muß wie für den der Aktiengesellschaft oberster Grundsatz sein: nicht zu viel Schema und Vorschrift, sondern Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die Gegebenheiten des Einzelfalls. Auch für ihn gilt § 129 Abs. 1 AktG: "Der Jahresabschluß hat den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen. Er ist so klar und übersichtlich aufzustellen, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt."

Um diesen Vorschriften zu genügen, ist zunächst die Frage zu klären, wie die verschiedenen Bilanzstichtage der einzelnen Gesellschaften innerhalb eines Konzerns für den konsolidierten Abschluß zu koordinieren sind.

1) Deutscher Industrie- und Handelstag, a. a. O., Seite 53; Studienkommission des Deutschen Juristentages, a. a. O., Seite 55 ff., Schneider, E., a. a. O., Seite 65 u. a. m.

2) Deutscher Industrie- und Handelstag, a. a. O., Seite 53 und Schneider, E., a. a. O., Seite 65.

3) Die handelsrechtliche Pflicht zur Erstellung einer Konzernbilanz würde vielleicht auch im deutschen Steuerrecht zur Anerkennung der Konzernbilanz führen, die in den angelsächsischen Ländern schon seit Jahrzehnten der Besteuerung zugrunde gelegt wird.

4) Studienkommission des Deutschen Juristentages, a. a. O., Seite 56.

Im allgemeinen wird es im Interesse des Konzerns selbst liegen, die verschiedenen Zeitpunkte, zu denen die einzelnen Gesellschaften ihre Abschlüsse erstellen, möglichst auf einen Stichtag zu vereinen, um so die Übersichtlichkeit und Konsolidierung der Abschlüsse zu erleichtern. Sollten die Abschlüsse aber aus branchenüblichen Gründen zu verschiedenen Zeitpunkten erfolgen, wäre für den Stichtag des Konzernabschlusses ein nach den Grundsätzen des Jahresabschlusses erstellter Zwischenabschluß notwendig. Aktiva und Passiva, Aufwendungen und Erträge des ganzen Konzerns würden darauf gleichsam als diejenigen einer einzigen Gesellschaft zusammengefaßt, um so ein Bild der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten Konzerns an einem bestimmten Stichtag zu geben.

Ein von der beherrschenden Gesellschaft abweichendes Geschäftsjahr der Untergesellschaft wäre im Geschäftsbericht zu vermerken.

Auch für die Einbeziehung in den Kreis der zu konsolidierenden Gesellschaften sollten nicht allzu starre Grundsätze gelten. Würde es doch den "sicheren Einblick in die Lage" des Konzerns nicht erhöhen, wenn z.B. ein Konzern, der sonst aus Produktionsbetrieben besteht, eine Beteiligung an einer Versicherungsgesellschaft oder einer Bank ausweisen würde. Mindestens müßten hier eine Unzahl von Sonderposten in der Gliederung erscheinen, die die Klarheit des Abschlusses weitestgehend zunichte machen können ¹⁾. In diesem Fall müßte aber der Abschluß der nicht in die Konsolidierung einbezogenen Gesellschaft gleichzeitig mit dem Konzernabschluß in den Gesellschaftsblättern bekannt gemacht werden ²⁾. Der gleiche Fall liegt vor, wenn es sich um eine im Verhältnis zum Gesamtumfang des Konzerns unwesentliche Beteiligung handelt.

In diesem Zusammenhang muß kurz auf den Konzernbegriff eingegangen werden.

Die Legaldefinition des Konzerns in § 15 AktG wird den vielerlei Möglichkeiten des Konzernaufbaus nicht ganz gerecht, sollte aber trotzdem den an sie im Hinblick auf den Konzernabschluß gestellten Anforderungen genügen. Wie die Zusammenfassung selbständiger Unternehmen unter einheitlicher Leitung erfolgt, ist nicht maßgebend. Neben der Beteiligung ³⁾ und vertraglichen Vereinbarungen (Interessengemeinschaftsvertrag, Konsortialvertrag, Pachtvertrag, Organisationsvertrag, Liefervertrag, Darlehnsvertrag) spielen außervertragliche Beziehungen (Personalunion des Vorstands oder Aufsichtsrats) eine Rolle. Meistens sind mehrere dieser Varianten gleichzeitig gegeben ⁴⁾.

1) Vgl. auch Unterstützungskassen, Wohnungsbaugesellschaften usw. Vgl. dazu Fuchs-Gerloff, Die konsolidierte Bilanz, Köln 1954, S. 87, die unter allen Umständen für eine Einbeziehung jeder Branche plädieren.

2) Vgl. Ausführungen auf S. 96. Die Pflicht zur Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern darf nicht mit der Wiedergabe der Einzelabschlüsse im Geschäftsbericht verwechselt werden. (Vgl. hierzu Seite 18.) Forts. nächst, Sei

den vielfachen Möglichkeiten entsprechend würde jede eingehendere Definition unvollständig bleiben und einengend wirken. Deshalb sollten im Zweifelsfall in die Konsolidierung alle die Gesellschaften einbezogen werden, deren Gesellschaftskapital zu mehr als der Hälfte in der Hand der Obergesellschaft oder einer oder mehreren von dieser abhängigen dritten Gesellschaften ist oder die auf sonstigem Wege ¹⁾, sei es personell oder vertraglich, von der Konzernspitze kontrolliert werden. Ausnahmen von diesen Grundsätzen sollten im Geschäftsbericht dargelegt werden.

Die über 50 %ige Beteiligung im Zweifelsfall als Kriterium für die Einbeziehung in die Konzernbilanz vorzuschreiben ist angreifbar, wie alle Vorschriften, die Tatbestände auf einen Nenner bringen wollen, die nur schwer vergleichbar sind. Sie erfolgt analog zur Regelung im § 131 Abs. 1 A II 6, die eine Beteiligung bei 25 % als gegeben ansieht. Allerdings scheint - im Gegensatz zu der Definition in der oben zitierten Mustersatzung - die mehr als 50 %ige Beteiligung deshalb der nur 50 %igen überlegen, weil erstere den Streitfall ausschließt, der sich aus der zweiseitigen Beteiligung von je 50 % ergeben kann. ²⁾

3) In diesem Zusammenhang sollte endlich ein Zeitpunkt für den Verlust des Mehrstimmrechtsvorzugs gemäß § 9 EGAktG bestimmt werden. Viele Konzerne werden bei geringer Kapitalbeteiligung mittels Mehrstimmrechtsaktien kontrolliert.

4) Vgl. dazu: die eingehende Stellungnahme der Studienkommission des Deutschen Juristentages a. a. O., Seite 49 f.

1) Der schwedische Gesetzgeber definiert die sonstige Abhängigkeit, die zur Konzernpublizität führt, in § 221 Teil 1 Lag om aktiebolag vom 14. 9. 1944 folgendermaßen: "Hat eine Aktiengesellschaft sonst auf Grund von Aktienbesitz oder Vertrag oder aus einem anderen Grunde bestimmenden Einfluß auf eine andere Aktiengesellschaft und ist hiermit ein wesentliches Interesse an der Vermögensstellung der letzteren oder an dem Erfolg ihrer Tätigkeit verbunden, so ist auch diese erstere Gesellschaft als Muttergesellschaft und diese letztere Gesellschaft als Tochtergesellschaft anzusehen." (Hepner, J., Bilanz und Revision im schwedischen Aktienrecht. ZfhF 1949, S. 471 ff., S. 486).

2) Üben zwei Gesellschaften den gleichen Einfluß auf eine Tochtergesellschaft aus, muß die Lage des Einzelfalles den Ausschlag geben, wobei beide Lösungen - Einbeziehung und Herauslassen aus dem Kreis der in die Konsolidierung einzubeziehenden Gesellschaften - denkbar ist. Auf jeden Fall darf diese Gesellschaft nur in einer Konzernbilanz erscheinen, es ist ausgeschlossen, daß sie in den konsolidierten Bilanzen beider Konzerne erscheint. (Auch hierüber wäre im Geschäftsbericht zu berichten.) Vgl. dazu: Adler-Düring-Schmaltz, a. a. O., Anm. 61 zu § 128 AktG.

Im Grunde ist die beherrschende Stellung der Obergesellschaft ja weit mehr von der Streuung des Grundkapitals und der davon abhängigen Teilnahme an den Hauptversammlungen abhängig. Um so geringer diese Teilnahme ist, um so höher wirkt sich die Mehrheit der Obergesellschaft aus. Eine mehr als 50 %ige Beteiligung führt rein stimmenmäßig bei außer acht lassen aller anderen Umstände zu einem beherrschenden Einfluß der diese Beteiligung haltenden Partei. Aus diesem Grunde scheint diese Abgrenzung angemessen zu sein. Das Einbeziehen in den Kreis der zu konsolidierenden Gesellschaften soll also zunächst von den tatsächlichen Verhältnissen ausgehen und nur im Zweifelsfall die mehr als 50 %ige Beteiligung zum Maßstab nehmen.

Schließlich wäre noch auf die Einbeziehung einer Untergesellschaft zweiten oder dritten Grades hinzuweisen, die gleichermaßen in die Konsolidierung aufgenommen werden sollte. Desgleichen ist eine Einbeziehung erforderlich, wenn die 50 %ige Beteiligung nicht von der Obergesellschaft allein, sondern zusammen mit einer oder mehreren Schwestergesellschaften gehalten oder durch eine oder mehrere Tochtergesellschaften ausgeübt wird.

2. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Grundsätzlich wird man für die Gliederung der Konzernbilanz das aktienrechtliche Schema zugrunde legen können. Es wird aber die eine oder andere Abweichung zweckmäßig sein, um den Besonderheiten des Konzerns gerecht werden zu können.

Auf alle Fälle müssen die eventuell unterschiedlich behandelten Einzelabschlüsse so bereinigt werden, daß gleiche Posten in den einzelnen Abschlüssen auch die gleiche Bedeutung haben, denn nur so wird das Konsolidieren sinnvoll.

Dieses besteht ja nur in einem Addieren der einzelnen Aktiv- und Passivposten der verschiedenen Gesellschaften und in einem Eliminieren derjenigen Posten, die als Forderungen bei der einen und als Verbindlichkeiten bei der anderen Konzerngesellschaft erscheinen, dabei aber den gleichen Tatbestand verkörpern. Ein solches Aufrechnen muß geschehen, um ein Aufblähen der Bilanz zu verhindern. Nicht dagegen wird man Forderungen und Verbindlichkeiten gegen Dritte (Fremdschuldverhältnisse), die durch die Konsolidierung aufrechenbar erscheinen, saldieren. Es handelt sich hierbei um Forderungen und Verbindlichkeiten eines Dritten gegen zwei rechtlich selbständige Konzernglieder, die auch dieser Dritte in seiner Bilanz nicht saldieren darf.

Ein Posten wird dann zusätzlich zu denen des Aktienrechts nötig, wenn keine 100 %ige Beteiligung besteht. In diesem Fall ist unter den Passiva ein "Ausgleichs-posten für Anteilsrechte Dritter" auszuweisen, der deren Anteil am Grundkapital, an gesetzlichen und freien Rücklagen sowie am Gewinn umfaßt 1).

Bewertungsunterschiede zwischen den Beteiligungen der Obergesellschaft und dem Grundkapital der Untergesellschaft sind als besondere, freie Rücklage unter den Passiven auszuweisen oder als Gegenposten zum Kapital unter den Aktiven gleichsam als Goodwill mit der Bezeichnung: "Aus der Konsolidierung sich ergebender Ausgleichsposten" anzusetzen. 2) Bewertungsunterschiede entstehen z. B., wenn die beherrschende Gesellschaft ihre Beteiligung unter ihren Nennwert abgeschrieben hat, der tatsächliche Buchwert der Beteiligung bei der beherrschten Gesellschaft sich aber aus dem Nennwert einschließlich bestehender Rücklagen und Gewinne zusammensetzt. Die Differenz wird in der konsolidierten Bilanz als freie Rücklage eingestellt.

Der umgekehrte Fall, daß nämlich der Wert der bei der herrschenden Gesellschaft ausgewiesenen Beteiligung höher zu Buch steht als der Anteil am Grundkapital einschließlich Rücklagen und Gewinn bei der Tochtergesellschaft ausgewiesen wird, tritt nur selten auf, ist jedoch infolge des gemilderten Niederstwertprinzips nicht ausgeschlossen. Gemäß § 133 Ziff. 2 AktG können Beteiligungen auch dann zu Anschaffungskosten bilanziert werden, wenn sie einen geringeren Wert repräsentieren, es sei denn dies verstöße gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Diese Möglichkeit gestattet es, regelmäßige, unbedeutende oder von außen herrührende Kurssenkungen unberücksichtigt zu lassen, solange der innere Wert bzw. der Ertragswert des Unternehmens erhalten bleibt. In diesem Falle wäre der "Ausgleichsposten" in der Konzernbilanz zu aktivieren.

Schließlich wird der Ausweis der Vorräte mit Schwierigkeiten verbunden sein, da in einem vertikalen Konzern die Halb- oder Fertigfabrikate der einen Gesellschaft Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe der in der Produktionsstufe nächststehenden Gesellschaft sein können.

1) Die Möglichkeit, auf der Aktivseite ebenso wie auf der Passivseite nur soviel Prozent des Vermögens auszuweisen, wie als Beteiligung gehalten wird, ist nicht zu empfehlen. Hierbei werden bei einer 75 %igen Beteiligung nur jeweils 75 % des Anlage- wie des Umlaufvermögens als Aktiva in die Konzernbilanz übernommen. Diese Art des Konsolidierens würde den Konzernen nicht gerecht, in denen die Beherrschung der Untergesellschaft mehr über vertragliche und ausservertragliche Vereinbarungen als über die Beteiligung ausgeübt wird.

2) Berg, K., Zur Technik konsolidierter Abschlüsse. WP. 1954, S. 316 ff (S. 320).

Der Konzern muß an Hand der Inventurunterlagen die vorhandenen Vorräte derart auf Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate verteilen, wie es ein Produktionsunternehmen machen würde, das mehrere Produktionsstufen in sich vereinigt.

Keine Schwierigkeiten ergeben sich bei der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Diese beinhaltet in allen zu konsolidierenden Einzelabschlüssen das gleiche.

Als Fertigfabrikat wird nur ausgewiesen werden können, was an einen außerhalb des Konzerns stehenden Abnehmer zum Verkauf kommen soll, bzw. als Gebrauchsgut - nicht als Rohstoff oder Halbfabrikat - im Konzern zu bleiben bestimmt ist.

Schwierigkeiten bereiten vor allem die Halb- und Fertigfabrikate, die Rohstoffe oder Halbfabrikate einer anderen Konzerngesellschaft sind.

Die in der Literatur vertretene Meinung ¹⁾, daß in diesem Falle eine Zusammenlegung zu einem Posten "Vorräte" nötig sei, leuchtet nicht ein. Der wirtschaftlich als Einheit angesehene Konzern steht vor den gleichen Schwierigkeiten, die auch bisher schon von verschiedenen Unternehmen, die in sich mehrere Produktionsstufen vereinigen, gemeistert werden mußten. Solche Aktiengesellschaften sind genau so verpflichtet, die Vorräte in der Unterteilung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten auszuweisen, wie die Gesellschaft, die keinen vertikalen Produktionsaufbau in sich vereinigt.

Da die Liquiditätsgesichtspunkte gerade in der konsolidierten Bilanz nicht genug berücksichtigt werden können, sollte auf diese Aufgliederung des Vorratsvermögens nicht verzichtet werden. Während Rohstoffe meistens sehr liquide sind, ist das bei Fertigfabrikaten gar nicht die Regel. Hier lassen hohe Bestände vielmehr oft auf Ladenhüter oder eine übersetzte Produktion schließen. Halbfabrikate aber sind oft überhaupt nicht bzw. nur zum Schrottwert zu veräußern, also sehr unliquide im Unternehmen gebundene Mittel.

Aus diesen Gründen und besonders weil auch angenäherte Werte für eine solche Dreiteilung besser sind, als der so farblose Begriff Vorräte, sollte die Trennung auch für die Konzernbilanz vorgeschrieben werden.

1) Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Grundsatzfragen zur Konsolidierung von handelsrechtlichen Jahresabschlüssen. WPg 1954 S. 211 f (S. 212) und Fuchs-Gerloff, a.a.O., S. 75.

Die konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung bildet die Summe der Einzelerfolgsrechnungen unter Ausklammerung der konzern-internen Umsätze, der Kostenverrechnungen und der Eliminierung des Konzerngewinns. Bei von einander abweichenden Wirtschaftsjahren kann es sinnvoller sein, die Einzelerfolgsrechnungen getrennt bekanntzumachen als sie zu konsolidieren, da es eine gewisse Mehrarbeit erfordert, die Gewinn- und Verlustrechnungen dieser Gesellschaften auf den Zeitraum der konsolidierten Erfolgsrechnung umzustellen.

3. Die Bewertung

Auch die Bewertung hat so zu erfolgen, als hätte man ein einheitliches Unternehmen vor sich.

Ein Bewertungsproblem tritt nur dann auf, wenn man von dem veröffentlichten Konzernabschluß verlangt, daß er auch den Konzerngewinn zeigt; denn dieser läßt sich nur ermitteln, indem jegliche Gewinne, die aus den Umsätzen zwischen den einzelnen Konzerngesellschaften entstanden sind, eliminiert werden. Immerhin vermittelt die konsolidierte Bilanz auch dann noch tiefe Einblicke, wenn man auf den Ausweis des Konzerngewinnes verzichten würde. Sie wäre dann eine reine Vermögensbilanz ¹⁾.

Trotzdem sollte man, da der jährliche Abschluß mehr denn je der Gewinnermittlung dient, diesen Grundsatz auch bei dem konsolidierten Abschluß aufrecht erhalten; ganz besonders, weil hier mit einem angemessenen Gewinnabschlag - der vom Abschlußprüfer auf diese Angemessenheit zu prüfen wäre - schon das erreicht wird, was erreicht werden soll, nämlich der Ausweis des Gewinnes "eines" Unternehmens nach den aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften ²⁾.

Allerdings müssen diese Bewertungsvorschriften für den Konzern eine geringe Ergänzung erfahren, denn es geht nicht an, daß Verwaltung- und Vertriebskosten (z.B. Fracht und Umsatzsteuer), die durch den Umsatz zwischen den Konzern-

¹⁾ Studienkommission des Deutschen Juristentages; a.a.O., Seite 56.

²⁾ Diese Bewertungsvorschriften sollten nicht eng ausgelegt werden, vielmehr stets den gegebenen Umständen angemessen behandelt werden. So könnte der Wirtschaftsprüfer Bewertungen zu Markt- oder Verrechnungspreisen dann als angemessen bestätigen, wenn die Lieferungen an das Konzernunternehmen nur einen entsprechend geringen Teil des Gesamtumsatzes ausmachen und nicht aus dem Grund der Gewinnbeeinflussung erfolgt. Vgl. hierzu auch: Schmalenbach, E., Finanzierungen, 5. Aufl., Teil 1 Beteiligungsfinanzierung, Leipzig 1932 S. 129.

gliedern entstehen ¹⁾, nicht aktiviert werden können, weil § 133 AktG Anschaffungs- oder Herstellungskosten verlangt.

Als Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach dem Aktiengesetz wären bei der Behandlung des Konzerns als einem Unternehmen die Kosten anzusetzen, zu denen die einzelnen Konzernglieder den Einkauf von einem außerhalb des Konzerns stehenden Unternehmen vorgenommen haben.

Es liegt auf der Hand, daß kein Konzern, um seine Vorräte höher bilanzieren zu können, diese von einer Gesellschaft zur anderen schickt und sie dadurch z. B. mit Fracht- und Umsatzsteuernkosten belastet. Sind diese Kosten angefallen, dann dürfen und müssen sie aktiviert werden; sie sind dann Anschaffungskosten. Diese Bewertung schließt natürlich einen niedrigeren Wertansatz gemäß § 133 Ziff. 3 AktG nicht aus. Die Eliminierung der Zwischengewinne bei Konzernen wird also - wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten gemäß Aktiengesetz bei einem Konzern um die tatsächlich angefallenen Verwaltungs- und Vertriebskosten höher angesetzt werden - durch einen Abschlag für den darin enthaltenen noch nicht realisierten Gewinn erreicht.

Dieser muß sich aus der Kalkulation ergeben. Sollte dies nicht ohne größeren Arbeitsaufwand möglich sein, so genügt auch ein angemessener Gewinnabschlag

Dieser Gewinnabschlag gilt für alle in das Umlauf- und in das Anlagevermögen eingegangenen Waren und Leistungen, die von einer Konzerngesellschaft bezogen worden sind.

Ein Gewinn darf also erst entstehen, wenn ein Erzeugnis, eine Ware oder eine Leistung den Konzern verläßt und an einen Dritten veräußert wird. Alle in dem Anlagevermögen des Konzerns aktivierten Lieferungen und Leistungen einer Konzerngesellschaft dürfen nur mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aktiviert werden, unter Berücksichtigung auch des Aufwandes, der durch den Transport und die Übereignung entstanden ist.

1) Gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 15 Art. II wurde die für Konzerne geltende Umsatzsteuervergünstigung - Umsatzsteuerfreiheit für Lieferungen innerhalb eines Konzerns (§ 2 Abs. 2 Ziff. 2 Umsatzsteuergesetz) - gestrichen.

Der Definition des zwischengesellschaftlichen Gewinns durch den Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer ¹⁾ kann nur mit der Einschränkung gefolgt werden, daß die "eigenen Anschaffungs- und Herstellungskosten" noch um die durch den Umsatz innerhalb des Konzerns angefallenen nicht erfaßten Verwaltungs- und Vertriebskosten erhöht werden müssen und somit als zwischengesellschaftlicher Gewinn nur der reine Gewinnaufschlag zu eliminieren ist.

Eine über diese Vorschläge hinausgehende Eliminierung der innerkonzernlichen Verkaufskosten führt über das gesteckte Ziel hinaus. Einem gänzlichen Unterlassen der Eliminierung zwischengesellschaftlicher Gewinne - auch das wird in der Literatur vertreten - kann aber deshalb nicht zugestimmt werden, weil über den innerkonzernlichen Verrechnungspreis ²⁾ zu viel Möglichkeiten bestehen, das Konzernergebnis zu verbessern.

Der Ansicht, daß ein Eliminieren nicht vorzunehmen sei, weil diese Zwischen Gewinne bei den einzelnen rechtlich selbständigen Konzerngesellschaften der Besteuerung unterliegen und zu bilanzierungspflichtigen Steuerschulden führen, kann nicht gefolgt werden ³⁾. Mit dem konsolidierten Abschluß soll ein rein handelsrechtlicher Jahresabschluß erstellt werden, der auf die Steuerpflicht der einzelnen Konzernunternehmen nur insoweit Rücksicht zu nehmen hat, als sie zu Aufwand und Risiko führt. Dadurch, daß die deutsche Steuergesetzgebung eine Besteuerung des Konzerns nicht kennt, wie sie in Amerika und England üblich

) Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., S. 212:

"Zwischengesellschaftliche Gewinne - das sind Gewinne, die dadurch entstehen, daß ein Unternehmen des Konsolidierungsbereiches einem anderen Unternehmen desselben Lieferungen oder Leistungen mit einem über den eigenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegenden Preis berechnet - sind also erst dann im konsolidierten Jahresabschluß ausweisfähig, wenn sie durch Weiterveräußerung der betreffenden Lieferungen und Leistungen an außerhalb des Konsolidierungsbereiches stehende Abnehmer endgültig realisiert sind."

Vgl. hierzu auch die Definition im schwedischen Aktiengesetz (§ 104, V):

"Unter internen Gewinnen wird ein der Muttergesellschaft zukommender Gewinnanteil verstanden, der sich auf die Veräußerung eines Vermögenswertes innerhalb des Konzerns bezieht, in soweit nicht später eine Veräußerung des Vermögenswertes an einen Käufer außerhalb des Konzerns erfolgt ist oder auch der Vermögenswert verbraucht worden oder sein Wert bei der Konzerngesellschaft, die ihn erworben hat, abgeschrieben worden ist." (Hepner, J., a.a.O., Seite 488.)

) Vgl. dazu: Fuchs-Gerloff, a.a.O., Seite 37 ff und die dort angeführte Literatur.

) Fuchs-Gerloff, a.a.O., Seite 71 und Berg, K., a.a.O., Seite 320.

ist, läßt sich noch nicht ein Abgehen von den alten Bilanzierungsgrundsätzen rechtfertigen, daß unrealisierte Gewinne nicht zum Ausweis kommen dürfen, während unrealisierte Verluste zu berücksichtigen sind ¹⁾. Gewinne, die durch Umsätze zwischen rechtlich selbständigen Gesellschaften aber innerhalb eines Konzerns entstehen, werden erst dann realisiert, wenn die Lieferung oder Leistung mit Gewinn an einen außerhalb des Konzerns stehenden Dritten erfolgt ist.

Diese Ausführungen zeigen, daß das Problem des konsolidierten Jahresabschlusses nicht an der technischen Durchführung scheitern muß. Die von vielen Gegnern angeführte mangelhafte Erfahrung kann nicht dadurch gewonnen werden, daß man ihr ausweicht.

1) Der Betrachtung, wann die Verbuchung schwebender Geschäfte und damit die Realisierung von Gewinnen und Verlusten vorzunehmen ist, wird hier die herrschende Meinung im Handels- und Steuerrecht zugrunde gelegt. Vgl. Vellguth, K.H., Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für schwebende Geschäfte, Leipzig, 1938, Veröffentlichung der Schmalenbach-Vereinigung, Band 11.

C. DIE REFORM DER AKTIENRECHTLICHEN PRÜFUNGSVORSCHRIFTEN

Die Pflichtprüfung ¹⁾ wurde in Deutschland durch die Novelle vom 19. September 1931 eingeführt. Weniger aus dem Grund, daß sich eine solche, die sich im Ausland schon lange bewährt hatte, auch in Deutschland nicht länger umgehen ließe - noch 1928 wurde von der Mehrheit, der vom deutschen Juristentag eingesetzten Kommission die Pflichtprüfung abgelehnt -, sondern als Folge der Zusammenbrüche in der Wirtschaft der dreißiger Jahre.

Durch die Prüfung sollten die Mißstände, die durch die Veröffentlichung falscher Bilanzen und das Versagen der Verwaltungen eingetreten waren, für die Zukunft unmöglich gemacht und die dem Aufsichtsrat obliegende Kontrolle vereinfacht werden, damit die Aktiengesellschaft ihre Rechtsbeziehungen zu Aktionären und Gläubigern wieder ganz nach den Grundsätzen von Treu und Glauben zu gestalten hätte.

Is zur Schaffung des Aktiengesetzes von 1937 hatte sich dann die Auffassung durchgesetzt, daß angesichts der Bedeutung, die die Aktiengesellschaften infolge ihrer großen Kapitalausstattung für die ganze Volkswirtschaft haben, eine Pflichtprüfung über die Bedeutung für Aktionär und Gläubiger hinaus im öffentlichen Interesse liege. "Der Wirtschaftsprüfer muß sich als Anwalt des volkswirtschaftlichen Kapitals fühlen, und er muß mitwirken, das Kapital dahin zu lenken, wohin es gehört, an die Stellen der Kapitalbedürftigkeit, die den größten wirtschaftlichen Erfolg versprechen ²⁾."

Auch die Tatsache, daß der Jahresabschluß nicht mehr von der Hauptversammlung festgestellt wird, erhöht die Bedeutung der Pflichtprüfung; im erhöhten Maße dann, wenn im Zuge der jetzigen Reformbestrebungen dem Vorstand, der im allgemeinen allein dazu befähigt ist, in Verbindung mit der Zustimmung des Aufsichtsrats dieses Recht zur Feststellung bleibt, dann aber Kautelen gefunden werden müssen, die dieses Recht in vernünftigem Abwägen der verschiedenen Interessen von Aktionären auf der einen und der Verwaltung auf der anderen Seite richtig und zweckmäßig abgrenzen.

Nach 25jährigem Bestehen der Institution der Pflichtprüfung wird im allgemeinen gesagt werden können, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat, d. h., daß der Wirtschaftsprüfer die ihm durch das Gesetz übertragenen Aufgaben im

¹⁾ §§ 135 - 142 Akt G.

²⁾ Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz; a. a. O., Seite 225.

Sinne des Gesetzgebers und zum Nutzen von Öffentlichkeit, Aktionären, Gläubigern und Staat erfüllt hat. Diese Ansicht ist aber nicht unwidersprochen geblieben ¹⁾, da in der Zeit nach 1933 durch die Rüstungswirtschaft die Geschäftsmoral im allgemeinen gut gewesen ist und deshalb der Prüfer weder sein leistungsmäßiges Können und Wissen noch sein Berufsethos habe ausreichend unter Beweis stellen können, im übrigen aber die aktienrechtliche Abschlußprüfung besonders bei großen Gesellschaften weitgehend im bloßen Formalismus erstarrt sei.

Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die Zeit nach 1945 dem Prüfer die vielfältigsten und schwierigsten Aufgaben übertragen hat, die noch weit in die Zukunft hinein ihre Auswirkungen haben - es sei nur an die Entflechtung, die DM-Eröffnungsbilanz und den Lastenausgleich erinnert. An diesen Aufgaben aber ist Können und pflichtgemäßes Handeln des Wirtschaftsprüfers im stärksten Maße bewiesen worden.

Wenn so an der Pflichtprüfung als solcher in keiner Weise gerührt werden soll ²⁾, so ist doch von den verschiedensten Seiten an Einzelheiten der Abschlußprüfung, sowie der Bestellung und Auswahl der Prüfer Kritik geübt worden; eine Kritik, die oft auch hier durch die Entwicklung, die die Institution der Pflichtprüfung in gesetzlichen Regelungen des Auslands genommen hat, angeregt wurde.

I. Der Umfang der Prüfung

a) bei Aktiengesellschaften

Nach § 135 Abs. 1 Satz 1 AktG ist der Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts, soweit er den Jahresabschluß erläutert, zu prüfen. Diese Vorschrift wird ergänzt durch die des Absatzes 2, wo es heißt: die Abschlußprüfung darf sich nicht darauf beschränken, ob der Jahresabschluß äußerlich sachgemäß aufgestellt ist und mit dem Bestandsverzeichnis und den Geschäftsbüchern übereinstimmt, sondern hat sich auch auf die Beachtung der

1) Schmalenbach, E., Die Aktiengesellschaft; a.a.O., S. 32; Dürrhammer, W., Reform der aktienrechtlichen Abschlußprüfung ZfB 1950 S. 28 ff (S. 29) und Bühler, O., Der Aktionär und die Steuerbilanz seiner Gesellschaft; Die Aktiengesellschaft 1957, Seite 1.

2) Es wird in der Literatur in diesem Zusammenhang an eine Befreiung von der Prüfungspflicht für Familien-Aktien-Gesellschaften oder Aktiengesellschaften bis zu einem bestimmten Grundkapital gedacht. Eine solche Regelung besteht teilweise in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und in Schweden.

Vorschriften über den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht zu erstrecken.

Die Kritik knüpft hier im wesentlichen ¹⁾ an zwei Punkte an. Die Regelung der Prüfung in § 135 AktG sei zu schematisch und zu einseitig, da sie sich auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften beschränke, nicht dagegen die Geschäftsführung in die Prüfung miteinschließen würde. Zum anderen sei die einschränkende Bestimmung, daß der Geschäftsbericht nur soweit in die Prüfung einzubeziehen sei, wie er den Jahresabschluß erläutert, nicht eindeutig.

Beide Punkte haben viel gemeinsames. Wird doch von verschiedenen Seiten eine Ausdehnung des Prüfungsumfangs gefordert, der über den jetzt im Gesetz fixierten hinausgeht. So schreibt Koch ²⁾: "Die wirkliche, vom Leben der Aktiengesellschaft einem Prüfer gestellte Aufgabe sieht ganz anders aus. Die als richtig oder problematisch festgestellten Zahlen des Jahresabschlusses sollten erst der Ausgangspunkt für eine, wenn auch nur knappe Beleuchtung der Struktur der Gesellschaft, der Fabrikationsverhältnisse, der Liquidität, der Ergebnisse sein".

Eine Wirtschaftsprüfung ist keine Buchprüfung. Die Aufgaben nach dem Aktiengesetz und nach dem Wirtschaftsleben stimmen also nicht überein." Und Lohmann ³⁾: "Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß unsere gegenwärtige deutsche Prüfungspraxis durch eine Erweiterung ihres eng gefaßten und im Grunde untergeordneten Aufgabenkreises (im wesentlichen Bestätigung, daß die reichlich unbestimmten gesetzlichen Vorschriften über Jahresabschluß und Geschäftsbericht

1) Von verschiedenen Seiten wird auch eine ausdrückliche gesetzliche Vorschrift für Ergänzungsprüfungen gefordert, die klarstellt, daß jede nach der Testaterteilung - sei es von der Verwaltung oder der Hauptversammlung - geänderte Bilanz erneut der Prüfung unterliegen muß. Vgl. hierzu: Adler, H., Die Änderung des aktienrechtlichen Jahresabschlusses WPg 1949, S. 109 ff; Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, aa O., S. 68; Forster, K. H. und Müller, H. P., Zur Frage der aktienrechtlichen Pflichtprüfung eines vor der Feststellung geänderten Jahresabschlusses WPg 1956, Seite 273 ff und Minz, W., Rechnungslegung, a. a. O., Seite 94.

2) Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes. WP 1952 Seite 174.

3) Lohmann, M., Reformen im Prüfungswesen der schwedischen Aktiengesellschaft. WP 1949, Seite 257 ff (Seite 259).

eingehalten seien) im Sinne der schwedischen Bestimmungen ¹⁾erst zu jener Wirkung kämen, die den mit ihr verknüpften geld- und zeitmäßigen Aufwand rechtfertigen würde."

Wenn auch im folgenden auf diese Urteile eingegangen wird, muß vorher darauf hingewiesen werden, daß in der Praxis der Prüfungsumfang nach einheitlicher Berufsauffassung der Wirtschaftsprüfer über den oben gezeichneten und schematischen Rahmen hinausgeht. Dies tritt in den Prüfungsberichten zutage, die in ihrem Hauptteil im allgemeinen auch über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens - besonders die Vermögenslage, die Liquidität, die Umsatz- und Rentabilitätsentwicklung - berichten ²⁾.

1. Die Prüfung der Geschäftsführung

Die Diskussion über die Einbeziehung der Geschäftsführung ³⁾ in den Prüfungsumfang der aktienrechtlichen Abschlußprüfung ist weitestgehend von der im schwedischen Aktiengesetz vom 14. September 1944 erfolgten Regelung beeinflusst worden. Dort hat der Prüfer neben dem Rechnungswesen auch die Geschäftsführung des Verwaltungsrats und des geschäftsführenden Direktors in die Abschlußprüfung einzubeziehen.

Allerdings wird in fast allen Darstellungen dieser Regelung übersehen, daß die Stellung des Prüfers im schwedischen Aktiengesetz eine weitaus andere ist als im deutschen. Das schwedische Aktienrecht kennt keinen eigentlichen Aufsichtsrat. Dessen Funktionen werden zu einem Teil von dem Verwaltungsrat - der, sobald er aus mindestens drei Mitgliedern besteht (bei 500.000 Kronen Pflicht), einen geschäftsführenden Direktor bestellen muß - zum anderen von dem ausdrücklich als Organ fungierenden Prüfer übernommen. Nur beim Vorliegen bestimmter Gründe (Satzung, Kapital über 2.000.000 Kronen usw.) müssen die Prüfer ähnliche Qualifikationen nachweisen wie in Deutschland, es sind also

1) Die Geschäftsführung unterliegt in Schweden der Prüfung.

2) Wirtschaftsprüfer-Jahrbuch 1951, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf, S. 470; Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes. WP 1952 S. 173 und Ludewig, R., Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage im Bericht über die aktienrechtliche Jahresabschlußprüfung. Band 12 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1955, S. 128 ff.

3) Für eine Einbeziehung ist Dürrhammer, W., a.a.O., Seite 31 und Lohmann, M., Reformen a.a.O., Seite 259 f.

auch Fachleute des "allgemeinen Geschäftslebens, der Finanz-, der Branche und gegebenenfalls der Staats- und Kommunalverwaltung" ¹⁾ als Revisoren wählbar, die natürlich durch diese vielseitige Zusammensetzung die Geschäftsführung besser beurteilen können als der Revisionsfachmann, dessen Fähigkeiten mehr auf anderen Gebieten liegen.

Eine Parallele weist das Genossenschaftsgesetz auf, dessen § 53 Abs. 1 Satz 1 in diesem Zusammenhang auch immer wieder zitiert wird. Hier heißt es: "Zwecks Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sind die Einrichtungen, die Vermögenslage sowie die Geschäftsführung der Genossenschaft mindestens in jedem zweiten Jahr zu prüfen."

Aber auch hier dürfen die Gründe nicht übersehen werden, die dazu geführt haben, für die Genossenschaften bewußt eine weitergehende Prüfungspflicht vorzuschreiben. Der Vorstand der Genossenschaft verfügt, besonders bei kleinen Genossenschaften, nicht immer über solche große geschäftliche Erfahrungen wie der Vorstand einer Aktiengesellschaft, besonders weil er diese Tätigkeit oft ehrenamtlich ausübt.

Die Prüfung wird von dem Prüfer eines bestimmten Prüfungsverbandes ausgeführt, dem auch die zu prüfende Genossenschaft angehören muß. Durch diese besonderen Bestimmungen werden Spezialprüfer herangebildet und so dem Prüfer die Möglichkeit gegeben, auch die Geschäftsführung der in seinem Verband zusammengeschlossenen Genossenschaften beurteilen und damit überprüfen zu können.

Die in Anlehnung an die schwedische Regelung und den § 53 GenG geforderte Überwachung der Geschäftsführung ist im Aktiengesetz durch § 95 Abs. 1 gegeben, wo es heißt: "Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen."

Aus den dargelegten Gründen ist nicht einzusehen, warum in dieser Hinsicht eine Änderung des Prüfungsumfangs nötig sein sollte. Im übrigen würde eine Ausdehnung des Prüfungsumfangs auch auf die Geschäftsführung nicht nur das Vertrauensverhältnis zwischen Prüfer und Vorstand stören, sondern auch dessen Unternehmer-Initiative lähmen ²⁾.

1) Lohmann, M., Reformen, a. a. O., Seite 259 f.

2) Schmölder, K., a. a. O., Seite 298.

2. Die Prüfung des Geschäftsberichts

Nach der Fassung des § 262 a HGB durch die Notverordnung vom 19. September 1931 war der Geschäftsbericht ohne Einschränkung zu prüfen.

Der § 135 AktG schließt den Geschäftsbericht ¹⁾ nur in die Prüfung ein, "so weit er den Jahresabschluß erläutert".

Nach § 140 AktG kann die Bestätigung aber dann versagt werden, wenn der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft offensichtlich eine falsche Darstellung von den Verhältnissen der Gesellschaft erweckt, was in soweit natürlich auch eine Prüfung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft nötig macht.

Die durch den Widerspruch zwischen den §§ 135 und 140 AktG schon an sich nicht eindeutige Formulierung des Gesetzgebers wurde durch das Urteil des BGH vom 15. Dezember 1954 ²⁾ noch unübersichtlicher. In diesem Urteil kommt der Bundesgerichtshof zu dem Schluß, der Wirtschaftsprüfer habe die Lage der Gesellschaft nicht zu prüfen. Er müsse sich zwar mit dem hinter dem Jahresabschluß stehenden Sachverhalt befassen, brauche aber im Bestätigungsvermerk auf den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft nicht einzugehen, es sei denn, daß diese im Geschäftsbericht grob-unrichtig dargestellt würde. In diesem Fall dürfe, ja müsse er unter Umständen den Vermerk versagen oder einschränken.

Auf der anderen Seite aber bezeichnet der Bundesgerichtshof im gleichen Urteil den Wirtschaftsprüfer als Organ der Gesellschaft, der durch die damit verbundene Treuepflicht angehalten sei, im Fall schwerwiegender Bedenken gegen Geschäftsführung, Rentabilität oder Liquidität entweder den Vorstand oder den Aufsichtsrat davon zu unterrichten. Es bestünde dann für ihn eine Redepflicht.

Wie man auch zu diesem Urteil stehen mag, es zeigt auf jeden Fall, daß die Formulierung im Gesetz nicht eindeutig genug ist.

Aus diesem Grunde sollte - insbesondere da dies in Einklang mit der praktischen

1) Der § 128 AktG (Inhalt des Geschäftsberichts) ist gegenüber dem entsprechenden § 260 a HGB nur in der Formulierung geändert worden.

2) Urteil des BGH II ZR 322/53 vom 15. Dezember 1954. WPg 1955 Seite 138 ff

Handhabung der Wirtschaftsprüfer steht ¹⁾, - die Einschränkung des § 135 AktG in bezug auf den Geschäftsbericht: "soweit er den Jahresabschluß erläutert" wegfallen und gleichzeitig die Kannvorschrift in § 140 Abs. 3 AktG in eine Mußvorschrift umgewandelt werden ²⁾. (Eine entsprechende Änderung müßte natürlich auch in den §§ 139 - Prüfungsbericht - und 140 Abs. 1 - Bestätigungsvermerk - vorgenommen werden.)

Mit dieser Fassung des § 135 AktG wäre wieder die gleiche gesetzliche Regelung hergestellt, wie sie in § 262 a HGB durch die Notverordnung geschaffen worden war und gleichzeitig die sich widersprechenden Regelungen über die Prüfung der Geschäftslage in den §§ 135 und 140 AktG beseitigt.

Darüberhinaus aber würde der Publizität ein nicht zu unterschätzender Dienst geleistet, wenn der Öffentlichkeit dadurch neben der Bestätigung, daß der Jahresabschluß den gesetzlichen Vorschriften entspräche, auch bestätigt würde, daß die im Geschäftsbericht dargestellte Lage der Gesellschaft mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmt ³⁾.

Dies würde der englischen Regelung entsprechen, nach der der Abschlußprüfer bestätigt - der Geschäftsbericht unterliegt nach dem Companies Act nicht der Prüfungspflicht - daß der Jahresabschluß ein exaktes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. Zu der Feststellung, daß der Abschluß den gesetzlichen Anforderungen entspricht, tritt die betriebswirtschaftliche Beurteilung über die Lage der Gesellschaft ⁴⁾.

1) Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, 1/1953, Der Bestätigungsvermerk in Bezug auf die Berichtspflicht über "Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schlusse des Geschäftsjahres eingetreten sind". WPg 1953 S. 16 f.

2) Dieser Vorschlag wurde vom Verfasser erstmalig in einem Referat gemacht, das dieser anlässlich einer Seminar-Sitzung zum Revisions- und Treuhandwesen von Professor Dr. Otto Hintner im Sommersemester 1956 hielt. Vgl. hierzu auch den Vorschlag des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., S. 67 und S. 78.

3) Damit erübrigt sich auch eine ausdrückliche Bestätigung, daß der Abschluß ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittele, wie sie von Lohmann, M., Gesetzliche Reformen im Bilanz- und Prüfungswesen der britischen Kapitalgesellschaften; WP 1948, S. 229 ff. (S. 232); von David, W., Der aktienrechtliche Bestätigungsvermerk und seine heutige Problematik, WP 1948 S. 65 ff. (S. 70) u. a. m. gefordert wird.

4) Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes, WP 1952 Seite 174.

Die Ausdehnung des Bestätigungsvermerks auf den ganzen Geschäftsbericht und damit darauf, daß der dargelegte Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft keine falsche Darstellung von den Verhältnissen der Gesellschaft erweckt, stellt natürlich an den Prüfer erheblich mehr Anforderungen als bisher ¹⁾. Jetzt muß er dazu Stellung nehmen, während er bisher nur im Falle der falschen Darstellung den Bestätigungsvermerk verweigern konnte. Besondere Schwierigkeiten bilden naturgemäß Darstellungen über die Marktlage, die Absatzsituation, Ertragsaussichten, Entwicklungsmöglichkeiten der Branche usw., die der Wirtschaftsprüfer nur schwer wird beurteilen können. Dabei wird darauf zu achten sein, daß alle Beurteilungen der Lage, die sich nicht nachweisen lassen (z. B. Schätzungen und Hinweise auf die künftige Entwicklung) als Meinungen und Ansichten des Vorstandes deklariert werden. Der Wirtschaftsprüfer wird also nur grundweg falsche Darstellungen zu rügen haben, die als solche von ihm aber auch erkannt werden dürften. ²⁾

b) Der Umfang der Prüfung bei Konzernen

Der Konzernabschluß sowie der Abschluß der Konzernspitzengesellschaften, die nicht in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt werden, sollte entsprechen dem aktienrechtlichen Jahresabschluß der Pflichtprüfung unterliegen. Eine Begründung erübrigt sich, wenn der Aufstellung von konsolidierten Abschlüssen grundsätzlich zugestimmt wird, da analog die Gründe für die Prüfung des aktienrechtlichen Abschlusses angeführt werden können.

Die Konzernspitzengesellschaften anderer Rechtsform als der der Aktiengesellschaft müssen deshalb der Prüfungspflicht unterworfen werden, weil sonst ein Ausweichen der Holdings in diese anderen Rechtsformen die notwendige Publizität unmöglich machen würde.

Zum Prüfer des Konzernabschlusses sollte der Pflichtprüfer der Konzernspitzengesellschaft bestellt werden, um unnötige Doppelarbeit zu vermeiden und ihm den nötigen Einblick in die Holding zu gewähren ³⁾.

1) Minz, W., Rechnungslegung, a. a. O., Seite 92.

2) Aus dem gleichen Grunde sollte auch - wie oben schon erwähnt - von dem Vorschlag des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer (a. a. O., S. 32), daß der Vorstand im Geschäftsbericht auf die Ertragsaussichten einzugehen habe, abgesehen werden. Eine ausdrückliche derartige Vorschrift, deren richtige Einhaltung vom Wirtschaftsprüfer nur schwer zu beurteilen ist, könnte den Vorstand verführen, falsche oder unklare Aussagen zu machen.

3) Vgl. die gleichartige Regelung im englischen Companies Act von 1948, Schedule IX § 4; Studienkommission des Deutschen Juristentages (Forts. n. S.)

Die Prüfung sollte nach den Grundsätzen der Berufsauffassung in Konzernfragen und eventuellen Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer ¹⁾ durchgeführt werden, denn gerade der Abschluß eines Konzerns, der oft die verschiedenartigsten Branchen umfaßt, eignet sich schlecht für eine gesetzliche Prüfungsvorschrift, die immer einengend wirken muß. Meinungsverschiedenheiten, die die entgegengesetzten Auffassungen zwischen zu prüfender Gesellschaft und Wirtschaftsprüfer gerade in der Frage der Publizität von Konzernen mit sich bringen, sollten entsprechend der Regelung in § 135 Abs. 3 AktG der Spruchstelle zur Entscheidung vorgelegt werden können ²⁾. Das Recht zur Anrufung der Spruchstelle sollten analog zu § 30 1. DVO zum AktG nur die Abschlußprüfer und der Vorstand der Konzernspitze haben. Die Spruchstelle wird nicht vorgeschlagen, weil sie sich in der Praxis besonders bewährt hat, sondern deshalb, weil sie bisher fast gar nicht in Erscheinung treten mußte. Sie soll als unparteiischer Dritter allein durch ihre Existenz dafür sorgen, daß beide Seiten - Prüfer und geprüfte Gesellschaft - ihre entgegengesetzten Auffassungen wenn möglich aufeinander abstimmen, damit ein Anrufen der Spruchstelle gar nicht nötig wird. Die der Materie entsprechend schwierigere Stellung des Konzernprüfers erhält dadurch einen gewissen Rückhalt.

Fortsetzung Anm. 3):

a. a. O., S. 57 und die Regelung in § 16 der Mustersatzung für die Einheitsgesellschaften der Montanindustrie und des Bergbaus, zitiert in Fußnote 1) auf Seite 65.

1) Institut der Wirtschaftsprüfer Fachgutachten 11/1935 über die Prüfung von Konzernbeziehungen im Rahmen einer Pflichtprüfung gemäß § 262 ff HGB WP 1949 Seite 182.

2) Diese Ausführungen beruhen auf Anregungen von Professor Dr. Otto Hintner gelegentlich einer Seminarsitzung zum Revisions- und Treuhandwesen an der Universität München im Sommersemester 1956.

So wird schon die Frage, welche Gesellschaften in den konsolidierten Abschluß einzubeziehen seien, wegen ihrer Unwägbarkeit die Entscheidung des Wirtschaftsprüfers - der hierbei unter seiner Eigenverantwortlichkeit etwas freier handeln kann und muß, als bei dem Abschluß der Aktiengesellschaft - oft in Widerspruch zu der Ansicht des Vorstandes bringen. Eine andere Meinung hätte er im Prüfungsbericht zu erwähnen, eventuell sogar den Bestätigungsvermerk einzuschränken oder zu versagen.

Die Prüfung des Konzernabschlusses erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie des aktienrechtlichen Jahresabschlusses. Dabei hat der Prüfer zu entscheiden, inwieweit er neben der Muttergesellschaft auch die anderen Konzerngesellschaften in seine Prüfung einbeziehen muß oder welche Abschlüsse er ungeprüft übernehmen kann ¹⁾. Er ist dabei in derselben Lage wie der Prüfer eines Unternehmens mit verschiedenen Niederlassungen, der vielleicht auch nicht jedes Jahr die Prüfung auf alle Niederlassungen ausdehnen, sondern vielmehr nur abwechselnd die eine oder andere in die Prüfung einbeziehen wird. Er hat also auch in diesem Rahmen die Frage zu entscheiden, ob Vollprüfungen notwendig sind oder Stichproben ausreichen.

Wesentlich vereinfacht würde diese Aufgabe, wenn die einzelnen Konzerngesellschaften - die, soweit sie rechtlich selbständige Aktiengesellschaften und damit prüfungspflichtig sind, ihren eigenen Prüfer wählen - verpflichtet würden, den gleichen Prüfer zu bestimmen wie die herrschende Gesellschaft. Mindestens aber sollte dem Prüfer der herrschenden Gesellschaft, der auch den konsolidierten Abschluß prüft, Einsicht in die Prüfungsberichte und ein Auskunftsrecht bei den Prüfern der Konzerngesellschaften verschafft werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Prüfer auf den Zwischenabschluß der Gesellschaften zu richten haben, die nicht zum gleichen Bilanzstichtag bilanzieren wie die Muttergesellschaft, damit dieser Zwischenabschluß den Anforderungen für den aktienrechtlichen Jahresabschluß entspricht.

Neben der Prüfung, ob die einzelnen Posten, die konsolidiert werden, gleichartig sind, ihre Konsolidierung rechnerisch richtig erfolgt ist und die Gliederung den aktienrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Konzerns entspricht, ist die Bewertung, d.h. die Eliminierung von Zwischen Gewinnen ²⁾ nachzuprüfen.

1) Es muß hierbei berücksichtigt werden, daß die Konzernglieder zum Teil in Rechtsformen auftreten, die einer Pflichtprüfung nicht unterworfen sind.

2) Vgl. dazu die Ausführungen auf Seite 73 ff.

II. Die Bestellung der Abschlußprüfer

Nach § 136 Abs. 1, Satz 1 AktG werden die Abschlußprüfer von der Hauptversammlung gewählt. Das bedeutet aber in Wirklichkeit Wahl durch die Verwaltung, weil der Aktionär im allgemeinen deren Vorschlägen folgt, da ihm selbst die nötige Sachkenntnis fehlt. Diese Vorschrift wird immer wieder in der Literatur angegriffen, weil sie der Unabhängigkeit des Prüfers nicht genügend Rechnung trage und sein freies, eigenverantwortliches Handeln ¹⁾ gefährdet; wählt doch der zu Prüfende selbst sich den Prüfer. Hinzu kommt die Interessenkollision zwischen dem Prüfungsauftrag durch die Hauptversammlung und sonstigen Aufträgen des Vorstands, die oft nicht nur eine interessantere Aufgabe bedeuten, sondern auch zu einer entsprechend höheren Vergütung führen. Schmalenbach glaubt nicht, "daß sich mit diesem großen Ziele (der Wirtschaftsprüfer soll sich als Anwalt des volkswirtschaftlichen Kapitals betrachten) die Wählbarkeit des Prüfers durch die zu prüfende Gesellschaft vereinigen läßt. Der Einwand, daß es nicht leicht sei, ein zuverlässiges und sachkundiges Organ zu schaffen, dem die Bestellung der Aktienbilanzprüfer obliegt, leuchtet nicht ein. Es muß die Aufgabe der Wirtschaftsprüferorganisation selbst sein, dieses Organ zu schaffen". ²⁾

Auch Kosiol ³⁾, Greiffenhagen ⁴⁾, Hax ⁵⁾ und Dürrhammer vertreten diese Auffassung ⁶⁾, wobei die ersteren strikt eine staatliche Stelle ablehnen, während Dürrhammer nur von einer neutralen Stelle, einem unabhängigen Aktienamt spricht. ⁷⁾

1) Baudisch, R., Die Funktion des Abschlußprüfers in: Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung. Bericht über die Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer am 27. und 28. Januar 1955 zu Hannover, Band 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1955 Seite 19 ff (Seite 29).

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, a.a.O., Seite 225.

3) Kosiol, E., Einheitsbilanz oder Bilanzangleichung. StW 1949, Sp. 169 ff.

4) Greiffenhagen, H., Gehemmte Wirtschaftsprüfung; WPg 1949, Seite 290 ff (Seite 290).

5) Hax, K., a.a.O., Seite 249.

6) Vgl. hierzu auch Fischer, C.E., Die Reform des Aktiengesetzes. Grundsätzliche Gesichtspunkte und einige Vorschläge für die Neufassung. Archiv für die zivilistische Praxis, 154. Band, 1955, S. 181 ff (S. 233 ff).

7) Dürrhammer, W., a.a.O., Seite 31 und Hax, K., a.a.O., Seite 249.

Die Regelung im schwedischen Aktiengesetz, daß auch andere Stellen - staatliche und kommunale - Prüfer ernennen können, soweit dies die Satzung vorsieht, wird von Lohmann "teils für die Prüfung gemischt wirtschaftlicher Unternehmen, teils für die Mitwirkung von Arbeitnehmer- und Konsumentenorganisationen an der Kontrolle der Aktiengesellschaften" ¹⁾ vorgeschlagen. Das geht natürlich zu weit.

Die schwedische Regelung bildet eine Ausnahme; in den sonstigen ausländischen Aktienrechten ist die Wahl durch die Hauptversammlung die Regel. Diese wird in England gemäß dem Companies Act von 1948 noch dadurch verstärkt, daß der Prüfer automatisch als wiederbestellt gilt, wenn gegen seine Wiederwahl nicht ausdrücklich in der Hauptversammlung unter Einhaltung verschärfter Formvorschriften ein Gegenantrag gestellt wird. Wird er nicht wieder gewählt, kann er dagegen Einspruch erheben ²⁾. Allerdings erhebt sich dabei die Frage, ob diese Vorschriften sich nicht noch mehr zum Vorteil des Vorstandes auswirken können. Ein diesem genehmer Wirtschaftsprüfer wird, wenn die Wahl nicht auf der Tagesordnung der Hauptversammlung erscheint, von den Aktionären kaum abberufen werden. Die jährliche Neuwahl des Prüfers muß daher vorgezogen werden.

Die Bestellung durch eine unabhängige Stelle - neben der von Schmalenbach genannten Organisation der Wirtschaftsprüfer wird die Industrie- und Handelskammer erwähnt - denkt man sich im allgemeinen so, daß nach festen Schlüsseln die Berechtigungen zu Abschlußprüfungen jährlich, oder im Rhythmus von drei Jahren verteilt werden ³⁾. Die sich mit dieser zentralen Lenkung zwangsweise ergebenden Nachteile nimmt man in Kauf, weil diese durch die dadurch gewährte Unabhängigkeit bei weitem wett gemacht würden.

Gegen diese Argumente sind aber auch gewichtige Gegenstimmen laut geworden, die die geltende, gesetzliche Regelung beibehalten wollen ⁴⁾.

1) Lohmann, M., Reformen, a.a.O., Seite 257.

2) Vgl. dazu: Weiß, A., a.a.O., Seite 119.

3) Dürhammer, W., a.a.O., Seite 31.

4) Vgl. u. a.: Baudisch, R., a.a.O., S. 28 ff.; Greiffenhagen, H., a.a.O., S. 291; Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes. Praktische Betriebswirtschaft, Heft 4, S. 37 f. Schneider, E., a.a.O., S. 66; Schmölder, K., Rechnungslegung a.a.O., S. 279 und Studienkommission des Deutschen Juristentages, a.a.O., S. 33 und S. 86. Auch Geßler ist gegen die Bestellung des Wirtschaftsprüfers durch ein staatliches Aktienamt, nicht aber gegen das staatliche Aktienamt als solches. Er hält dieses vielmehr für unbedingt nötig, um die Einhaltung der vom Aktiengesetz verlangten Publizität zu gewährleisten. (Geßler, E., Die Wirtschaftsprüfer als Garanten aktienrechtlicher Publizität, WPg 1956, S. 463 ff).

undlegend gehen sie davon aus, daß ein viel stärkeres Vertrauensverhältnis besteht, wenn sich die Aktiengesellschaft nach eigenem Gutdünken ihre Prüfer wählen kann, als wenn der Prüfungsauftrag von einer neutralen Stelle kommt. Braucht in diesem Zusammenhang nur an den Betriebsprüfer der Finanzverwaltung erinnert zu werden. Von einer Beratungsaufgabe und tieferen Ausschöpfung des Prüfungsergebnisses kann dann keine Rede mehr sein; der Prüfer wird zum Kontrolleur ¹⁾.

Sonderaufträge fördern eher das Vertrauen und die gegenseitige Anerkennung, als daß sie die Kollisionsgefahr vergrößern würden ²⁾.

Der fachlich und persönlich geeignetste Prüfer würde unter diesen Umständen nicht mehr wirtschaftlich eingesetzt werden können. "Im natürlichen Ausleseverfahren der Praxis allein vermögen sich hohe Leistung und Persönlichkeit durchzusetzen." ³⁾

Eine neutrale Stelle führt unweigerlich zu einer Nivellierung und Bürokratisierung ⁴⁾, eine staatliche zu planwirtschaftlichem Dirigismus. Die spezielle Eignung eines Wirtschaftsprüfers für eine bestimmte Branche oder einen bestimmten Betrieb, die gerade durch die öftere Wiederwahl und die dadurch gewonnene Erfahrung gefördert wird, kann dann nicht mehr zur Geltung kommen.

Vom Standpunkt der prüfungspflichtigen Unternehmungen ist diese Berufsqualifikation in ihrer Gesamtheit der Anlaß dafür, daß die Wirtschaft der Wählbarkeit des Prüfers den Vorrang gibt gegenüber einer verwaltungsmäßigen Zuweisung von Prüfern. Sie hat ein Interesse an der stetigen Weiterentwicklung eines wirtschaftsweisen, vielseitig erfahrenen Prüfers, der umfassendes Wissen und Können auf dem Gebiete des Rechnungswesens, des Wirtschaftsrechts, der Volkswirtschaft und der Betriebswirtschaft besitzt, der verantwortungsfreudig und verschwiegen ist und kritisch korrigiert und belehrt, wenn es nötig ist Die Beseitigung der Wählbarkeit des Prüfers wird dem Prüfling das Gefühl nehmen, daß der Prüfer auch als Berater zu ihm kommt. Dem Prüfer wiederum, der nach irgend einem "unparteilichen" Verfahren zufällig bestellt und der bei der nächsten Pflichtprüfung wahrscheinlich durch einen anderen abgelöst wird, wird manche Entscheidung über schwierige und komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge schwerer fallen als dem, der Unternehmen und Branche als ständiger Prüfer und Berater länger kennt." ⁵⁾

Baudisch, R., a.a.O., Seite 31.

Schmölder, K., a.a.O., Seite 298.

Greiffenhagen, H., a.a.O., Seite 292.

Kosiol, E., Einheitsbilanz, a.a.O., Seite 169 ff.

Greiffenhagen, H., a.a.O., Seite 292.

Auch die Prüfungskosten würden sich bei einem häufigen Wechsel der Prüfer erhöhen. Die Unabhängigkeit erhöht sich bei einer Vielzahl verschiedener Prüfungsaufträge, was besonders für die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zutrifft.

Aus den dargelegten Gründen wird eine Änderung der gültigen, gesetzlichen Bestimmungen nicht für notwendig befunden, besonders, weil Auswüchse, die ein solches Vorgehen rechtfertigen würden, bisher nicht offenkundig geworden sind.

Das Berufsrecht mit seiner Ehrengerichtbarkeit und die grundsätzliche Hauptberuflichkeit, Eigenverantwortlichkeit, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit machen den Wirtschaftsprüfer zum "Träger des öffentlichen Vertrauens". ¹⁾

In diesem Zusammenhang soll noch kurz auf die Bestrebungen eingegangen werden, den Prüfer wie in der Schweiz und in Schweden zum Organ der Gesellschaft zu machen.

Noch einmal muß dabei auf die anders geartete Funktion des Prüfers in diesen beiden Ländern hingewiesen werden. In beiden Ländern gibt es kein drittes Organ wie bei uns den Aufsichtsrat. Dessen Aufgaben werden vielmehr weitestgehend von den Prüfern mitübernommen, wenn auch die einzelnen Funktionen sich etwas überschneiden und daher ein Vergleich mit der geltenden deutschen Regelung nur annähernd möglich ist.

Doch nicht allein diese unterschiedlichen Aufgaben des deutschen Prüfers auf der einen, des schweizer und schwedischen Prüfers auf der anderen Seite lassen eine Organstellung als nicht am Platze erscheinen, hinzu kommt noch die damit verbundene Abhängigkeit von der Hauptversammlung. Eine solche aber wäre als Rückschritt gegenüber der bisherigen Regelung zu betrachten. ²⁾

Die Bestellung des Konzernprüfers sollte der Hauptversammlung der herrschenden Gesellschaft zukommen. Im allgemeinen sollte es der Prüfer dieser Obergesellschaft sein. Auch die Prüfung der Konzerngesellschaften sollte durch diesen Prüfer erledigt werden. Jedoch werden sich dabei rein technische Schwierigkeiten in der fristgemäßen Erledigung ergeben. Als Ersatz müßte dem Prüfer des konsolidierten Abschlusses jedoch die Möglichkeit verschafft werden, die

1) Greiffenhagen, H., a. a. O., Seite 292.

2) Schmölde, K., a. a. O., Seite 298.

Prüfungsberichte der Konzerngesellschaften einsehen und von den jeweiligen Prüfern darüberhinaus Auskünfte verlangen zu können ¹⁾.

III. Die Auswahl der Abschlußprüfer

Nach § 137 AktG dürfen als Abschlußprüfer "nur öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gewählt oder bestellt werden".

Die Wahl des Wirtschaftsprüfers hat sich bewährt und gibt zu keinen Änderungsvorschlägen Anlaß. Dagegen ist in der Diskussion über eine neue Regelung des Aktienrechts die Frage aufgetaucht, ob es bei dieser Regelung auch in bezug auf die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bleiben soll; also auch weiterhin juristische Personen von anonymen Gesellschaften geprüft werden können. Es werden auch hier als Beispiel die Regelungen des englischen sowie des schwedischen Aktienrechts angeführt.

Die Nichtzulassung von juristischen Personen ²⁾ in diesen Ländern beruht auf rein historischen Fakten, weil hier der Einzelprüfer schon bei Einführung der Pflichtprüfung zur Verfügung stand. Anders war die Lage in Deutschland bei Einführung der Pflichtprüfung durch die Aktienrechtsnovelle von 1931. Hier mußten zum großen Teil die vorhandenen Treuhandgesellschaften den Mangel an Einzelprüfern ausgleichen. Diese Gesellschaften haben bisher nicht gegen Berufspflichten verstoßen. Die Hauptpflichten der in ihr tätigen Prüfer sind die gleichen wie die der Einzelprüfer; d. h. eigenverantwortliche und persönliche Leistung, wobei kein Abhängigkeitsverhältnis zwischen zu prüfender und prüfender Gesellschaft bestehen darf.

(§ 137 Abs. 2 AktG gilt für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften entsprechend.)

Somit wäre einmal die Forderung zu erheben, daß jede Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nur durch Wirtschaftsprüfer geleitet wird, um mittels der Berufsordnung und Ehrengerichtbarkeit eine Garantie für die oben zitierten Berufspflichten zu haben.

1) Vgl. Ausführungen auf Seite 84 ff.

2) In England ist dagegen die partnership, die etwa unserer OHG entspricht, als Prüfungsgesellschaft zugelassen.

Zum anderen müssen die Anteile an der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in der Hand von Wirtschaftsprüfern sein, damit nicht über eine Beteiligung die Wirtschaftsprüfer in ein Abhängigkeitsverhältnis von der zu prüfenden Gesellschaft geraten. Dieser Gefahr sind heute noch die von Großbanken und von der öffentlichen Hand beherrschten Treuhandgesellschaften ausgesetzt ¹⁾.

Zur Erfüllung der Forderung, daß die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ausschließlich von Wirtschaftsprüfern geleitet werden, erübrigt sich eine Änderung des Aktiengesetzes deshalb, weil diese Vorschrift in die dem Deutschen Bundestag vorliegende Wirtschaftsprüferordnung ²⁾ aufgenommen worden ist. In der amtlichen Begründung zum Entwurf heißt es zu § 40 (Rechtsform) in Ziffer 2:

"Der Entwurf geht in Übereinstimmung mit den bisherigen Regelungen von dem Grundsatz aus, daß die Mitglieder des Vorstands, die Geschäftsführer oder die persönlich haftenden Gesellschafter Wirtschaftsprüfer sein müssen. Die Notwendigkeit einer solchen gesetzlichen Regelung ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften als solche Wirtschaftsprüfertätigkeit ausüben, insbesondere ein Testatrecht besitzen. Der Entwurf läßt daneben . . . zu, daß nach Anhörung der Wirtschaftsprüferkammer besonders befähigte Kräfte anderer Fachrichtungen (z. B. Juristen, Techniker), die nicht Wirtschaftsprüfer sind, Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer oder persönlich haftende Gesellschafter bestehender Wirtschaftsprüfungsgesellschaften werden können (Abs. 2). Die Hälfte der Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und persönlich haftenden Gesellschafter muß aber immer Wirtschaftsprüfer sein. "

Eine Regelung der Beteiligungsverhältnisse an der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgt durch die Berufsordnung nicht. § 40 Abs. 3 schreibt nur vor, daß die Aktien auf Namen lauten und ihre Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist. Damit ist aber die Gefahr eines Abhängigkeitsverhältnisses der angestellten Vorstandsmitglieder oder Prokuristen von dem Kapitalgeber nicht gebannt. ³⁾

Da im Grunde auch bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Eigenverantwortung des Wirtschaftsprüfers maßgebend ist, bleibt der freie Beruf der eigentliche Stand des Wirtschaftsprüfers. Da viele Prüfungsaufgaben aber nur mit großem

1) Vgl. Flume, W., Zur Unabhängigkeitsgarantie des Abschlußprüfers nach § 137 Abs. 2 AktG. NJW 1952 S. 484 ff und 1953 S. 90 ff.

2) Drucksache 784 des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, vom 27. Aug. 1950.

3) Gegenreiliger Meinung Mundorf, R., Zur Neuordnung des Wirtschaftsprüferrechts. BB 1954 S. 390f und Geßler, E., a. a. O., S. 465.

prüferstab zu meistern sind, kann auf die Prüfungsgesellschaft in Form der Kapitalgesellschaft nicht verzichtet werden. Diese Gesellschaft muß dann aber die gleichen Voraussetzungen erfüllen, wie sie an den freiberuflich tätigen Prüfer gestellt werden. Sie darf nicht über die an ihrem Kapital beteiligten Kreise in Abhängigkeit von der von ihr zu prüfenden Gesellschaft geraten.

Nicht einzusehen ist, warum die in der britischen und französischen Zone nach dem Kriege eingeführte Regelung, daß die Inhaber aller Kapitalanteile der Gesellschaft Wirtschaftsprüfer sein müssen, die selbst in der Gesellschaft tätig sind,¹⁾ bei der Neugestaltung der Wirtschaftsprüferordnung so ganz unberücksichtigt ge-
lassen wurde.

Es wird vorgeschlagen, wenn nicht im Aktienrecht, so doch in der Wirtschafts-
prüferordnung vorzuschreiben, daß die Anteile in der Hand von Wirtschaftsprü-
fern sein müssen²⁾. Das erscheint notwendig, um neben der Unabhängigkeit
vom Auftraggeber auch die Unabhängigkeit vom Kapitalgeber zu gewährleisten.

) Erste Anordnung zur Änderung und Durchführung der Verordnung über eine
Berufsordnung für die Angehörigen des wirtschaftlichen Prüfungs- und Treu-
handwesens vom 15. März 1948 (VOBl/BZ Nr. 13 vom 31. März 1948, S. 74),
und Wirtschaftsprüferordnung (WPO) vom 21. März 1950 (GVBl/RhldPf Nr. 17
vom 5. April 1950 S. 91). In Rheinland/Pfalz können sich bis 50 % der Ge-
sellschaftsanteile in der Hand von Steuerberatern befinden.

) Vgl. dazu: Koch, W., Zur Reform des Aktiengesetzes. WP 1952 S. 176.
Koch hält es für ausreichend, wenn mehr als 50 % des Kapitals von den Wirt-
schaftsprüfern gehalten wird. Dies wird aber nicht der ausgeführten Ansicht
gerecht, daß grundlegend das wirtschaftliche Prüfungswesen freiberuflich
ausgeübt werden soll, Zusammenschlüsse von Prüfern in der Form der Kapital-
gesellschaft aber nur zum Zwecke der Arbeitsteilung und Bewältigung von
Großaufträgen zustande kommen sollen.

IV. Sonstiges

Das dem Abschlußprüfer gemäß § 138 AktG eingeräumte Auskunftsrecht sollte sich, entsprechend der vorgeschlagenen Ausdehnung der Pflichtprüfung auf den Konzernabschluß, auch auf die den Konzern betreffenden Fragen erstrecken.¹⁾ Diese Forderung entbehrt jeder näheren Begründung, wenn der Vorschlag zur Konzernpflichtprüfung aufgegriffen wird, handelt es sich doch dabei nur um eine analoge Anwendung des geltenden Aktienrechts.

Eine Änderung des § 139 AktG über den Prüfungsbericht und des § 140 AktG über den Bestätigungsvermerk wird über die vorgeschlagene Änderung hinsichtlich des Geschäftsberichts hinaus - Fortfall der Einschwänkung: "soweit er den Jahresabschluß erläutert" - nicht für nötig befunden.²⁾

In diesem Zusammenhang sind in der Diskussion über die Reform des Aktiengesetzes eine eingehende Kodifizierung des Inhalts des Prüfungsberichts³⁾ und Änderungen des Bestätigungsvermerks gefordert worden. Das Testat soll wie früher⁴⁾ erteilt werden, wenn "wesentliche" Einwendungen nicht zu erheben sind.⁵⁾ Im Bestätigungsvermerk wird die ausdrückliche Stellungnahme zu folgenden Punkten verlangt: ob stille Reserven bestehen, die Bewertungsgrundsätze im Geschäftsjahr geändert worden sind und durch den Abschluß ein richtiges Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt wird.

1) Studienkommission des Deutschen Juristentages, a.a.O., Seite 57.

2) Vgl. dazu Seite 83.

3) Vgl. z.B. die Forderung von Ludewig, R., a.a.O., S. 159 nach Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., S. 76, wo es heißt: "... Die Posten des Jahresabschlusses sind aufzugliedern und zu erläutern. Außerdem sollen die Entwicklung der Vermögens- und Ertragsverhältnisse, sowie die Bilanzstruktur dargestellt werden. Soweit bei der Prüfung Umstände festgestellt werden, die geeignet erscheinen, den Bestand des Unternehmens zu gefährden oder seine Entwicklung wesentlich zu beeinträchtigen, ist darüber in einem besonderen Abschnitt zu berichten. Ist von der Schutzklausel (§ 128 Abs. 3) Gebrauch gemacht worden, so ist hierüber unter Angabe des Umfangs und der Gründe zu berichten. "

4) § 262 f HGB.

5) Weiß, A., a.a.O., S. 60 und Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer. Dieser tritt auch für eine wesentlich kürzere Fassung des Vermerks ein (a.a.O., S. 78).

nach unseren Vorschlägen die Bildung von stillen Willkürrücklagen in Zukunft zulässig ist, stille Zwangs- und Ermessensrücklagen aber nur im begrenzten Umfang möglich sind, erübrigt sich eine ausdrückliche Erwähnung im Testat.

Die Änderungen der Bewertungsgrundsätze und die Lage der Gesellschaft müssen ebenfalls nach § 128 AktG im Geschäftsbericht dargelegt werden. Da dieser in Zukunft nach unseren obigen Ausführungen ganz der Prüfungspflicht unterliegen soll, erübrigt sich eine Änderung des Bestätigungsvermerks über den oben angegebenen Rahmen hinaus.

Sollten auch die Vorschriften über die Abschlußprüfung ¹⁾ nicht weiter ausgedehnt werden, vielmehr hier der Berufsorganisation und dem Ermessen der einzelnen Wirtschaftsprüfer ein möglichst freier Spielraum gelassen werden.

¹⁾ Dagegen wäre eine Änderung in bezug auf die Gründungsprüfung nach § 25 und die Sonderprüfung nach § 118 f AktG notwendig. Die Schwierigkeiten der bei diesen Prüfungen auftretenden Probleme sollten die Qualifikation als Wirtschaftsprüfer zur Voraussetzung der Bestellung machen.

D. DIE REFORM DER AKTIENRECHTLICHEN VORSCHRIFTEN ÜBER DIE BEKANNTMACHUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Die Vorschriften über die Einreichung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts zum Handelsregister sowie über die Bekanntmachung des Jahresabschlusses¹⁾ haben sich grundsätzlich bewährt. Lediglich einige kleinere formelle Änderungen werden vorgeschlagen²⁾. So soll in Zukunft der einzureichende Jahresabschluß das unterschriebene Testat des Wirtschaftsprüfers enthalten, die gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichungen "vollständig und richtig mit dem vollen Wortlaut des Bestätigungsvermerks" wiedergegeben und die Mitglieder der Verwaltung aufgeführt werden. Das Gericht hätte die Einhaltung dieser Vorschriften zu überprüfen und festzustellen, ob **die** Bekanntmachung erfolgt ist.

Darüberhinaus aber sollten die Vorschriften der §§ 143 und 144 in folgender Hinsicht ergänzt werden. Im Anschluß an unsere Ausführungen über den Jahresabschluß der Konzerne müßte die Einreichungs- und Bekanntmachungspflicht im gleichen Maße auch auf den Jahresabschluß des Konzerns ausgedehnt werden. Die Forderung auf Einreichung und Bekanntmachung des Jahresabschlusses darf dabei nicht nur an die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft auftretenden Gesellschaften gestellt werden, sondern muß jede Holding erfassen. Die Ausweichmöglichkeiten sind sonst zu groß.

Auch die Jahresabschlüsse der Konzernglieder, die aus Gründen der Bilanzklarheit nicht in den konsolidierten Abschluß mit einbezogen worden sind, sind einzureichen und bekanntzumachen.

Erst die Einführung dieser Vorschriften gibt die Gewähr für die Erfüllung und Nutzbarmachung der oben dargelegten Publizitätsvorschriften für den Konzern.

Neben den Vorschriften der §§ 143 und 144 AktG muß an dieser Stelle auf den Zeitpunkt der Einreichung und Bekanntmachung eingegangen werden. Dieser ist von der Feststellung des Jahresabschlusses abhängig, der gemäß § 125 AktG mit einer Frist von 5 bzw. 7 Monaten festzustellen ist.

Diese Frist soll nach den Vorschlägen des Arbeitskreises Aktienrechtsreform³⁾ auf 6 bzw. 9 Monate ausgedehnt werden, da die steuerlichen Abschlußfragen und

1) §§ 143 und 144 AktG.

2) Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., Seite 82 ff.

3) Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer, a.a.O., Seite 27.

Die Belastung der Wirtschaftsprüfer - soweit es sich um Abschlüsse am 31. Dezember handelt - das Einhalten der Fristen kaum ermöglichen würde.

Das Ergebnis wären aber Abschlüsse, die bei ihrer Veröffentlichung bereits vollständig von der zeitlichen Entwicklung überholt sind.

Nur der Abschluß, der kurz nach dem Bilanzstichtag veröffentlicht wird, kann die in ihn gesetzten Voraussetzungen erfüllen.

Eher wären daher im Gegensatz zu den oben wiedergegebenen Vorschlägen die Fristen herabzusetzen ¹⁾. Vor allem aber müßten diese die Einreichung des Jahresabschlusses zum Handelsregister und die Veröffentlichung einschließen. Fristverlängerungen sollte nur das Registergericht bewilligen können. ²⁾

Die Einhaltung der Fristen wäre von Seiten der Firmen durch vorbereitende Maßnahmen vor dem Bilanzstichtag und von den Wirtschaftsprüfern durch vor dem Abschlußtermin angesetzte Zwischenprüfungen zu bewältigen, wie es die Abschlüsse verschiedener Gesellschaften - besonders im Ausland - schon heute beweisen. ³⁾

1) Herrhammer, K. A., Frühzeitige Beendigung der Abschlußprüfung durch vorbereitende Maßnahmen im Rechnungswesen und durch Zwischenprüfungen in: 25 Jahre Wirtschaftsprüfung. Ansprachen und Fachreferate anlässlich der Jubiläumsveranstaltungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer am 1., 2. und 3. Oktober 1956 in Düsseldorf. Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer GmbH., Düsseldorf, 1957, S. 137 ff und Fischer, R., in der Diskussion zu diesem Referat, a. a. O., S. 157. Dieser berichtet, daß in der DDR im Rahmen der Planwirtschaft alle Bilanzen bis zum 20. März jeden Jahres den Finanzämtern eingereicht werden müssen.

2) Vgl. Schmölder, K., in der Diskussion zu Ellmendorff, W., Der Jahresabschluß bei der Aktienrechtsreform in: 25 Jahre Wirtschaftsprüfung, a. a. O., Seite 102 ff (Seite 133).

3) Vgl. Herrhammer, K. A., a. a. O., Seite 139 ff.

Schluss

DIE VERFÄLSCHUNG DES AKTIENRECHTLICHEN JAHRES- ABSCHLUSSES DURCH STEUERLICHE VORSCHRIFTEN

Das vom Reichsfinanzhof in ständiger Rechtssprechung ¹⁾ entwickelte Maßgeblichkeitsprinzip besagt, daß die Bewertung in der Handelsbilanz auch für die Steuerbilanz maßgeblich sei, solange nicht steuerliche Sondervorschriften dem entgegenstehen. Dieses Prinzip ist zum erstenmal im Einkommensteuergesetz für 1955 in der Fassung vom 1. Dezember 1954 gesetzlich fixiert worden. In § 5 heißt es, das Betriebsvermögen ist "nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung auszuweisen".

Diese Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz hat aber im Laufe der Zeit - besonders durch die verschiedenartigsten steuerlichen Vergünstigungen nach dem letzten Kriege - eine fast vollständige Umkehrung erfahren. Heute ist für steuerliche Vergünstigungen mit wenigen Ausnahmen ²⁾ Voraussetzung, daß sie gleichermaßen auch in der Handelsbilanz vorgenommen werden. Wenn dies auch nicht immer aus den Gesetzen selbst hervorgeht, so doch aus den dazu ergangenen Verwaltungsrichtlinien.

Es besteht also in Wahrheit eine "Maßgeblichkeit der Steuerbilanz für die Handelsbilanz"³⁾. Der Grundsatz des § 129 AktG, daß der Jahresabschluß einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewähren soll, kann aus steuerlichen Gesichtspunkten nicht mehr innegehalten werden.

Die DM-Eröffnungsbilanz - Einheitsbilanz für Handels- und Steuerrecht - hat mit dem Währungsstichtag die Handelsbilanz von der Steuerbilanz abhängig gemacht. Bei der Bewertung trat die Zweischneidigkeit dieser Bilanz zutage. Die Auswirkungen der Bewertung für die Zukunft wurden nur nach steuerlichen Gesichtspunkten berücksichtigt. Es war für die Unternehmen allein maßgebend, zukünftige Ertrags- und Vermögensteuern - einschließlich der Vermögensabgabe - gegeneinander abzuwägen und daraufhin den durch das DMBG eingeräumten Spielraum für die Bewertung auszunutzen. Der Wertansatz für Währungsverbind-

1) Urteile des RFH vom 30. April 1930 I A 856/29 RStBl 1930 S. 354 und vom 23. Mai 1935 I A 110/33 RStBl 1935 S. 1467 ff.

2) Vgl. dazu: Die steuerfreien Rücklagen nach § 3 Ausfuhrförderungsgesetz vom 18. September 1953 und nach § 51 EStG (Preissteigerungsrücklage) vom 21. Dez. 1954.

3) Wall, F., Falschverstandenes Maßgeblichkeitsprinzip (§§ 7 a-f EStG), ZfB 1954 S. 295 ff.; Deutscher Industrie- und Handelstag, a. a. O., S. 39; Brönner, H., Einfluß des Steuerrechts auf die handelsrechtliche Bilanzierung, WP 1953 S. 63 ff. (S. 6

keiten zum 21. Juni 1948 muß nach § 47 Abs. 3 DMBG in Verbindung mit dem Ausführungsgesetz zum Londoner Auslandsschuldenabkommen bis zur Tilgung oder Regelung gemäß dem Abkommen beibehalten werden. Durch die Änderung des Kurses (z. B. für den Dollar: 21. Juni 1948 = DM 3,33; Anfang 1956 = DM 4,21) werden die Valutaverbindlichkeiten viel zu niedrig passiviert ¹⁾.

Die Bilanzierungserleichterungen des § 29 Abs. 1 DMBG gestatteten, daß man soweit von einer Rückstellung für die am 21. Juni 1948 bereits laufenden Pensionen absehen konnte wie die Leistungen bei vorsichtiger Beurteilung aus den künftigen Jahreserträgen gedeckt werden konnten. Für die am Währungsstichtag bestehenden Anwartschaften galt nur ein Passivierungsrecht bis zur Höhe des Gegenwartswertes. Der durch Rückstellungen nicht gedeckte Teil kann durch jährliche Zuführungen auf den Stand gebracht werden, der sich ergibt, wenn man die Pensionszusage als erst am 21. Juni 1948 neu gegeben ansieht (§ 29 Abs. 2 und 4 DMBG). Es werden hiermit also Verbindlichkeiten von einer Passivierung ausgenommen, soweit mit ihrer Deckung in der Zukunft zu rechnen ist. Dies steht im strengsten Gegensatz zu den Bewertungsvorschriften des Handelsrechts und den Gepflogenheiten eines vorsichtigen Kaufmanns. ²⁾

Die Sonderabschreibungen der Siebener-Gruppe des Einkommensteuergesetzes, nach § 36 Investitionshilfegesetz, sowie für geringwertige Wirtschaftsgüter gemäß § 6 Abs. 2 EStG haben mit betriebswirtschaftlichen Abschreibungen nichts zu tun. Sie stören im Gegenteil im Sinne der dynamischen Bilanzauffassung die Gleichmäßigkeit der Periodenabgrenzung und damit die Möglichkeit zu einem ständigen Vergleich des Betriebsergebnisses. Die Einführung der Siebener-Gruppe und der Abschreibungen nach dem Investitionshilfegesetz diene allein der Ermöglichung der dringendsten Investitionen für den Wiederaufbau zu einer Zeit, in der dem großen Kapitalbedarf völlig unzureichende Finanzierungsmittel gegenüberstanden. Diesen Erleichterungen lagen also rein wirtschaftspolitische Ziele zugrunde ³⁾.

Es ist nicht einzusehen, warum damit auch handelsrechtlich die Pflicht bestehen soll, vollkommen falsche Bilanzen und Erfolgsrechnungen zu erstellen ⁴⁾, waren doch die Neuinvestitionen einer allzuschnellen Entwertung nicht ausgesetzt und

Kofahl, G., a.a.O., Seite 267.

Gemäß dem Fachgutachten 1/1951 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (WPg 1951 S. 460 f) ist der jeweilige Fehlbetrag im Geschäftsbericht zu vermerken.

(Vgl. auch Seite 39.)

Wall, F., a.a.O., Seite 296.

Brömmel, H., a.a.O. Seite 67 spricht von einer "Verschleierung der wahren Bilanzverhältnisse".

demnach auch handelsrechtlich keine Sonderabschreibungen nötig.

Die steuerliche Regelung soll nur eine Bemessungsgrundlage für die steuerliche Entlastung derjenigen Betriebe schaffen, die Investitionen vornehmen ¹⁾; sie hat aber nichts mit der handelsrechtlichen Bilanzierung und einer dynamischen Erfolgsrechnung zu tun, darf diese also auch nicht verfälschen.

Ähnlich ist die Lage bei den Darlehen gemäß § 7 c, d und f EStG 1953. Wenn hier steuerlich die Möglichkeit gegeben wird, Darlehen, die der Förderung des Wohnungsbaus, des Schiffbaus und der Vorfinanzierung des Lastenausgleichs dienen, bei der steuerlichen Gewinnermittlung in Abzug zu bringen, ist nicht einzusehen, warum dazu ein Ausweis in der Handelsbilanz in bekannter Weise erfolgen muß. Der Wert dieser Darlehen beträgt nicht Null, wie es durch die 100 %ige Wertberichtigung erreicht wird. Diese unverzinslichen Darlehen müßten vielmehr - um auch dem Außenstehenden (für den die Veröffentlichung der handelsrechtlichen Bilanz erfolgt) ein Bild über das tatsächliche Vermögen des Unternehmens zu geben - derart bilanziert werden, daß unter den Aktiven nur der abgezinsten Wert erscheint, dem in Höhe der bei Rückzahlung der Darlehen zu erwartenden Steuerschuld eine Rückstellung gegenüber gestellt wird. Bei der Wertberichtigung gemäß § 7 handelt es sich um unbesteuerter Rücklagen, die zu einem Teil Eigenkapital, zum andern eine Rückstellung für daraus zu erwartende Steuerschulden darstellen ²⁾.

Unbesteuerter Rücklagen kommen auch für andere Zwecke vor. Es sei nur an die Rücklagen für Ersatzbeschaffungen ³⁾, Preisdifferenzen ⁴⁾, zur Ausfuhrförderung ⁵⁾ und Vorfinanzierung des Lastenausgleichs ⁶⁾ erinnert; alles Posten, die mindestens unter einer besonderen Bezeichnung in der Bilanz ausgewiesen werden sollten, weil sie nur zum Teil Eigenkapital darstellen, sich also aus Rücklage und Rückstellung zusammensetzen ⁷⁾.

1) Bühler bezeichnet die daraus entstehende Bilanz als Finanzierungsbilanz.

Bühler, O., Steuerrecht Band II, 2. Aufl., Wiesbaden 1953, S. 61.

2) Vgl. die Regelung für 7 c-Darlehen im EStG 1955.

3) EStR 1955 Abschnitt 35.

4) Erlaß des BdF vom 25. Juli 1952 (BStBl I 1952, S. 98).

5) Ausfuhrförderungsgesetz vom 18. September 1953 § 3.

6) Gesetz über steuerliche Begünstigung von Zuschüssen und Darlehen zur Vorfinanzierung des Lastenausgleichs vom 15. Mai 1953, § 1.

7) Minz, W., Rechnungslegung, a.a.O., S. 82; Wall, F., a.a.O., S. 300 und Arbeitskreis Aktienrechtsreform, a.a.O., S. 51.

nach den oben angeführten Gründen sollten auch diese unversteuerten Rücklagen nur in der Steuerbilanz, nicht in der Handelsbilanz ausgewiesen werden, weil diese sonst nicht mehr den handelsrechtlichen Bilanzierungsgrundsätzen entspricht.

Endgültig sei in diesem Zusammenhang noch die Vermögensabgabe und deren Behandlung in der Handelsbilanz erwähnt. Für diese - in ihrer Höhe einer der größten Passivposten - besteht keine Passivierungspflicht, obwohl es sich um eine echte Verbindlichkeit handelt. Der Gegenwartswert und der Vierteljahresbetrag der Abgabe sind dann aber in der Bilanz zu vermerken ¹⁾.

Diese Regelung kam zustande, weil es vielen Gesellschaften nicht möglich gewesen wäre, mittels Auflösung von Rücklagen diesen Betrag als Verbindlichkeit einzusetzen, vielmehr dann eine Kapitalherabsetzung oder ein Lastenausgleichsgegenposten für diesen Betrag nötig geworden wäre. Ein Lastenausgleichsgegenposten hätte nach kaufmännischen Gepflogenheiten zunächst getilgt werden müssen, bevor Dividende gezahlt werden konnte. Dies ist für unsere Lage am Aktienmarkt denkbar.

Auf dem anderen haben sich viele Verwaltungen auf den Standpunkt gestellt, daß sie bei Passivierung der Vermögensabgabe in Zukunft in der Höhe, in der sie die Abgaben auf den Lastenausgleich der Rücklage entnehmen könnten, von den Aktionären mit Dividendenwünschen überlaufen würden. Sie zahlen lieber die Abgaben aus dem laufenden Ertrag und weisen dadurch einen geringeren Gewinn aus ²⁾.

Wegen der unterschiedlichen Ausstattung mit Eigenkapital, und da die deutsche Wirtschaft in der Lastenausgleichsabgabe eine Steuer sieht, die aus den zukünftigen Erträgen zu erwirtschaften ist, wird man nicht umhin können, die derzeitige Regelung als notwendiges Übel beizubehalten. Man sollte aber gerade deshalb nicht durch andere steuerliche Maßnahmen die Ausnahme zur Regel machen und die handelsrechtliche Bilanz in ihrer Klarheit und Übersichtlichkeit schmälern, vielmehr dafür Sorge tragen, daß sie "einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt".

Dazu ist nötig, daß die Umkehrung des alten Maßgeblichkeitsprinzips zugunsten der Steuerbilanz keine Anwendung mehr findet, denn nur so ist eine Publizität möglich, die Aussagekraft besitzt. Feststellungen der Kapitalstruktur und der Liquiditätslage werden erst dann in befriedigendem Maße aus der Handelsbilanz zu ent-

¹⁾ § 218 Abs. 1 LAG.

²⁾ Eventuell sind die Lastenausgleichsabgaben durch stille Reserven berücksichtigt.

wickeln sein, wenn die Abhängigkeit der Handelsbilanz von der Steuerbilanz ohne steuerliche Nachteile aufgegeben wird und damit auch von dieser Seite wieder eine betriebswirtschaftlich zutreffende Bilanz entsteht. Wenn auch eine weitgehende Änderung der steuerlichen Vorschriften gemäß betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen in nächster Zukunft kaum erfolgen wird, muß jedoch gefordert werden, daß diese Verfälschung der Handelsbilanz beseitigt wird. Es muß eine Regelung getroffen werden, die, unabhängig von dem Ausweis in der Handelsbilanz, die Ausnutzung steuerlicher Vorteile ermöglicht. Der Gesetzgeber hat mit der Vorschrift in § 3 Ausfuhrförderungsgesetz vom 18. September 1953 selbst den Weg gezeigt, indem er hier eine steuerfreie Rücklage zuläßt "ohne Rücksicht auf die Behandlung in der Handelsbilanz", eine Regelung, die auch sonst möglich wäre. Neuerdings wird auch für die Preissteigerungsrücklage gemäß § 51 EStG 1955 ein gleicher Ausweis in der Handelsbilanz nicht mehr gefordert ¹⁾. Auch der Ausweis der ab 1955 gewährten "7 c-Darlehn" erfolgt in der oben geforderten Art und Weise ²⁾.

An den angeführten Beispielen wird klar, daß neben einer Reform des Aktiengesetzes auch diese, die aktienrechtliche Bilanz verfälschenden Bilanzierungsvorschriften des Steuerrechts ausgemerzt werden müssen, um nicht bei einer Teilreform stehen zu bleiben. Eine Abstimmung dieser Fragen zwischen Justiz- und Finanzministerium sollte nicht unmöglich sein, weil - wie gezeigt wurde - es nicht notwendig ist, steuerliche Vergünstigungen von der handelsrechtlichen Bilanzierung abhängig zu machen.

1) Vgl. § 74 EStDV 1955 nach der ÄnderungsVO vom 14. März 1956.

2) Vgl. § 7 c Abs. 1 EStG 1955.

Literaturverzeichnis

Adler-Düring-Schmaltz :

Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft.
Handkommentar. 1. Aufl. Poeschel, Stuttgart 1938
und 3. Aufl. Poeschel, Stuttgart 1957.
(Zitiert nach der 1. Auflage)

Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz :

Denkschrift zur Reform des Aktienrechts.
Düsseldorf 1952.

Arbeitskreis Aktienrechtsreform im Institut der Wirt- schaftsprüfer in Deutschland e.V. :

Vorschläge zur Aktienrechtsreform.
Düsseldorf 1956.

Arbeitskreis zur Förderung der Aktie :

Anregungen für Aufbau und Inhalt des Jahresgeschäfts-
berichts. WPg 1953 Seite 470 ff.

Baudisch, Roman:

Die Funktionen des Abschlußprüfers in:
Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsent-
wicklung; Bericht über die Fachtagung des Instituts der
Wirtschaftsprüfer am 27. und 28. Januar 1955 zu Hannover.
Band 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschafts-
prüfer. Düsseldorf 1955 Seite 19 ff.

Berg, Karl: Zur Technik konsolidierter Abschlüsse. WP 1954 Seite 316 ff.

Berger, Georg: Zur Neuordnung des Wirtschaftsprüferrechts. BB 1954 Seite 390 f.

Bores, Wilhelm:

Geschichtliche Entwicklung der konsolidierten Bilanz
(Konzernbilanz). ZfhF 1934 Seite 113 ff.

- Bork, Heinrich: Schwedisches und deutsches Aktienrecht.
ZfhF 1949 Seite 488 ff.
- Brönner, Herbert: Einfluß des Steuerrechts auf die handelsrechtliche Bilanzierung. WP 1953 Seite 65 ff.
- David, Werner: Der aktienrechtliche Bestätigungsvermerk und seine heutige Problematik. WP 1948 Seite 65 ff.
- Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft :
Zur Reform der Bewertungsvorschriften für die Handelsbilanz und für die aus dieser abzuleitende Steuerbilanz in:
Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer o. H. G. in eine Kapitalgesellschaft.
Praktische Betriebswirtschaft Heft 4, Deutscher Betriebswirte-Verlag, Berlin 1948 Seite 83 ff.
- Deutscher Industrie- und Handelstag :
Zur Reform des Aktienrechts.
Schriftenreihe Heft 30. Bonn 1954.
- Dietzen, Nikolaus:
Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für stille Reserven.
Band 8 der Veröffentlichungen der Schmalenbach-Vereinigung. Gloeckner, Leipzig 1937.
- Dürrhammer, Willy:
Reform der aktienrechtlichen Abschlußprüfung.
ZfB 1950 Seite 28 ff.
Die Neugestaltung des aktienrechtlichen Bilanz- und Erfolgsausweises. DB 1957 Seite 1 ff.
- Eich, Wilhelm: Die Reform der Bewertungsvorschriften für die Handelsbilanz und das Publizitätsproblem in:
Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer o. H. G. in eine Kapitalgesellschaft.
Praktische Betriebswirtschaft Heft 4, Deutscher Betriebswirte-Verlag, Berlin 1948, Seite 65 ff.

Elmendorff, Wilhelm:

Erkenntniswert des Jahresabschlusses und Aussagewert des Bestätigungsvermerkes in:
Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung.
Vorträge und Diskussionen der Münchener Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 12. - 14. Juli 1950,
Band 1 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer,
Düsseldorf 1950 Seite 60 ff.
Der Jahresabschluß bei der Aktienrechtsreform.
Bemerkungen zu den Vorschlägen des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im JdW in: 25 Jahre Wirtschaftsprüfung.
Ansprachen und Fachreferate anlässlich der Jubiläumsveranstaltungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer am 1., 2. und 3. Oktober 1956 in Düsseldorf.
Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer GmbH., Düsseldorf 1957 Seite 102 ff.

Farr, Gerhard:

Der Jahresabschluß amerikanischer Gesellschaften.
ZfB 1954 Seite 53 ff.
Formen moderner Publizität und Rechenschaftslegung.
DB 1954 Seite 957.
Die Bedeutung des Bruttoausweises (Ein Beitrag zur Aktienrechtsreform) DB 1955 Seite 293 ff.
Eigenheiten der amerikanischen Bilanzierung und Rechenschaftslegung ZfB 1955 Seite 642 ff.

Fischer, Curt Eduard:

Die Reform des Aktiengesetzes. Grundsätzliche Gesichtspunkte und einige Vorschläge für die Neufassung.
Archiv für die zivilistische Praxis 154. Band 1955
Seite 181 ff.

Friedrich, Heinz:

Die Bilanzierungsbestimmungen der volkseigenen Betriebe der Ostzone. Ein Vergleich zu den Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes. WP 1949 Seite 363 ff.

Fuchs, Hermann und Gerloff, Otto:

Die konsolidierte Bilanz. Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Köln 1954.

- Geertman, J. A.: Neuere Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Jahresabschlusses in Holland (Bericht über Beratungen über den Geschäftsbericht der vier holländischen Arbeitgeberverbände). WP 1955 Seite 365 ff.
- Gessler, Ernst: Die Wirtschaftsprüfer als Garanten aktienrechtlicher Publizität. WPg 1956 Seite 463 ff.
- Girgensohn, Werner:
Der Aufgabenbereich des aktienrechtlichen Abschlußprüfers. WP 1955 Seite 153 ff.
- Götze, Hermann: Brauchen wir im Rahmen einer Aktienrechtsreform bilanzrechtliche Neuerungen?
WPg 1955 Seite 49 ff.
- Goetze, P.: Das alte und das neue Aktienrecht.
Als Manuskript veröffentlicht Berlin 1937.
- Greiffenhagen, Hermann:
Gehemmte Wirtschaftsprüfung.
WPg 1949 Seite 290 ff.
Unberechtigte Angriffe auf die Wirtschaftsprüfer.
WPg 1957 Seite 133 ff.
- Hanner, Per V. A.:
Das Prüfungswesen in Schweden.
WP 1950 Seite 307 ff.
- Hax, Karl: Aufgaben und Bedeutung der Aktiengesellschaften.
ZfhF 1950 Seite 240 ff.
- Hepner, Julius: Bilanz und Revision im schwedischen Aktienrecht.
ZfhF 1949 Seite 471 ff.
- Institut der Wirtschaftsprüfer:
Fachgutachten 4/1935
Angaben über die gegebenen dinglichen Sicherheiten aus dem Umlaufvermögen im Geschäftsbericht.
WP 1949 Seite 120.
Fachgutachten 11/1935
Prüfung von Konzernbeziehungen im Rahmen einer Pflichtprüfung gemäß § 262 ff HGB. WP 1949 Seite 182.

Fachgutachten 2/1937

Zuschreibungen auf Anlagewerte und Beteiligungen.
WP 1949 Seite 344.

Fachgutachten 3/1937

Zulässigkeit der Bildung von stillen Reserven in dem
Bilanzposten Rückstellungen und ihre Auflösung.
WP 1949 Seite 344 f.

Fachgutachten 2/1940

Der Ausweis von Organschaftsabrechnungen in den Ab-
schlüssen der Ober- und Untergesellschaften.
WP 1949 Seite 376 f.

Fachgutachten 1/1951

Die Bilanzierung von Pensionslasten.
WPg 1951 Seite 460 f.

Fachgutachten 1/1953

Der Bestätigungsvermerk in bezug auf die Berichtspflicht
über "Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem
Schlusse des Geschäftsjahres eingetreten sind".
WPg 1953 Seite 16 f.

Fachgutachten 1/1954

Wertberichtigungen zu Posten des Umlaufvermögens.
WPg 1954 Seite 500.

Hauptfachausschuß

Grundsatzfragen zur Konsolidierung von handelsrechtlichen
Jahresabschlüssen.
WPg 1954 Seite 211 f.

Kirchauff, O.F.:

Reformvorschläge zum deutschen Aktiengesetz im Spiegel
des neuen schwedischen Rechts.
WPg 1954 Seite 217 ff.

Koch, Waldemar:

Zur Reform des Aktiengesetzes in:

Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer
o.H.G. in eine Kapitalgesellschaft. Praktische Betriebs-
wirtschaft Heft 4, Deutscher Betriebswirte-Verlag
Berlin 1948 Seite 7 ff.

Zur Reform des Aktiengesetzes, WP 1952 Seite 88 ff.

- Kofahl, Günther: Möglichkeiten und Grenzen der Kritik veröffentlichter Bilanzen.
ZfB 1955 Seite 622 ff.
- Kosiol, Erich: Bilanzreform und Einheitsbilanz.
2. Aufl. Deutscher Betriebswirte-Verlag.
Berlin 1949.
- Kruk, Max: Stelldichein der "Sonstigen" FAZ Nr. 195 vom
24. August 1953.
Bilanzen stimmen nicht. Ohne Konzernbilanzen
sind Täuschungen leicht möglich.
FAZ Nr. 82 vom 7. April 1956.
- Lehnert, Paul, R.: Die Veröffentlichung betrieblicher Ergebnisse in:
Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung.
Vorträge und Diskussionen der Münchener Fachtagung
des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 12. - 14. Juli
1950. Band 1 der Schriftenreihe des Instituts der
Wirtschaftsprüfer.
Düsseldorf 1950 Seite 99 ff.
- Lohmann, Martin: Gesetzliche Reformen im Bilanz- und Prüfungs-
wesen der britischen Kapitalgesellschaften.
WP 1948 Seite 229 ff.
Reformen im Prüfungswesen der schwedischen Aktien-
gesellschaft. WP 1949 Seite 257 ff.
Die Erfolgsrechnung im Jahresabschluß. Ein Beitrag
zur Reform der Verlust- und Gewinnrechnung.
WP 1951 Seite 157 ff.
Reformvorschläge im Bilanz- und Prüfungswesen der
kanadischen Kapitalgesellschaften.
WP 1953 Seite 225 ff.
- Ludewig, Rainer: Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage im Bericht
über die aktienrechtliche Jahresabschlußprüfung.
Band 12 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschafts-
prüfer. Düsseldorf 1955.

Mathews, Kurt:

Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung.
Zur Frage der Publizitätserweiterung bei der Rechnungslegung. WP 1951 Seite 5 ff.

Minz, Wilhelm:

Gedanken über ein allgemeines Bilanzrecht.
WPg 1951 Seite 434 ff.

Minz, Willy: Rechnungslegung und Abschlußprüfung.

Erfahrungen und Vorschläge des Wirtschaftsprüfers, in:
Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung. Bericht über die Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer am 27. und 28. Januar 1955 zu Hannover.

Band 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1955 Seite 73 ff.

Möllers, A.: Probleme der konsolidierten Bilanz.

WP 1954 Seite 229 ff.

Mundorf, Rudolf: Zur Neuordnung des Wirtschaftsprüferrechts.

BB 1954 Seite 389.

Pinner, Albert:

Staub's Kommentar zum Handelsgesetzbuch.
Nachtrag zur 12. und 13. Auflage enthaltend die Vorschriften der Verordnung über Aktienrecht vom 19. September 1931.

De Gruyter, Berlin und Leipzig 1932.

Schmalenbach, Eugen:

Dynamische Bilanz.

8. Aufl. Walter Dorn, Bremen, Hamburg, Hannover 1948.

Die Aktiengesellschaft.

7. Aufl. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1950.

Schmaltz, Kurt:

Der Erkenntniswert der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 132 AktG für die Beurteilung der Ertragslage.
Neue Betriebswirtschaft 1956 Seite 141 f.

- Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz.
4. Aufl. Betriebswirtschaftlicher Verlag
Dr. Gabler, Wiesbaden 1951.
- Schmölder, Karl: Rechnungslegung, Prüfung und Publizität der Aktien-
gesellschaft.
ZfHf 1950 Seite 279 ff.
- Schneider, Ernst: Publizität und Abschlußprüfung vom Standpunkt
der Wirtschaft; in:
Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirt-
schaftsentwicklung. Bericht über die Fachtagung
des Instituts der Wirtschaftsprüfer am 27. und 28.
Januar 1955 zu Hannover. Band 10 der Schriften-
reihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düssel-
dorf 1955, Seite 53 ff.
- Schulz, Carl-Ernst:
Gliederungsgrundsätze für die Rechnungslegung.
Abschluß- und Kontengliederung.
Ebenda Seite 205 ff.
- Studienkommission des Deutschen Juristentages :
Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts
(Berichte der Ausschüsse I und II).
Mohr, Tübingen 1955.
- Walb, Ernst: Finanzwirtschaftliche Bilanz.
2. Aufl. Duisburg 1948.
- Wall, F.: Falsch verstandenes Maßgeblichkeitsprinzip.
ZfB 1954 Seite 295 ff.
- Weiß, Alfred: Die Rechnungslegungsvorschriften des Companies
Act 1948.
WPg 1948 Heft 9, Seite 36 ff.

Lebenslauf

Am 23.11.1929 wurde ich als Sohn des Bankvorstehers Hans Reiniger und seiner Ehefrau Charlotte, geb. Ludwig in Waldenburg/Schlesien geboren.

Ab Ostern 1936 besuchte ich erst in Neiße/Oberschlesien, dann in Waldenburg und - nach dem Tod meines Vaters (1937) - in Bad Kreuznach die Volksschule, anschließend von 1940 bis 1949 das staatliche Gymnasium in Bad Kreuznach, an dem ich am 18.7.1949 die Reifeprüfung ablegte.

Vom 1.9.1949 bis zum 31.10.1952, - sowie in den folgenden drei Semesterferien - arbeitete ich als Angestellter in einem Steuerhelferbüro.

Im Wintersemester 1952/1953 begann ich an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz das Studium der Wirtschaftswissenschaften. Dieses setzte ich nach dem 3. Semester an der Ludwig-Maximilians-Universität in München fort und legte nach sechs Semestern am 29.7.1955 die Diplomprüfung für Kaufleute ab.

Vom Wintersemester 1955/1956 bis zum Wintersemester 1956/1957 war ich an der Universität München als Doktorand eingeschrieben. Während dieser Zeit arbeitete ich als Revisionsassistent in einer Wirtschaftsprüfer-Sozietät.

Am 6. April 1957 habe ich die Apothekerin Ingrid Ehrhard geheiratet.

